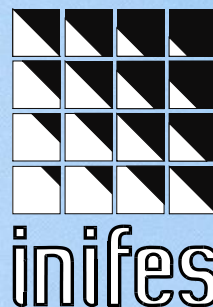


**INIFES, Internationales Institut für  
Empirische Sozialökonomie, gGmbH**



## **Beschäftigungstrends im Freistaat Bayern 2010 – Teil II**

**Repräsentative Analysen auf Basis des  
IAB-Betriebspanels 2010**

**Bericht an das Bayerische Staatsministerium für Arbeit  
und Sozialordnung, Familie und Frauen  
und die  
Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit**

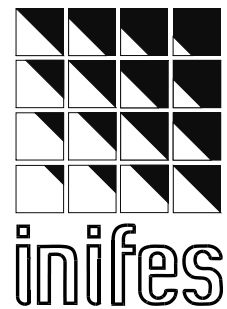
Verfasser:  
Prof. Dr. Ernst Kistler, Falko Trischler M. A. (INIFES)  
unter Mitarbeit von  
Dipl.-Verwaltungswirt (FH) Stefan Böhme, Lutz Eigenhüller M. A., Dipl.-Vw. Daniel Werner (IAB-  
Bayern)

Stadtbergen, Juli 2011

INIFES, Haldenweg 23, 86391 Stadtbergen, Tel. 0821-24 36 94-0, e-mail: [info@inifes.de](mailto:info@inifes.de)



**INIFES, Internationales Institut für  
Empirische Sozialökonomie, gGmbH**



## **Beschäftigungstrends im Freistaat Bayern 2010 – Teil II**

**Repräsentative Analysen auf Basis des  
IAB-Betriebspanels 2010**

**Bericht an das Bayerische Staatsministerium für Arbeit  
und Sozialordnung, Familie und Frauen  
und die  
Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit**

Verfasser:  
Prof. Dr. Ernst Kistler, Falko Trischler M. A. (INIFES)  
unter Mitarbeit von  
Dipl.-Verwaltungswirt (FH) Stefan Böhme, Lutz Eigenhüller M. A., Dipl.-Vw. Daniel Werner (IAB-  
Bayern)

Stadtbergen, Juli 2011

INIFES, Haldenweg 23, 86391 Stadtbergen, Tel. 0821-24 36 94-0, e-mail: [info@inifes.de](mailto:info@inifes.de)



## Inhaltsverzeichnis

<b>Inhaltsverzeichnis .....</b>	<b>I</b>
<b>Darstellungsverzeichnis .....</b>	<b>III</b>
<b>Tabellenverzeichnis .....</b>	<b>IV</b>
<b>Das Wichtigste aus Teil II des Berichts in Kurzform .....</b>	<b>V</b>
<b>1. Zur Datengrundlage: Aussagen von 1.197 repräsentativ ausgewählten Betrieben .....</b>	<b>14</b>
<b>2. Personalpolitik.....</b>	<b>17</b>
2.1 Personalbewegungen.....	17
2.1.1 Personaleinstellungen.....	18
2.1.2 Einstellungen und Übernahmen befristet Beschäftigter .....	18
2.2 Einstellungen für einfache bzw. für qualifizierte Tätigkeiten .....	20
2.3 Personalabgänge.....	21
2.4 Personalsuche und offene Stellen.....	22
2.5 Weiterbildung .....	26
2.6 Entlohnung, Tarifbindung und Personalvertretungen.....	30
2.6.1 Entlohnung.....	30
2.6.2 Tarifbindung/-geltung.....	32
2.6.3 Personalvertretung.....	34
2.7 Personalpolitische Maßnahmen und erwartete Personalprobleme .....	35
2.7.1 In den letzten Jahren ergriffene personalpolitische Maßnahmen.....	35
2.7.2 Für die nächsten zwei Jahre erwartete Personalprobleme .....	37
2.8 Zusammenfassung.....	39
<b>3. Arbeitszeit .....</b>	<b>42</b>
3.1 Wochenarbeitszeiten .....	42
3.2 Überstunden .....	45
3.3 Arbeitszeit-/Langzeitkonten .....	47
3.4 Instrumente der Arbeitszeitsteuerung im Überblick .....	49
3.5 Zusammenfassung.....	50
<b>4. Investitionen und Innovationen – Einbruch bei den Investitionen .....</b>	<b>52</b>
4.1 Investitionen.....	52

4.1.1	Entwicklung und Struktur der Investitionen.....	52
4.1.2	Veränderung der Investitionsvorhaben für 2010 .....	55
4.2	Innovationsverhalten der Betriebe.....	56
4.2.1	Produkt- und Prozessinnovationen.....	56
4.3	Zusammenfassung.....	60
<b>5.</b>	<b>Vertiefende Auswertungen – „Bayerns Betriebe in der Krise“ .....</b>	<b>61</b>
5.1	Umsatzentwicklung in Krisenbetrieben.....	62
5.2	Beschäftigungsentwicklung in Krisenbetrieben.....	66
5.3	Investitionsverhalten in der Krise.....	69
5.4	Ausgliederung und Ausgründung von Betriebsteilen .....	71
5.5	Die Krise in Bayerns Regionen.....	74
5.6	Auslandsengagement der Betriebe.....	76
5.7	Zusammenfassung.....	78
<b>Literatur</b>	.....	<b>80</b>

## Darstellungsverzeichnis

Abbildung 1: Personaleinstellungen und Personalabgänge in Bayern 2001 bis 2010 (jeweils 1. Halbjahr; Angaben in Personen)	17
Abbildung 2: Betriebe mit Personaleinstellungen nach Art der Einstellung im 1. Halbjahr 2001 bis 2010; Bayern vs. Westdeutschland (Angaben in Prozent)	19
Abbildung 3: Anteile der Neueinstellungen für einfache Tätigkeiten* an allen Neueinstellungen 2009 und 2010 (Angaben in Prozent)	21
Abbildung 4: Betriebe in Bayern mit Personaleinstellungen und (un-)gedecktem Personalbedarf im 1. Halbjahr 2007 bis 2010 (Anteile in Prozent an allen Betrieben)	23
Abbildung 5: Für sofort gesuchte Arbeitskräfte (vakante Stellen) in Bayern jeweils im Spätsommer 2000 bis 2010	25
Abbildung 6: Struktur der für sofort zu besetzenden Stellen im Vergleich zur Struktur des Personalbestandes in Bayern und Westdeutschland Mitte 2008, 2009 und 2010 (Angaben in Prozent)	25
Abbildung 7: Anteil der Betriebe mit Weiterbildungsförderung an allen Betrieben im 1. Halbjahr 2005 bis 2010 (Angaben in Prozent)	27
Abbildung 8: Anteil der Betriebe ohne Tarifvertrag an den Betrieben in Bayern 2001 bis 2010 (Angaben in Prozent)	33
Abbildung 9: Anwendung von Tarifverträgen in Bayern 2002 bis 2010 (Angaben in Prozent)	33
Abbildung 10: Verbreitung von Personalvertretungen in mittleren und größeren Betrieben (Angaben in Prozent)	35
Abbildung 11: Personalpolitische Maßnahmen in Krisenbetrieben versus durch die Krise nicht negativ betroffenen Betrieben in Bayern (Angaben in Prozent)	37
Abbildung 12: Durchschnittliche vereinbarte Wochenarbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten Mitte 2002 bis 2010 (Angaben in Stunden)	43
Abbildung 13: Vereinbarte Wochenarbeitszeit von Teilzeitbeschäftigten Mitte 2006, 2008 und 2010 (Angaben in Prozent)	44
Abbildung 14: Anteil der Betriebe mit Überstunden 2007 bis 2009 (Angaben in Prozent)	45
Abbildung 15: Betriebe und Beschäftigte mit Arbeitszeitkonten 1999 bis 2010 (Angaben in Prozent)	47
Abbildung 16: Zeitraum, in dem Arbeitszeitkonten ausgeglichen werden müssen, Bayern 2006, 2008 und 2010 (Anteil an den Betrieben mit Arbeitszeitkonten, Angaben in Prozent)	48
Abbildung 17: Anteil der Betriebe mit Nutzung von Instrumenten der Arbeitszeitsteuerung an allen Betrieben 2006, 2008 und 2010 (Angaben in Prozent)	49
Abbildung 18: Investitionsintensität 2001 bis 2009 (Investitionen in Tsd. Euro je Beschäftigten)	53
Abbildung 19: Anteil Betriebe mit Investitionen an allen Betrieben (Angaben in Prozent)	54
Abbildung 20: Anteil der Betriebe mit Veränderung der Investitionsvorhaben für 2010 im Vergleich zur ursprünglichen Planung (Angaben in Prozent)	56
Abbildung 21: Anteil der Betriebe mit Innovationen 2008 und 2009 (Angaben in Prozent)	57
Abbildung 22: Durchführung von organisatorischen Änderungen in den letzten beiden Jahren (Anteil an allen Betrieben – Mehrfachnennungen möglich; Angaben in Prozent)	59
Abbildung 23: Einschätzung der aktuellen Situation nach Ausmaß der Krisenbetroffenheit (Angaben in Prozent)	61
Abbildung 24: Durchschnittliche Umsatzentwicklung nach Krisenbetroffenheit und Betriebsgröße (Angaben in Prozent, 2006=100)	62
Abbildung 25: Durchschnittliche Umsatzentwicklung 2006 bis 2009 nach Ausmaß der Krisenbetroffenheit (2006=100)	63
Abbildung 26: Verteilung der durchschnittlichen Umsatzentwicklung 2006 bis 2009 nach Ausmaß der Krisenbetroffenheit (Umsatz 2006 = 100%)	63
Abbildung 27: Jahresergebnis 2006 bis 2009 nach Krisenbetroffenheit (Angaben in Prozent)	64
Abbildung 28: Einschätzung der durchschnittlichen Ertragslage 2006 bis 2009 nach Krisenbetroffenheit (1= sehr gut, 5=mangelhaft)	65
Abbildung 29: Durchschnittliche Beschäftigungsentwicklung nach Krisenbetroffenheit und Betriebsgröße (Angaben in Prozent, 2007=100)	66
Abbildung 30: Geschäftsvolumen, Investitionen und Investitionsquote im Längsschnitt 2006 bis 2009 (Geschäftsvolumen und Investitionen in Prozent, 2006=100)	70
Abbildung 31: Anteil krisenbetroffener Betriebe in den bayerischen Regierungsbezirken (Angaben in Prozent)	74
Abbildung 32: Ausmaß der Krisenbetroffenheit in den bayerischen Regierungsbezirken	75
Abbildung 33: Aktuelle Situation der Betriebe in den bayerischen Regierungsbezirken (Angaben in Prozent)	76
Abbildung 34: Aktuelles Auslandsengagement der Betriebe (Angaben in Prozent*)	77

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Zusammensetzung der 1.197 befragten Betriebe aus Bayern im IAB-Betriebspanel 2010	14
Tabelle 2.: Anteile der Betriebe mit Personaleinstellungen bzw. -abgängen in Bayern 2001 bis 2010 (jeweils 1. Halbjahr, Angaben in Prozent)	18
Tabelle 3: Anteile befristet Beschäftigter an Personalbestand und Neueinstellungen sowie Übernahme befristet Beschäftigter im 1. Halbjahr 2010 (Angaben in Prozent)	20
Tabelle 4: Personalabgänge, Frauenanteile daran und Gründe für die Personalabgänge im 1. Halbjahr 2010 (Angaben in Prozent)	22
Tabelle 5: Betriebe in Bayern mit Personaleinstellungen und (un-)gedecktem Personalbedarf im 1. Halbjahr 2010 (Anteile in Prozent)	24
Tabelle 6: Anteil der Betriebe mit Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen an den Betrieben insgesamt 2001 bis 2010 (Angaben in Prozent)	27
Tabelle 7: Anteil der Betriebe mit Weiterbildungsförderung an allen Betrieben im ersten Halbjahr 2010 nach Mitarbeitervertretung und Tarifbindung (Angaben in Prozent)	28
Tabelle 8: Anteil der geförderten Weiterbildungsteilnehmer* an allen Beschäftigten 2001 bis 2010 (Angaben in Prozent)	28
Tabelle 9: Inner- und außerbetriebliche Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen im 1. Halbjahr 2010 (Anteil in Prozent an Betrieben mit Weiterbildungsförderung)	30
Tabelle 10: Lohn/Gehalt 1 im Juni 2002 bis Juni 2010 je Vollzeitäquivalent <sup>2</sup> (in Euro)	31
Tabelle 11: Anteile der Betriebe und Beschäftigten im Juni 2010 in verschiedenen Lohnintervallen (Durchschnittslöhne der abhängig Beschäftigten <sup>1</sup> ); Angaben in Prozent)	32
Tabelle 12: Personalpolitische Maßnahmen in den letzten beiden Jahren (Angaben in Prozent)	36
Tabelle 13: „Welche Personalprobleme erwarten Sie in den nächsten beiden Jahren für Ihren Betrieb/Ihre Dienststelle?“ (2000-2010, Mehrfachnennungen möglich, Angaben in Prozent)	38
Tabelle 14: Betriebe mit erwarteten Personalproblemen 2010 (Angaben in Prozent)	39
Tabelle 15: Anteil der Betriebe mit Überstunden im abgelaufenen Geschäftsjahr 2009 und Art des Überstundenausgleichs (Angaben in Prozent)	46
Tabelle 16: Hochgerechnete Investitionssumme nach Betriebsgrößenklassen 2001 bis 2009 (Angaben in Mrd. Euro)	52
Tabelle 17: Investitionen 2007, 2008 und 2009 (Angaben in Prozent)	55
Tabelle 18: Betriebe mit Innovationen 2009 (Angaben in Prozent)	58
Tabelle 19: Innovationen 2009 nach empfundenem Wettbewerbsdruck (Angaben in Prozent)	60
Tabelle 20: Beschäftigungsentwicklung 2007 bis 2010 nach Krisenbetroffenheit (Angaben in Prozent)	67
Tabelle 21: Beschäftigungsentwicklung 2007 bis 2010 nach Ausmaß der Krisenbetroffenheit und aktueller Lage (Angaben in Prozent)	67
Tabelle 22: Entwicklung des Anteils sozialversicherungspflichtig Beschäftigter an allen Beschäftigten in Krisenbetrieben (Angaben in Prozent)	68
Tabelle 23: Investitionsquote 2006 bis 2009 (Anteil der Investitionen am Geschäftsvolumen)	69
Tabelle 24 :Investitionsaktivität 2009 gegenüber 2006 nach Krisenbetroffenheit und Betriebsgröße (Angaben in Prozent)	71
Tabelle 25: Anteil der Betriebe mit Ausgliederung/Ausgründung oder Schließung von Betriebsteilen in den Jahren 2006 bis 2009	72
Tabelle 26: Anteil der Betriebe mit Ausgliederung/Ausgründung oder Schließung von Betriebsteilen in den Jahren 2006 bis 2009 nach Rechtsform und Geschäftsleitung	73
Tabelle 27 Anteil der Betriebe mit Ausgliederung/Ausgründung oder Schließung von Betriebsteilen in den Jahren 2006 bis 2009 nach Krisenbetroffenheit	74
Tabelle 28: Ausgliederung/Ausgründung oder Schließung von Betriebsteilen in den Jahren 2006 bis 2009 nachzeitigem Engagement im Ausland	78

## Das Wichtigste aus Teil II des Berichts in Kurzform

Dieser Bericht basiert auf Angaben aus Interviews mit Inhabern bzw. Personalverantwortlichen von 1.197 repräsentativ ausgewählten bayerischen Betrieben (Erhebungszeitraum Juni bis Oktober 2010) im Rahmen der jährlichen bundesweiten Erhebungen des IAB-Betriebspanels. Mit der Auswertung dieser Daten hat das bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen in Kooperation mit der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit das Internationale Institut für Empirische Sozialökonomie (INIFES) beauftragt. Der Bericht 2010 wird, wie im Vorjahr, in zwei Teilen vorgelegt.

Der Anfang Mai vorgelegte erste Berichtsteil enthält Ergebnisse zu den Themen/Befragungsschwerpunkten Datengrundlage, Beschäftigungsentwicklung, Wirtschaftliche Lage (2009) und Entwicklungen/Krise, Personalstruktur und Ausbildungs-/Übernahmeverhalten der Betriebe.

Der vorliegende zweite Berichtsteil enthält Kapitel zu den Themen:

- Personalpolitik
- Arbeitszeit
- Investitionen und Innovationen sowie einige
- Vertiefende Analysen.

Die wichtigsten Ergebnisse dieses zweiten Berichtsteils werden nachfolgend komprimiert zusammengefasst. Die einzelnen Kapitel enthalten jeweils eine detailliertere Zusammenfassung.

### **Personalpolitik:**

Im Gegensatz zur Vorperiode hat 2009/2010 die Zahl der Personaleinstellungen (281 Tsd.) die Zahl der Personalabgänge (246 Tsd.) wieder überschritten. Einen Zuwachs bei den Personaleinstellungen gab es v. a. im Bereich Handel und Reparatur sowie im Produzierenden Gewerbe. Der Anteil der befristeten an allen Neueinstellungen ist mit 43 Prozent wieder auf das Niveau von 2007 angestiegen. Befristungen konzentrieren sich immer mehr auf große und sehr große Betriebe (70 % der Neueinstellungen in Betrieben ab 500 Beschäftigte). Dort ist aber die Übernahmequote Befristeter in ein festes Arbeitsverhältnis mit 8 Prozent noch niedriger wie im bayerischen Durchschnitt (10 %).

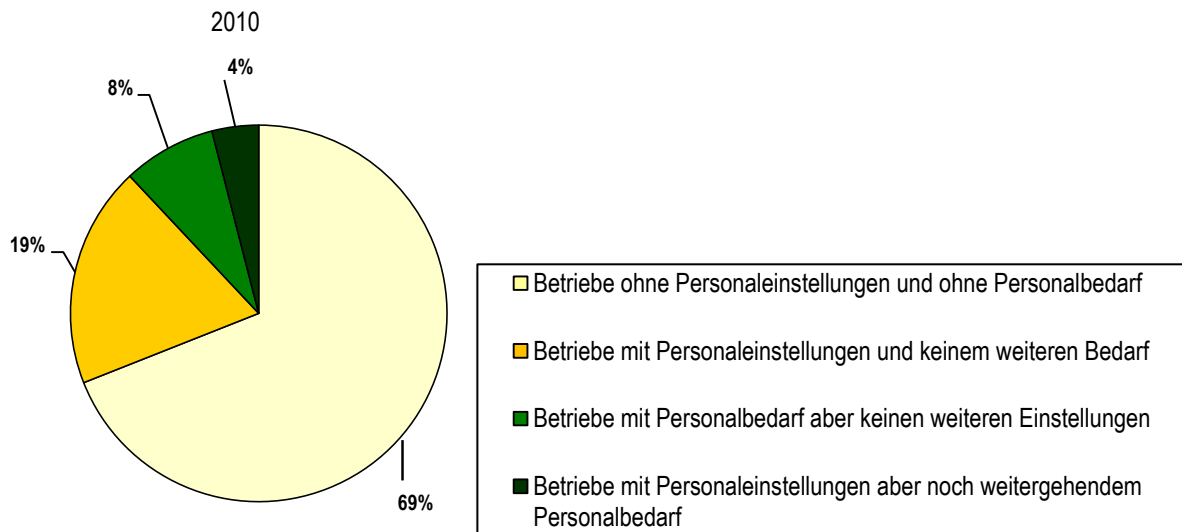
10 Prozent aller Betriebe haben im 1. Halbjahr 2010 Beschäftigte für einfache Tätigkeiten eingestellt, 17 Prozent solche für qualifizierte Tätigkeiten. Hochgerechnet waren das 125 Tsd. bzw. 164 Tsd. Einstellungen. Bei den Großbetrieben ist die Anzahl der Einstellungen für einfache Tätigkeiten deutlich zurückgegangen, in Kleinstbetrieben allerdings stark angestiegen.

Mit 35 Prozent übersteigt der Anteil der arbeitnehmerseitigen Kündigungen wieder den der betriebsseitigen Kündigungen (23 %) bei den Gründen für Personalabgänge. Dritthäufigster Grund war das Auslaufen befristeter Arbeitsverträge.

Die große Mehrheit der bayerischen Betriebe hatte im 1. Halbjahr 2010 keinen Personalbedarf (69 %) oder konnte den bestehenden Personalbedarf voll decken (19 %). 8 Prozent (v. a. Kleinbetriebe) konn-

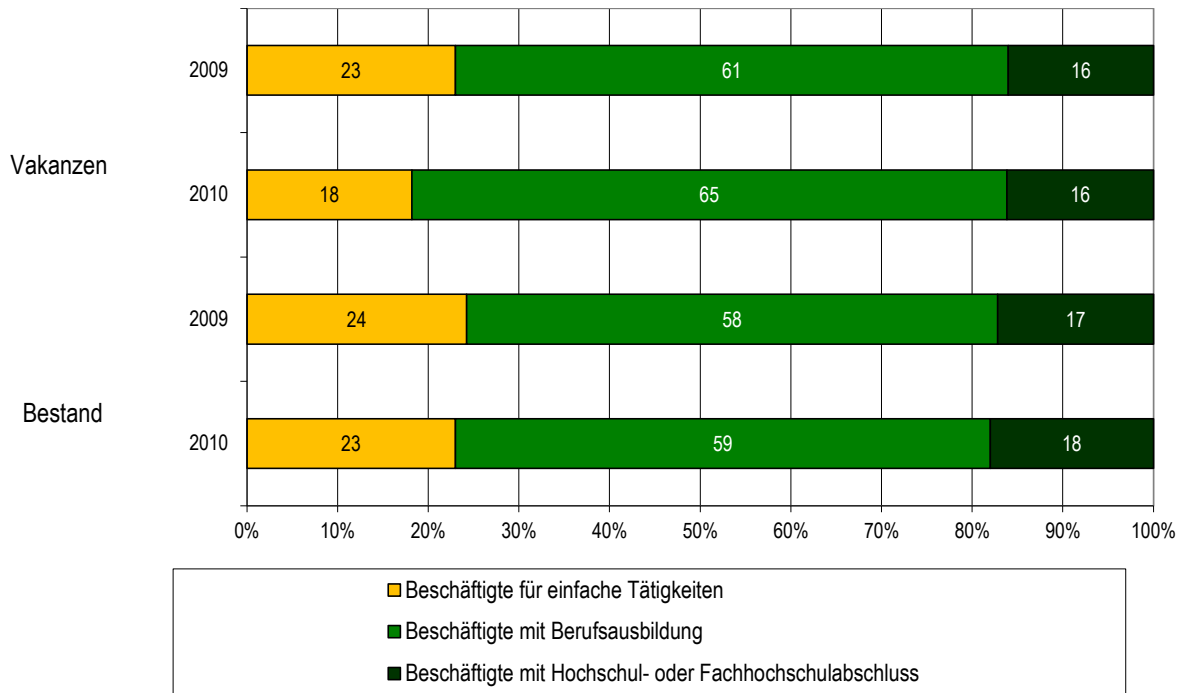
ten keine ihrer offenen Stellen besetzen, 4 Prozent (v. a. Großbetriebe) konnten ihren Personalbedarf nur teilweise decken.

**Betriebe in Bayern mit Personaleinstellungen und (un-)gedecktem Personalbedarf im 1. Halbjahr 2010 (Anteile in Prozent an allen Betrieben)**



Zum Befragungszeitpunkt im (Spät-)Sommer 2010 gab es in den bayerischen Betrieben und Dienststellen 108.000 vakante Stellen – in etwa so viel wie während der spekulativen Blase 2000/2001. Dabei ist der Anteil der vakanten Stellen für Beschäftigte für einfache Tätigkeiten deutlich gesunken, der für Beschäftigte mit Berufsausbildung deutlich gestiegen und derjenige für (Fach-)Hochschüler gleich geblieben.

**Struktur der für sofort zu besetzenden Stellen im Vergleich zur Struktur des Personalbestandes in Bayern Mitte 2009 und 2010 (Angaben in Prozent)**



Nach einem starken Rückgang in der Vorperiode ist der Anteil der in der Weiterbildungsförderung aktiven Betriebe 2010 wieder um einen Prozentpunkt auf 43 Prozent gestiegen. Auch der Anteil der in eine Weiterbildungsförderung einbezogenen Beschäftigten hat wieder um einen Prozentpunkt zugenommen (auf 25 %), liegt aber weiterhin unter dem Wert von 2008 (27 %).

Der durchschnittliche Lohn/Gehalt je Beschäftigten liegt in Bayern im Juni 2010 umgerechnet auf Vollzeitäquivalente mit 2.876 € um 3,7 Prozent über dem Vorjahreswert (westdeutscher Durchschnitt: 2.915 €; Zuwachs 2,6 % - allerdings verzeichnete Bayern 2009 im Gegensatz zu Westdeutschland einen leichten Rückgang).

In 36 Prozent aller Betriebe in Bayern, in denen 18 Prozent aller Beschäftigten arbeiten, gibt es weder einen Tarifvertrag noch die Orientierung an einem Tarifvertrag. 36 Prozent (2009: 34 %) der Betriebe bezahlen zumindest einen Teil ihrer Belegschaft übertariflich – im Schnitt um ca. 9 Prozent.

In 8 Prozent der bayerischen Betriebe und Dienststellen gibt es eine gesetzliche Personalvertretung. 6 Prozent haben eine andere Form der Personalvertretung; in 1 Prozent gibt es beides.

Zu einer langen Liste an personalpolitischen Maßnahmen (in Richtung v. a. einer Anpassung an eine geringere Nachfrage) berichten 36 Prozent der bayerischen Betriebe, sie hätten davon zumindest eine in den letzten beiden Jahren durchgeführt. Am häufigsten werden ein Überstundenabbau, die Nichtbesetzung frei werdender Stellen, die Anordnung von Urlaub und betriebsbedingte Kündigungen genannt.

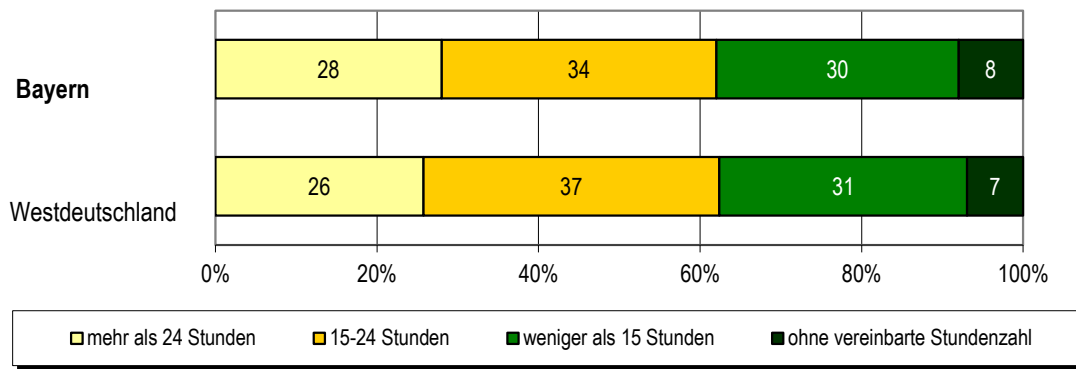
Für die nächsten zwei Jahre erwarten – im Vergleich zu 2008 – deutlich mehr (26 vs. 20 %) Betriebe Schwierigkeiten bei der Fachkräfterekrutierung (v. a. Großbetriebe und das Produzierende Gewerbe). Abgenommen hat die Verbreitung erwarteter Probleme durch hohe Lohnkosten (22 vs. 24 %).

**Arbeitszeit:**

Die längerfristig gestiegene durchschnittliche vereinbarte Wochenarbeitszeit ist 2010 erstmals zurückgegangen (von 38,9 auf 38,7 Std.). In Großbetrieben ab 500 Beschäftigten hat sie, auf niedrigerem Niveau, von 37,6 auf 37,7 Std. zugenommen.

Im Freistaat arbeiten im Vergleich zu Westdeutschland anteilig mehr Teilzeitbeschäftigte mit einer vereinbarten Wochenarbeitszeit von 24 und mehr Stunden (28 vs. 26 %), andererseits weniger im Zeitkorridor zwischen 15 und 24 Stunden (34 vs. 37 %). Vereinbarte Arbeitszeiten von unter 15 Stunden kommen mit 30 bzw. 31 Prozent in etwa gleich häufig vor; ebenso ist der Anteil von Teilzeitbeschäftigten ohne vereinbarte Arbeitszeit ähnlich (8 vs. 7 %). Die kürzeren Teilzeitbeschäftigungen (nicht alle davon sind geringfügige Beschäftigung) haben zwischen 2008 und 2010 deutlich zugenommen.

### Vereinbarte Wochenarbeitszeit von Teilzeitbeschäftigten Mitte 2010 (Angaben in Prozent)



Für das Jahr 2009 weist das Panel erneut einen Rückgang beim Anteil der Betriebe und Dienststellen nach, in denen Überstunden geleistet wurden (vom Spitzenwert 54 % in 2007 auf 45 % in 2009). Je größer der Betrieb, um so häufiger treten Überstunden auf. Der Überstundenausgleich geschieht zunehmend nur in Form von Freizeit. In 8 Prozent der Betriebe und Dienststellen werden Überstunden nicht ausgeglichen.

Der Anteil der Betriebe, die zumindest für einen Teil ihrer Beschäftigten Arbeitszeitkonten praktizieren, ist zwischen 2009 und 2010 von 33 auf 28 Prozent gesunken – entgegen dem langfristigen Trend. Da Arbeitszeitkonten in größeren Betrieben stärker verbreitet sind, arbeiten 51 Prozent aller Beschäftigten in Bayern in Betrieben mit Arbeitszeitkonten. Es gibt eine leichte Tendenz weg von sehr kurzen Ausgleichszeiträumen für diese Arbeitszeitkonten. Echte Langzeitkonten gab es 2010 nur in 4 Prozent der bayerischen Betriebe und Dienststellen (westdeutscher Durchschnitt: 2 %).

Mit der Krise hat zwischen 2008 und 2010 der Anteil der Betriebe mit Instrumenten der Arbeitszeitsteuerung wieder abgenommen, die eher den Beschäftigten mehr Flexibilität bringen. In 7 Prozent der Betriebe und Dienststellen gibt es Schichtarbeit, in 16 Prozent regelmäßige oder ständige Sonntagsarbeit.

### Investitionen und Innovationen:

Nach den aktuellen Daten des IAB-Betriebspanels ist für das Jahr 2009 ein regelrechter Einbruch der Investitionsaktivitäten der bayerischen Betriebe festzustellen. Die hochgerechnete Summe an Investitionen liegt demnach gegenüber dem Vorjahr rund 30 Prozent niedriger bei gerade einmal 26,4 Mrd. Euro (2008: 37,9 Mrd.). Insbesondere Großbetriebe sind betroffen: Allein bei Betrieben ab 250 Beschäftigten wurden rund 7 Mrd. Euro weniger investiert als im Vorjahr – insgesamt 10,8 Mrd. Euro (2008: 18,1 Mrd. Euro). Aber auch in mittleren Betrieben mit 50 bis unter 250 Beschäftigten ist ein deutlicher Rückgang um 3,5 Mrd. Euro auf 6,0 Mrd. Euro festzustellen.

### Hochgerechnete Investitionssumme nach Betriebsgrößenklassen 2001 bis 2009 (Angaben in Mrd. Euro)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
1 bis 4 Beschäftigte	1,6	2,4	2,1	1,6	2,2	1,7	1,4	1,6
5 bis 9	1,7	1,0	2,4	2,2	2,2	1,9	2,6	2,0
10 bis 49	8,0	8,5	8,8	6,8	7,8	5,2	6,3	6,1
50 bis 249	10,0	7,8	10,1	8,2	9,3	9,4	9,5	6,0
ab 250	14,5	12,9	11,4	14,1	16,0	19,9	18,1	10,8
<b>Bayern</b>	<b>35,7</b>	<b>32,6</b>	<b>34,8</b>	<b>32,9</b>	<b>37,4</b>	<b>38,0</b>	<b>37,9</b>	<b>26,4</b>

Insgesamt haben 47 Prozent aller nordbayerischen Betriebe Investitionen getätigt. In Südbayern liegt der Anteil investierender Betriebe mit 53 Prozent aktuell rund 6 Prozentpunkte höher als in Nordbayern. Der Rückgang der Investitionsaktivitäten der bayerischen Betriebe ist dabei deutlich stärker ausgefallen als im westdeutschen Durchschnitt (- 16 %). Sowohl in Westdeutschland (5,7 Tsd. Euro) als auch in Ostdeutschland (6,3 Tsd. Euro) ist somit auch für die Investitionsintensität – die Investitionssumme je Beschäftigten – im vorherigen Jahr 2009 ein deutlich höherer Wert festzustellen als in Bayern (4,7 Tsd. Euro; 2008: 6,7 Tsd. Euro) – gleichwohl auch im übrigen Bundesgebiet ein Rückgang zu beobachten ist.

Unter allen Betrieben mit Investitionen lag der Anteil an Betrieben, die 2009 in Grundstücke oder Gebäude (d. h. langfristiger) investiert haben mit 13 Prozent besonders niedrig (Vorjahr: 21 %). 37 Prozent der Betriebe und Dienststellen hatten für 2010 keine Investitionen geplant. Rund 12 Prozent aller bayerischen Betriebe berichten, dass sie ihre Investitionsvorhaben gegenüber der ursprünglichen Planung geändert haben.

Hinsichtlich der Innovationstätigkeit der Betriebe ist im Vergleich mit dem Vorjahr ein gleichbleibender Anteil an Betrieben mit Innovationen zu beobachten (43 %). 41 Prozent aller bayerischen Betriebe haben Produktinnovationen getätigt. Ein leichter Rückgang ist beim Anteil der Betriebe mit Prozessinnovationen zu beobachten (14 %). Der Anteil an Betrieben mit Produkt- und Prozessinnovationen lag 2009 bei 12 Prozent. 33 Prozent aller bayerischen Betriebe berichten von Weiterentwicklungen bereits bestehender Produkte, weitere 22 Prozent von Sortimentserweiterungen und 10 Prozent von Marktneuheiten. Das Investitionsverhalten ist auch abhängig vom empfundenen Wettbewerbsdruck. Je höher der Wettbewerbsdruck, desto höher ist der Anteil an Betrieben, die Innovationen eingebracht haben.

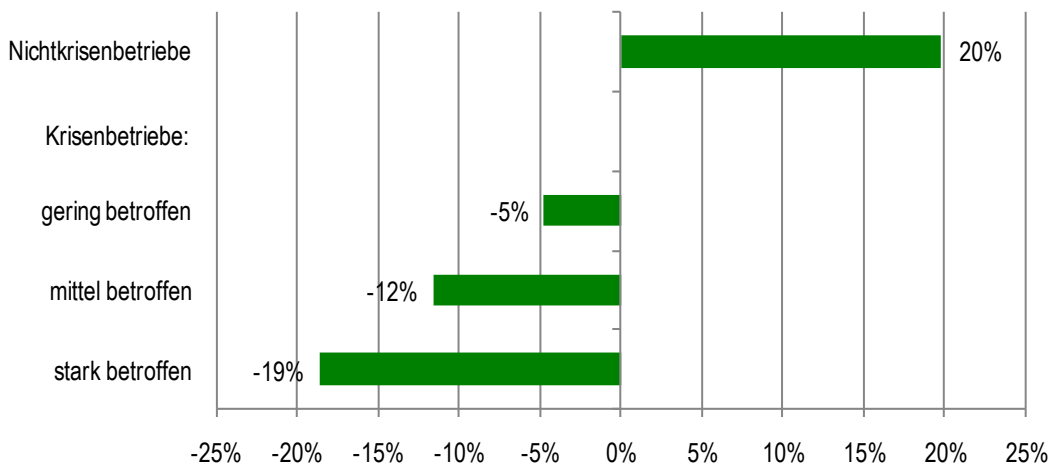
#### Vertiefende Auswertungen:

Wie bereits im ersten Teil dieses Berichts beschrieben, hatte die Wirtschafts- und Finanzkrise der vergangenen Jahre auch deutliche Folgen für die bayerischen Betriebe. Aber nicht alle bayerischen Betriebe sind in gleichem Maße von den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen: Großbetriebe sind häufiger negativ betroffen; Kleinbetriebe die betroffen sind, geben dagegen eine stärkere

Betroffenheit an und befinden sich auch gegenwärtig, respektive zum Befragungszeitpunkt 2010, häufiger noch in der Krise. Erwartungsgemäß ist die Chance, die Krise überwunden zu haben davon abhängig, wie stark sich die Krise auf den jeweiligen Betrieb ausgewirkt hat.

Besonders deutlich sind die Auswirkungen der Krise bei der Entwicklung des Umsatzes zu beobachten. Betrachtet man die Entwicklung des Umsatzes zwischen den Jahren 2006 und 2009, so fällt auf, dass Nicht-Krisenbetriebe ihren Umsatz in diesem Zeitraum um durchschnittlich 20 Prozent steigern konnten. Gering betroffene Betriebe berichten dagegen von einem Umsatzrückgang um 5 Prozent, mittel betroffene Betriebe von 12 Prozent. Bei Betrieben, die angeben stark von der Krise betroffen zu sein, ist der Umsatz gegenüber 2006 um 19 Prozent eingebrochen. Unter den stark betroffenen Betrieben berichten 25 Prozent sogar von 40 und mehr Prozent weniger Umsatz gegenüber dem Jahr 2006.

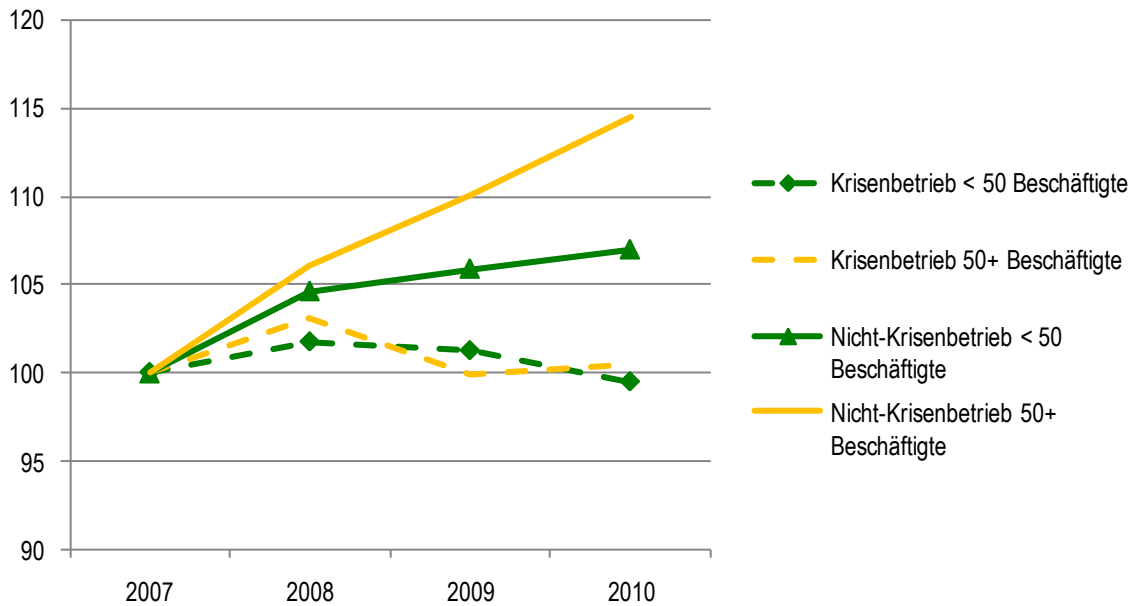
### Durchschnittliche Umsatzentwicklung 2006 bis 2009 nach Ausmaß der Krisenbetroffenheit (2006=100)



Auswirkungen hatte die Krise unter anderem auch auf die Beschäftigungsentwicklung in den Betrieben: Während die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten bei Nicht-Krisenbetrieben in den vergangenen vier Jahren deutlich zugenommen hat, sind im gleichen Zeitraum sowohl bei kleineren als auch bei größeren Krisenbetrieben im Mittel stagnierende Beschäftigtenzahlen zu beobachten.

Insgesamt haben seit 2007 rund 32 Prozent aller bayerischen Betriebe Personal abgebaut. 26 Prozent berichten von gleichbleibendem Personalbestand (+/- 2 Prozent) und 42 Prozent von gestiegenen Beschäftigtenzahlen. Darüber hinaus zeigt sich deutlich, dass die Betriebe umso häufiger Personal abgebaut haben, je stärker sie negativ von der Krise betroffen waren. Darüber hinaus berichten Betriebe, die von der Krise betroffen waren, tendenziell etwas häufiger von einem gesunkenen Anteil sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung.

**Durchschnittliche Beschäftigtenentwicklung nach Krisenbetroffenheit und Betriebsgröße (Angaben in Prozent, 2007=100)**



Die krisenbetroffenen Betriebe verteilen sich auch unterschiedlich auf die bayerischen Regionen, wodurch einzelne Regionen stärker oder schwächer von den Folgen der Krise betroffen sind. Grundsätzlich muss festgestellt werden, dass nordbayerische Betriebe mit 44 Prozent häufiger berichten, von der Krise betroffen zu sein, als südbayerische Betriebe (38 %). Betrachtet man das Ausmaß der Krisenbetroffenheit, so kann festgestellt werden, dass Betriebe in Oberfranken zwar am häufigsten betroffen sind, darunter geben jedoch mit 26 Prozent vergleichsweise wenige Betriebe an, in hohem Maße betroffen zu sein. In Südbayern ist dagegen festzustellen, dass Betriebe im Regierungsbezirk Oberbayern nicht nur am häufigsten überhaupt von der Krise betroffen sind, sondern auch zum größten Teil angeben in hohem Maße betroffen zu sein. In Unterfranken befindet sich mit 30 Prozent ein großer Anteil der nordbayerischen Betriebe noch in der Krise. In Südbayern sind besonders Betriebe in Schwaben noch häufig in der Krise (50%).



## 1. Zur Datengrundlage: Aussagen von 1.197 repräsentativ ausgewählten Betrieben

Seit dem Jahr 2001 beteiligt sich der Freistaat Bayern mit einer Aufstockungsstichprobe an der jährlichen Betriebsbefragung „Beschäftigungstrends“, dem so genannten Betriebspanel des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit, IAB.<sup>1</sup> Mit dieser von TNS Infratest Sozialforschung durchgeführten Panelerhebung liegen aus dem Jahr 2010 repräsentative Angaben von 1.197 bayerischen Betrieben und Dienststellen mit mindestens einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis vor (ungewichtete Fälle). Sie sind nach Gewichtung repräsentativ für den Freistaat. Wie in den Vorjahren legt das Internationale Institut für Empirische Sozialökonomie, INIFES, dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen und der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit eine umfassende Auswertung zum Betriebspanel Bayern 2010 vor. Wie 2010 erscheint der Bericht in zwei Teilen (der erste Teil des diesjährigen Berichts wurde im Mai 2011 veröffentlicht).<sup>2</sup>

Im Folgenden wird eine kurze Beschreibung der zugrunde liegenden Stichprobe gegeben (vgl. generell zum IAB-Betriebspanel Bellmann 2002). Übersicht 1 zeigt die Verteilung der 1.197 bayerischen Panel-Betriebe und Dienststellen nach Branchen und Betriebsgrößenklassen.

**Tabelle 1: Zusammensetzung der 1.197 befragten Betriebe aus Bayern im IAB-Betriebspanel 2010**

	Prozent		Prozent
Land- und Forstwirtschaft	2	1 bis 4 Beschäftigte	23
Bergbau, Energie, Wasser, Abfall	2	5 bis 19	16
Verarbeitendes Gewerbe	25	20 bis 99	27
Baugewerbe	8	100 bis 499	19
Handel und Reparatur	15	500 und mehr Beschäftigte	16
Verkehr, Information, Kommunikation	6		
Finanz- und Versicherungsdienstleist.	4		
Dienstleistungen	32		
Unternehmensnahe Dienstleistungen	11		
Erziehung und Unterricht	4		
Gesundheits- und Sozialwesen	10		
Übrige Dienstleistungen	8	Nordbayern	46
Organisationen ohne Erwerbszweck	2	Südbayern	54
Öffentliche Verwaltung	5	<b>Bayern insgesamt</b>	<b>100</b>

Im Wesentlichen erfolgt die Auswertung der bayerischen Ergebnisse im Vergleich zu den west- bzw. gesamtdeutschen Zahlen nach zusammengefassten Branchen und Betriebsgrößenklassen sowie im Vergleich Nord-/Südbayern, in einzelnen Punkten auch nach Regionstypen und Kammermitgliedschaften etc. Bei allen Ergebnissen aus dem IAB-Betriebspanel ist immer der Unterschied zwischen betriebs- und beschäftigtenproportionalen Aussagen zu beachten, da die Verteilung der Betriebe auf die Be-

<sup>1</sup> Die Finanzierung der bundesweiten Basisstichprobe des Betriebspanels erfolgt durch das IAB.

<sup>2</sup> Grund ist der immer größer werdende Informationsfundus der Panelerhebungen (v. a. auch Zeitreihen), der nicht mehr in einen einzigen – handlichen – Bericht untergebracht werden kann.

triebsgrößenklassen von der der Beschäftigten stark abweicht. 90,2 Prozent der bayerischen Betriebe hatten am 30.06.2010 weniger als 20 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (vgl. Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2011). Gleichzeitig arbeiten jedoch nur 27,5 Prozent aller Beschäftigten in Bayern in Betrieben dieser Größenordnung.<sup>3</sup> Kleinbetriebe mit 1 bis 5 Beschäftigten sind 68,8 Prozent aller Betriebe; sie stellen aber nur 11,2 Prozent der Beschäftigten dar. Das bedeutet, dass in der Stichprobenziehung und Hochrechnung z. B. Kleinbetriebe mit bis zu 5 Beschäftigten zu ca. 11 Prozent (entsprechend ihrem Beschäftigtenanteil) und nicht zu ca. 69 Prozent (entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtzahl der Betriebe) berücksichtigt werden.<sup>4</sup>

Bei Stichprobenerhebungen ist immer eine statistische Fehlertoleranz zu beachten: Je stärker das betrachtete Merkmal in der Grundgesamtheit streut und je geringer die ungewichtete Fallzahl der interessierenden Teilgruppe, desto größer ist der statistische Unsicherheitsbereich. Daher werden die Ergebnisse im Folgenden normalerweise für 4 Branchengruppen und für 5 Betriebsgrößenklassen ausgewiesen:

- Handel und Reparatur (177 Betriebe)
- Produzierendes Gewerbe (Bergbau, Energie, Wasser; Verarbeitendes Gewerbe; Baugewerbe) (407 Betriebe)
- Dienstleistungen im engeren Sinne (Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Kredit- und Versicherungsgewerbe; Dienstleistungen) (501 Betriebe)
- Organisationen ohne Erwerbscharakter und Öffentliche Verwaltung (89 Betriebe) bzw.
- 1-4, 5-19, 20-99, 100-499, 500 und mehr Beschäftigte.

Zu beachten ist auch die Verwendung verschiedener Begriffe zum Thema Beschäftigung im IAB-Betriebspanel. Das gilt insbesondere für den Begriff „Beschäftigte“.

Soweit nicht anders vermerkt, entspricht der Begriff „Beschäftigte“ im Panel dem Begriff der „Erwerbstätigen“ und wird auch synonym gebraucht. Diese umfassen auch nicht sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, also z. B. Tätige Inhaber, mithelfende Familienangehörige und gegebenenfalls auch Beamte, aber nur in solchen Betrieben mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Nicht zu den Beschäftigten gerechnet werden die sog. weiteren Mitarbeiter, die mit den Betrieben nur Honorar-, Werk- oder Dienstverträge haben: Aushilfen, Freie Mitarbeiter, Praktikanten und Leiharbeitskräfte. Die im Betriebspanel hochgerechnete Erwerbstätigenzahl muss daher deutlich unter derjenigen der amtlichen Statistik liegen (vgl. „Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ 2010).

Ähnlich gelagert gibt es auch kleinere Abweichungen in der Operationalisierung der Definitionen von Mini-Jobs, Midi-Jobs und 1-Euro-Jobs (vgl. Conrads u. a. 2009, S. 3 f.).

Eine Neuerung hat sich 2007 für den Vergleich mit den Zahlen auf Bundesebene ergeben: Seither können Betriebe in Berlin in der Betriebsdatei der Bundesagentur für Arbeit nicht mehr genau dem früheren Ost- und Westberlin zugeordnet werden. Folglich wird seit 2007 Berlin mit Ostdeutschland zusammen-

---

<sup>3</sup> Die Konzentration der Beschäftigten in Großbetrieben hat in den vergangenen Jahren sogar noch weiter zugenommen. So ist die Zahl der Beschäftigten in Betrieben mit unter 10 Beschäftigten seit 2001 um 4,7 Prozent laut Hochrechnung des Betriebspanels gesunken, während die Zahl der Beschäftigten in Betrieben mit 250 und mehr Beschäftigten im gleichen Zeitraum um 3,6 Prozent gestiegen ist.

<sup>4</sup> Für eine ausführliche Beschreibung von betriebs- und beschäftigtenproportionalen Stichproben siehe Bellmann 1997. Vgl. zum Panel allgemeiner Fischer u. a. 2008.

gefasst (zuvor wurde Westberlin den alten und Ostberlin den neuen Bundesländern zugeordnet). Alle aktuellen Zahlen für Ost- und Westdeutschland sind somit nur bedingt mit den Werten für die alten und neuen Bundesländer vor 2008 vergleichbar. Wir verwenden zur klaren Trennung seither und künftig die Begriffe Ost- und Westdeutschland.

Durch die Umstellung der amtlichen Statistik auf die Wirtschaftszweigesystematik 2008 (WZ08) sind Zeitreihen nach Branchen zu früheren Jahren nicht mehr statistisch sauber möglich. Ein zuverlässiger Umsteigeschlüssel für die Panel-Betriebe liegt seitens des IAB nicht vor. Daher erfolgen in diesem Bericht in der Untergliederung nach Branchen keine Vergleiche mit 2008 oder den Vorjahren, außer bei denjenigen Fragen, wo in der Erhebung 2009 retrospektiv Fragen für das Jahr 2008 gestellt wurden.

In Anbetracht der Tatsache, dass es sich bei der Datengrundlage um eine Stichprobe handelt, werden in diesem Bericht grundsätzlich nur gerundete Werte verwendet. Bei Balkendiagrammen spiegeln leichte Unterschiede der Balkenlänge aber trotz gleicher ausgewiesener Prozentzahl die Nachkommastelle wider. Generell gilt, dass bei Unterschieden um nur einen Prozentpunkt eine vorsichtige Interpretation angebracht ist.

## 2. Personalpolitik

In Teil I dieses Berichts zum IAB-Betriebspanel Bayern 2010 (vgl. Kistler u. a. 2011) wurde bereits dargestellt, dass nach den hochgerechneten Angaben der befragten Personalverantwortlichen die Gesamtzahl der Beschäftigten zwischen Mitte 2009 und Mitte 2010 um 53 Tsd. gestiegen ist. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat um 45 Tsd. zugenommen. Für das Jahr 2010 erwarteten die Betriebe im Spätsommer des Vorjahres einen weiteren Beschäftigungszuwachs (um weitere 55 Tsd. Personen). Eine steigende Beschäftigtenzahl erwarteten für sich 15 Prozent der bayerischen Betriebe und Dienststellen, das ist der höchste Anteil in den letzten 10 Jahren.

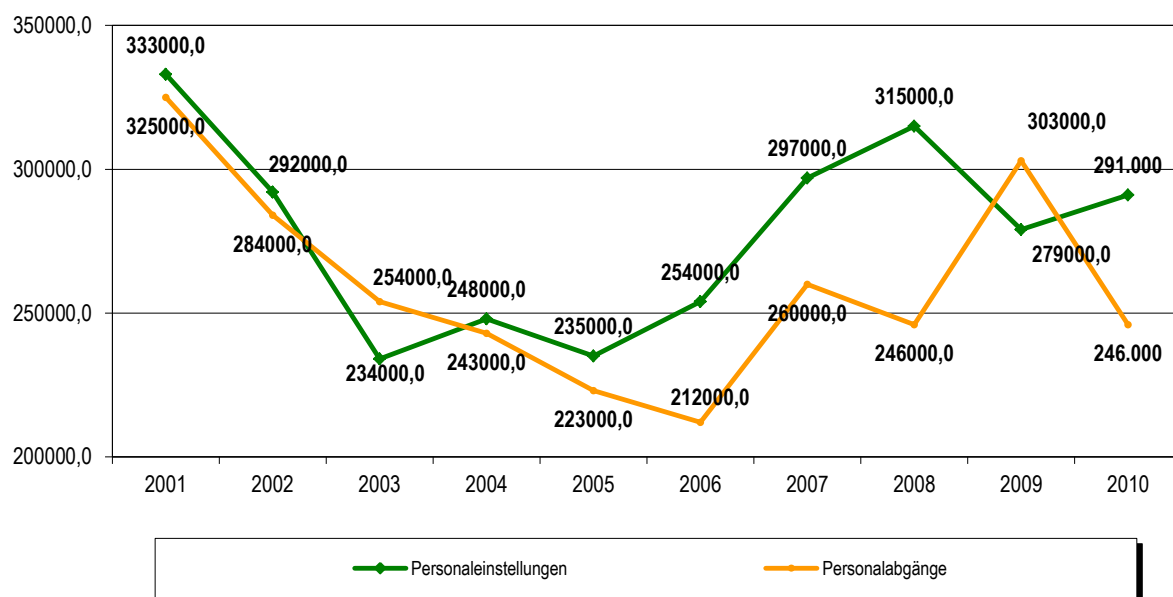
Auch hinsichtlich der im Panel erhobenen betrieblichen Kennziffern wie der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und der erwarteten Umsatzentwicklung hat sich die Sicht der Betriebe erheblich verbessert, der empfundene Wettbewerbsdruck hat nachgelassen.

Auf der anderen Seite zeigte sich auch, dass im Bereich der besonderen Beschäftigungsformen – nach einer Stagnation 2008-2009 im letzten Jahr – wieder eher Zuwächse zu verzeichnen waren. Ebenso ist eindeutig festzuhalten: Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat in der seit 2005 positiven Beschäftigungsentwicklung eine deutliche Delle hinterlassen (vgl. Kistler u. a. 2011, S. 5). Und: Noch nicht alle Betriebe haben die Krise überwunden! Von allen Betrieben und Dienststellen in Bayern berichtete ein Drittel von einer negativen Krisenbetroffenheit in den letzten beiden Jahren. 10 Prozent aller befragten Personalverantwortlichen sehen sich „noch in der Krise“, 19 Prozent sagen, „es geht wieder aufwärts“, 4 Prozent betrachten die Krise als für sie „überwunden“.

### 2.1 Personalbewegungen

Dem – dennoch – eindeutigen Aufschwung 2009/10 korrespondierend ist die Zahl der Personalabgänge gegenüber dem Vorjahr stark zurückgegangen und die Zahl der hochgerechneten Personaleinstellungen spürbar angestiegen (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Personaleinstellungen und Personalabgänge in Bayern 2001 bis 2010 (jeweils 1. Halbjahr; Angaben in Personen)



Nur im 1. Halbjahr 2008, unmittelbar vor der Wirtschafts- und Finanzkrise, war die Differenz zwischen Personaleinstellungen und Personalabgängen im gesamten Betrachtungszeitraum größer.

Dabei hat sich der Anteil der Betriebe und Dienststellen gegenüber den letzten Jahren nur wenig verändert, die von Personaleinstellungen bzw. auch von Personalabgängen berichteten. Die in Darstellung 2.1 zum Ausdruck kommende Dynamik konzentriert sich immer nur auf ca. ein Viertel der Betriebe (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2.: Anteile der Betriebe mit Personaleinstellungen bzw. -abgängen in Bayern 2001 bis 2010 (jeweils 1. Halbjahr, Angaben in Prozent)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Betriebe in <b>Bayern</b> mit Personaleinstellungen	28	26	27	21	25	21	24	24	24	24	24
Betriebe in <b>Bayern</b> mit Personalabgängen	31	31	26	25	26	24	22	25	22	25	23
Betriebe in Westdeutschland mit Personaleinstellungen	28	28	27	23	25	21	26	26	27	24	25
Betriebe in Westdeutschland mit Personalabgängen	31	32	29	27	26	25	24	25	25	26	25

### 2.1.1 Personaleinstellungen

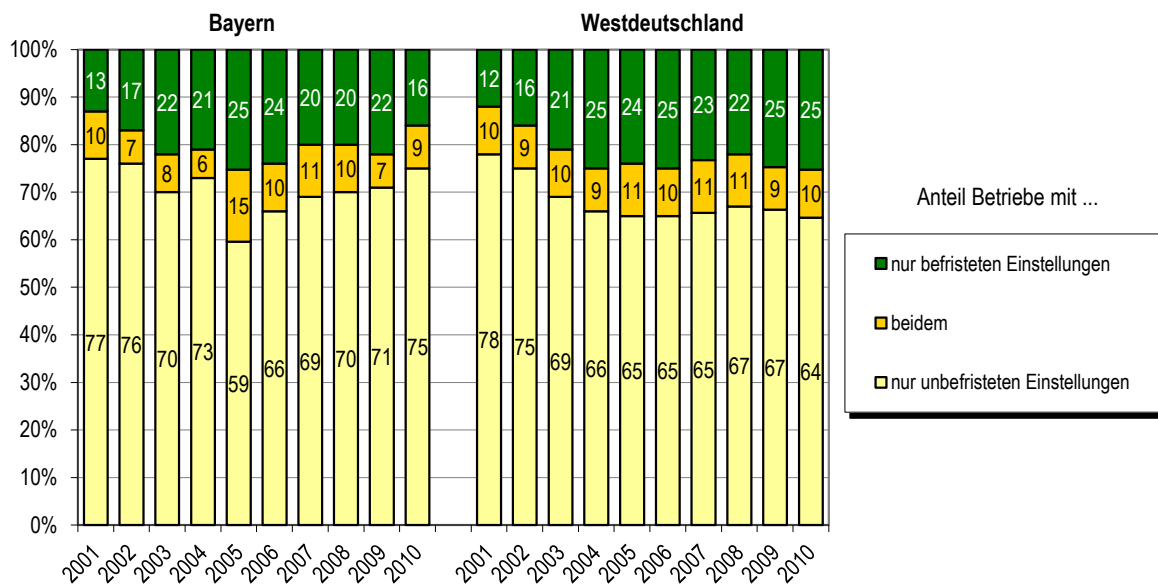
Gegenüber dem 1. Halbjahr 2009 ist im 1. Halbjahr 2010 der Anteil der Betriebe mit Personaleinstellungen im Bereich Handel und Reparatur und im Produzierenden Gewerbe deutlich gestiegen, bei den Dienstleistungen und Organisationen ohne Erwerbscharakter/Öffentlicher Verwaltung dagegen stark zurückgegangen. Bei den Kleinst- und den sehr großen Betrieben hat sich der Anteil der Betriebe mit Einstellungen erhöht, in Klein- und mittelgroßen Betrieben reduziert.<sup>5</sup>

### 2.1.2 Einstellungen und Übernahmen befristet Beschäftigter

Korrespondierend zu einem leicht zurück gehenden Anteil befristet Beschäftigter an allen Beschäftigten in den letzten Jahren (vgl. Kistler u. a. 2011, S. 3 ff.), hat sich seit 2005 der Anteil der Betriebe reduziert, die ausschließlich befristete Einstellung vorgenommen haben (vgl. Abb. 2). Lag dieser Anteil in Bayern im 1. Halbjahr 2005 noch bei 25 Prozent, so waren es 2010 nur noch 16 Prozent und damit auch deutlich weniger als im westdeutschen Durchschnitt. Umgekehrt ist im Freistaat der Anteil der Betriebe deutlich angestiegen, die ausschließlich unbefristet eingestellt haben.

<sup>5</sup> Der Zuwachs 2009/10 bei den Kleinstbetrieben mit 1-4 Beschäftigten von 7 auf 11 Prozent, soviel wie letztmals 2004, ist besonders auffällig.

Abbildung 2: Betriebe mit Personaleinstellungen nach Art der Einstellung im 1. Halbjahr 2001 bis 2010; Bayern vs. Westdeutschland (Angaben in Prozent)



Der Anteil der Betriebe bzw. Dienststellen mit ausschließlich befristeten Einstellungen ist traditionell in der Öffentlichen Verwaltung am höchsten (44 %) und steigt mit zunehmender Betriebsgröße deutlich an (1 bis 4 Beschäftigte: 14 %; 100 bis 499: 41 %; aber ab 500 Beschäftigte: 23 %) und ist 2010 in Nordbayern etwas höher als in Südbayern. Auffällig ist der deutlich höhere Anteil von Betrieben mit nur befristeten Einstellungen in schwachstrukturierten Räumen (21 %) als in Verdichtungsräumen (12 %).

Unbenommen dieser Veränderungen auf der Ebene Betrieb ist personenbezogen der Anteil der befristet eingestellten Beschäftigten an allen Neueinstellungen aber wie schon im Vorjahr (40 %) weiter angestiegen und liegt in Bayern mit 43 Prozent (Westdeutschland 45 %) wieder auf einem Niveau wie 2007. Mit 55 bzw. 70 Prozent erreichen große (100-499 Beschäftigte) und sehr große Betriebe (ab 500 Beschäftigte) hier die höchsten Werte. Den geringsten Anteil der Befristeten an allen Neueinstellungen berichten mit 33 Prozent die Betriebe des Produzierenden Gewerbes (vgl. Tabelle 3) – bei einem bayesischen Durchschnittswert von 43 Prozent.

Die Übernahmequote von Befristeten (Anteil der übernommenen an allen befristet Beschäftigten) liegt mit 10 Prozent – Vorjahr: 9 Prozent – weiterhin niedrig und rechtfertigt es nicht, von einem größeren „Klebeffekt“ oder hohen Einstiegschancen durch befristete Beschäftigungsverhältnisse auszugehen.<sup>6</sup> Allenfalls im Produzierenden Gewerbe (18 %) und in mittelgroßen Betrieben (15 %) sind etwas höhere Werte zu verzeichnen. Die Übernahmequote von 10 Prozent im Freistaat entspricht im Übrigen dem westdeutschen Durchschnittswert, ebenso wie der Anteil befristet Beschäftigter an allen Beschäftigten mit je 5 Prozent.

<sup>6</sup> Befristete Arbeitsverhältnisse haben – ebenso wie die Leiharbeit – aber nicht nur den Bezug auf diese Brückenfunktion einen nur sehr begrenzten Integrationswert. Sie tragen laut IAB – auch deswegen – wenig zur Inklusion und sozialen Teilhabe bei: „Bei Personen, die nach Arbeitslosigkeit eine unbefristete Stelle finden, fällt die Verbesserung des Zugehörigkeitsempfinden deutlich stärker aus als bei Leiharbeitern oder befristet Beschäftigten“ (Gundert, Hohendanner 2011).

Tabelle 3: Anteile befristet Beschäftigter an Personalbestand und Neueinstellungen sowie Übernahme befristet Beschäftigter im 1. Halbjahr 2010 (Angaben in Prozent)

	Anteil am Personalbestand <sup>1</sup>	Anteil an Neueinstellungen	Anteil übernommener an befristet Beschäftigten
Handel und Reparatur	5	38	10
Produzierendes Gewerbe	3	33	18
Dienstleistungen i. e. Sinne	9	44	8
Org. ohne Erwerb/Öff. Verwaltung	7	79	8
1 bis 4 Beschäftigte	4	19	5
5 bis 19	5	14	6
20 bis 99	6	43	15
100 bis 499	7	55	9
ab 500	4	70	8
<b>Bayern</b>	<b>6</b>	<b>43</b>	<b>10</b>

<sup>1</sup> Anteil an abhängig Beschäftigten (inkl. Auszubildende)

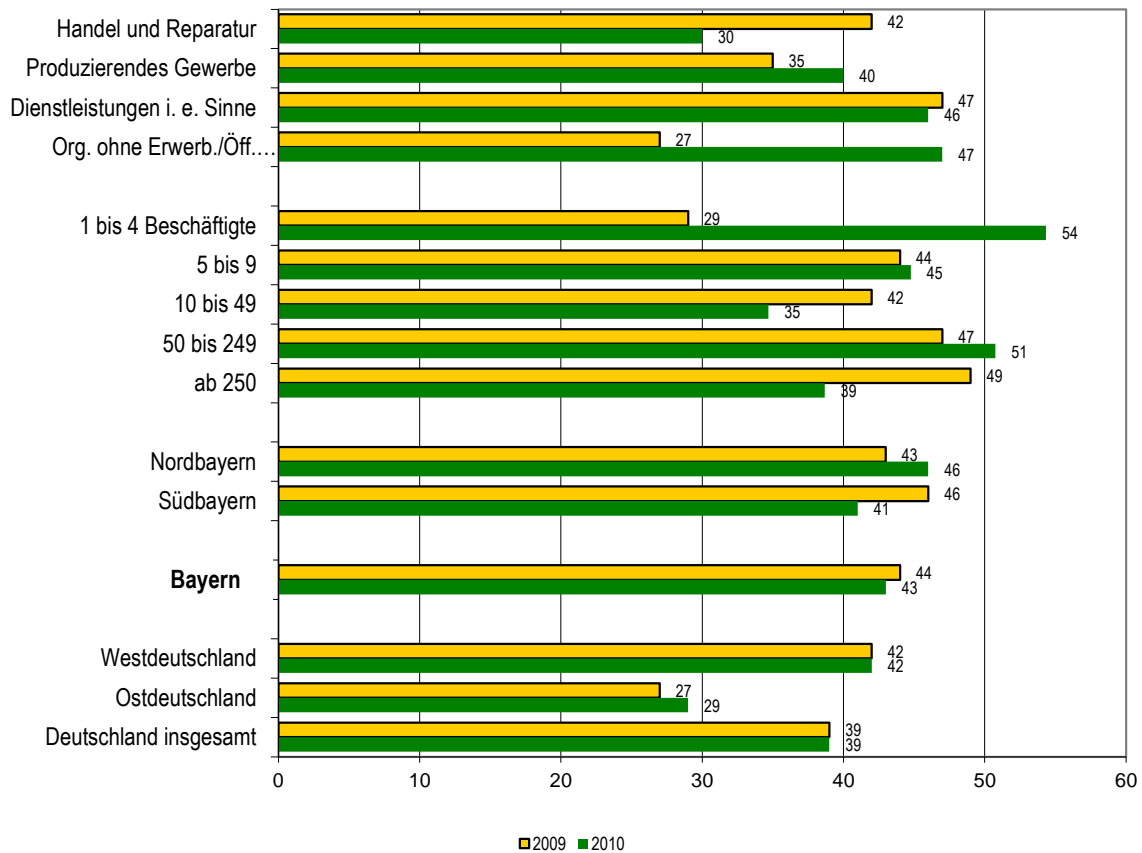
Mit 50 Prozent liegt der Frauenanteil an den befristeten Neueinstellungen in Bayern um 3 Prozentpunkte höher als ihr Anteil an allen Neueinstellungen (Westdeutschland: 50 zu 46 %). 2009 lagen die beiden Werte bei 60 bzw. 50 Prozent. Bei mittelgroßen und sehr großen Betrieben ist diese Diskrepanz besonders ausgeprägt, in Kleinstbetrieben ist der Frauenanteil an den befristeten Neueinstellungen dagegen geringer als ihr Anteil an allen Einstellungen. Einen überdurchschnittlichen Anteil verzeichnen Frauen mit 60 Prozent demgegenüber bei der Übernahme von befristet Beschäftigten in ein festes Arbeitsverhältnis (Westdeutschland: 56 %).

## 2.2 Einstellungen für einfache bzw. für qualifizierte Tätigkeiten

24 Prozent aller bayerischen Betriebe berichten von Personaleinstellungen im 1. Halbjahr 2010. 10 Prozent darunter haben Beschäftigte für einfache Tätigkeiten eingestellt, definiert als solche, die keine Berufsausbildung erfordern, und 17 Prozent haben Neueinstellungen für qualifizierte Tätigkeiten vorgenommen. Mit 16 bzw. 22 Prozent verzeichnet das Produzierende Gewerbe dabei jeweils die höchsten Anteile. Als qualifizierte Tätigkeiten zählen dabei alle, für die laut Betriebe mindestens eine Berufsausbildung nötig ist. Bezogen auf die Gesamtzahl der Einstellungen ergänzen sich die nachfolgend genannten Werte auf 100.

Auf Personen bezogen waren 2010 43 Prozent aller Neueinstellungen im Freistaat solche für einfache Tätigkeiten, 1 Prozentpunkt weniger als 2009 (vgl. Abb. 3). Hochgerechnet entsprach das 125 Tsd. Einstellungen für einfache Tätigkeiten bzw. 164 Tsd. Einstellungen für qualifizierte Tätigkeiten.

Abbildung 3: Anteile der Neueinstellungen für einfache Tätigkeiten\* an allen Neueinstellungen 2009 und 2010 (Angaben in Prozent)



\* Tätigkeiten, für die keine Berufsausbildung erforderlich ist.

Im Aufschwungjahr 2010 zeigen sich, verglichen mit dem Vorjahr, keine stabilen Muster. Auffällig ist in 2010 der hohe Wert von 54 Prozent Neueinstellungen für einfache Tätigkeiten unter allen Neueinstellungen von Kleinstbetrieben und der besonders ausgeprägte Rückgang dieses Anteils in großen Betrieben bzw. im Handels- und Reparaturgewerbe.

### 2.3 Personalabgänge

Der Anteil der Betriebe mit Personalabgängen hat in Bayern vom 1. Halbjahr 2009 auf das 1. Halbjahr 2010 von 25 auf 23 Prozent wieder leicht abgenommen (im westdeutschen Durchschnitt von 26 auf 25 %).

Mit 47 Prozent (Südbayern: 50 %) entspricht der Anteil der Frauen an den Personalabgängen in etwa ihrem Beschäftigtenanteil (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4: Personalabgänge, Frauenanteile daran und Gründe für die Personalabgänge im 1. Halbjahr 2010 (Angaben in Prozent)

	Betriebe mit Personalabgängen	Frauenanteil an Personalabgängen	Gründe des Ausscheidens									
			A	B	C	D	E	F	G	H	I	J
Nordbayern	24	43	32	26	2	10	10	3	6	3	1	6
Südbayern	22	50	38	20	3	16	5	3	4	3	1	6
<b>Bayern</b>	<b>23</b>	<b>47</b>	<b>35</b>	<b>23</b>	<b>3</b>	<b>14</b>	<b>7</b>	<b>3</b>	<b>5</b>	<b>3</b>	<b>1</b>	<b>6</b>
<i>(nachrichtl. 2009)</i>	25	47	28	33	2	14	6	2	3	2	0	8
<i>(nachrichtl. 2008)</i>	22	42	38	23	3	13	8	2	4	3	1	6
<i>(nachrichtl. 2007)</i>	25	46	34	21	4	14	5	9	4	3	1	6
Westdeutschland	25	45	33	25	4	15	6	4	5	3	1	5
Ostdeutschland	20	45	25	25	3	20	7	3	5	4	2	4
Deutschland insgesamt	24	45	32	25	4	16	6	4	5	4	1	5

- |   |   |   |  |
|---|---|---|--|
| A | Kündigung seitens des Arbeitnehmers             | B | Kündigung seitens des Betriebes                |
| C | Abgänge nach Abschluss der betriebl. Ausbildung | D | Ablauf eines befristeten Arbeitsvertrages      |
| E | Einvernehmliche Aufhebung                       | F | Versetzung in anderen Betrieb des Unternehmens |
| G | Ruhestand <u>mit</u> gesetzlicher Altersgrenze  | H | Ruhestand <u>vor</u> gesetzlicher Altersgrenze |
| I | Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit                 | J | Sonstiges                                      |

Mit 35 Prozent dominieren (typisch für eine Aufschwungperiode) Kündigungen seitens der Beschäftigten die Gründe für Personalabgänge, gefolgt von 23 Prozent betriebsseitiger Kündigungen und 14 Prozent wegen Ablaufs eines befristeten Arbeitsvertrags. Letzteres ist besonders häufig im Bereich Organisationen ohne Erwerbszweck/Öffentliche Verwaltung der Fall, gefolgt vom Dienstleistungssektor i. e. S., in dem auch die betriebsseitigen Kündigungen am häufigsten sind (26 %). Besonders häufig traten betriebsseitige Kündigungen im nordbayerischen Verdichtungsraum (30 %) bzw. in Unterfranken und der Oberpfalz auf (je 29 %). Je kleiner der Betrieb, um so häufiger sind relativ gesehen die beschäftigtenseitigen Kündigungen. Die betriebsseitigen Kündigungen variieren mit der Beschäftigtenzahl (bis unter 500 Beschäftigte) kaum, allerdings ist ihr Anteil in den ganz großen Betrieben deutlich geringer.

## 2.4 Personalsuche und offene Stellen

Meldungen über einen bestehenden Mangel an Fach-, ja genereller an Arbeitskräften sind auch während der jüngsten Krise(n) seitens der Verbände bzw. in den Medien nicht abgerissen und haben in 2010/11 sogar wieder zugenommen. So schrieb z. B. die Augsburger Allgemeine (2010) auf Grundlage einer Online-Mitgliederbefragung des DIHKT: „Fast drei Viertel der deutschen Unternehmen suchen nach Angaben der Industrie- und Handelskammern händeringend nach qualifiziertem Personal“. Die Ergebnisse des IAB-Betriebspanels belegen auf repräsentativer Grundlage, dass diese Aussage falsch ist.

Laut der Angaben aus dem repräsentativen IAB-Betriebspanel hatten im 1. Halbjahr 2010 69 Prozent aller deutschen wie bayerischen Betriebe überhaupt keinen Personalbedarf. Weitere 21 Prozent (bzw. 19 % in Bayern) konnten ihren Personalbedarf voll decken. 5 Prozent (bzw. 4 % in Bayern) hatten zwar Einstellungen, konnten aber nicht alle offenen Stellen besetzen (was v. a. auf große Betriebe zutrifft) und nur 6 Prozent (bzw. in Bayern 8 %) – v. a. kleine Betriebe – konnten trotz Personalbedarf keine Einstellungen vornehmen. Ein gewisses Maß an Stellenbesetzungsproblemen ist für einen funktionie-

renden Arbeitsmarkt genauso normal, ja sogar notwendig wie die Sucharbeitslosigkeit (sog. friktionelle Arbeitslosigkeit) und beugt Lohndumping, dem Unterlassen von Weiterbildungs- und Ausbildungsanstrengungen der Betriebe etc. zumindest etwas vor.

Faktisch hatten also laut IAB-Betriebspanel im 1. Halbjahr 2010 8 Prozent der Betriebe trotz Personalbedarf keine Stelle besetzen können und weitere 4 Prozent ihren Bedarf nicht ganz decken können (vgl. Abb. 4). Das ist etwas mehr als 2009, für ein Aufschwungjahr aber nicht ungewöhnlich wie der Vergleich der Werte mit 2008 zeigt.

Abbildung 4: Betriebe in Bayern mit Personaleinstellungen und (un-)gedecktem Personalbedarf im 1. Halbjahr 2007 bis 2010 (Anteile in Prozent an allen Betrieben)

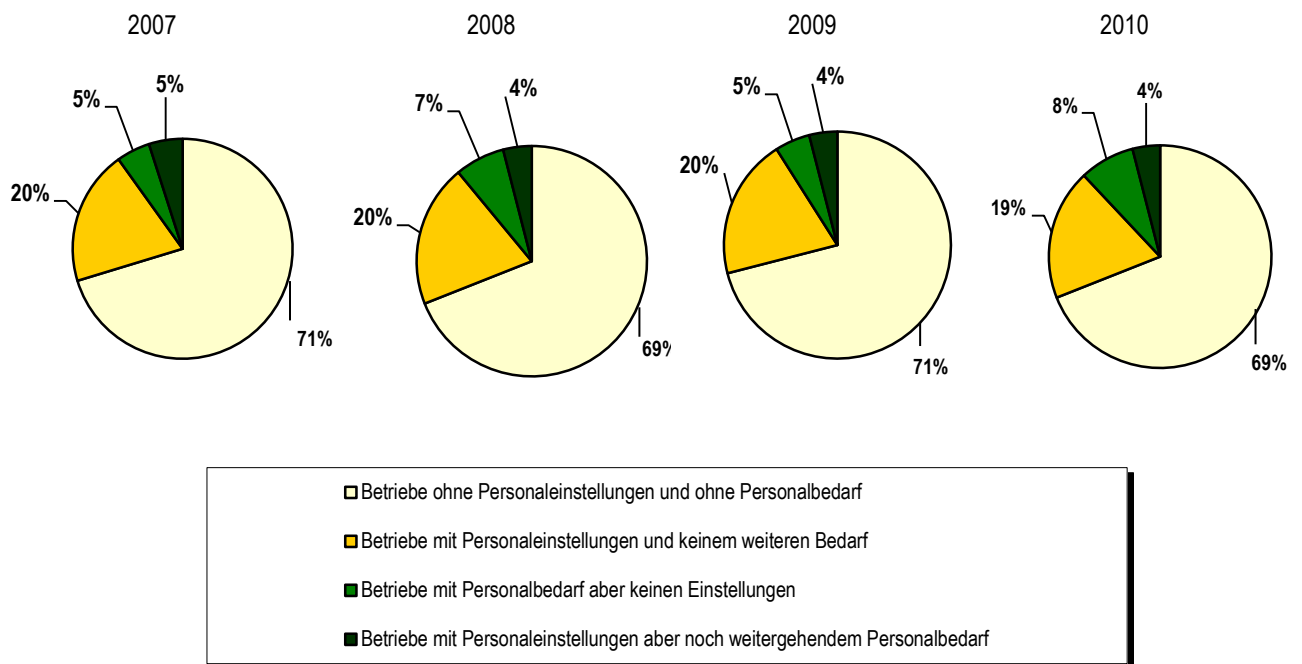


Tabelle 5 zeigt, dass im Produzierenden Gewerbe mit je 9 Prozent Betrieben mit nicht vollständig oder überhaupt nicht gedecktem Personalbedarf die Stellenbesetzungsprobleme tendenziell noch am größten sind. Eher ist dies auch in Süd- als in Nordbayern der Fall.

Tabelle 5: Betriebe in Bayern mit Personaleinstellungen und (un-)gedecktem Personalbedarf im 1. Halbjahr 2010 (Anteile in Prozent)

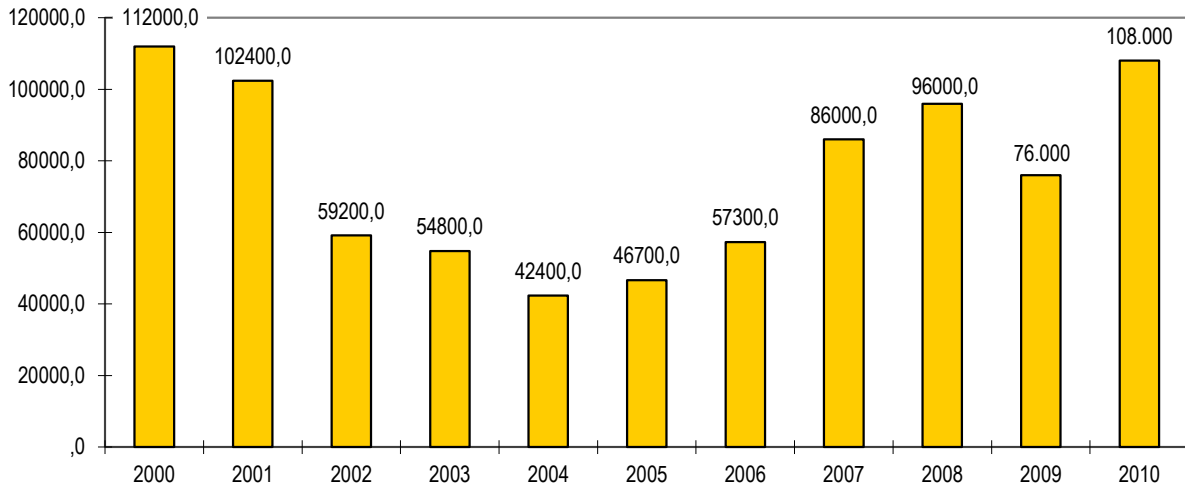
Betriebsgruppe	Betriebe mit Personaleinstellungen			Betriebe ohne Personaleinstellungen		
	Insgesamt	darunter		Insgesamt	darunter	
		Bedarf vollständig gedeckt	Bedarf nicht vollständig gedeckt		hätten gerne eingestellt	kein Bedarf
Handel und Reparatur	27	24	3	73	5	68
Produzierendes Gewerbe	32	23	9	68	9	60
Dienstleistungen im engeren Sinne	20	17	3	80	8	72
Org. ohne Erwerb. / Öff. Verwaltung	19	16	2	81	7	75
1 bis 4	11	10	1	89	6	83
5 bis 19	26	22	4	74	10	64
20 bis 99	51	38	13	49	5	43
100 bis 499	76	52	23	24	2	23
ab 500	87	55	32	13	0	13
Nordbayern	23	20	4	77	4	73
Südbayern	24	19	5	76	10	66
HWK-Mitglieder	28	20	8	72	7	65
IHK-Mitglieder	27	22	4	73	7	66
<b>Bayern insgesamt</b>	<b>24</b>	<b>19</b>	<b>4</b>	<b>76</b>	<b>8</b>	<b>69</b>

Bei den Mitgliedsbetrieben der Handwerkskammern war nach deren eigenen Angaben der Anteil der Betriebe mit Stellenbesetzungsproblemen im Übrigen etwas höher als bei Mitgliedsbetrieben der IHK. Auch äußern Betriebe aus dem ländlichen Raum häufiger, dass sie Stellen nicht oder nur teilweise besetzen konnten als Betriebe in Verdichtungsräumen bzw. schwachstrukturierten Räumen. In Ostdeutschland sind die saldierten Werte mit 11 Prozent höher als im westdeutschen Durchschnitt (9 %).

Eine andere jährlich gestellte einschlägige Frage im IAB-Betriebspanel lautet zeitpunktbezogen, wie viele Vakanzen zum Befragungszeitpunkt bestanden, d. h. wie viele sofort zu besetzende Stellen. Mit hochgerechnet 108.000 vakanten Stellen hat sich 2010 gegenüber 2009 ein starker Zuwachs ergeben. Der aktuelle Wert für 2010 liegt damit wieder in einer Größenordnung wie zuletzt in der Zeit der spekulativen Blase von 2000/2001 (vgl. Abb. 5).

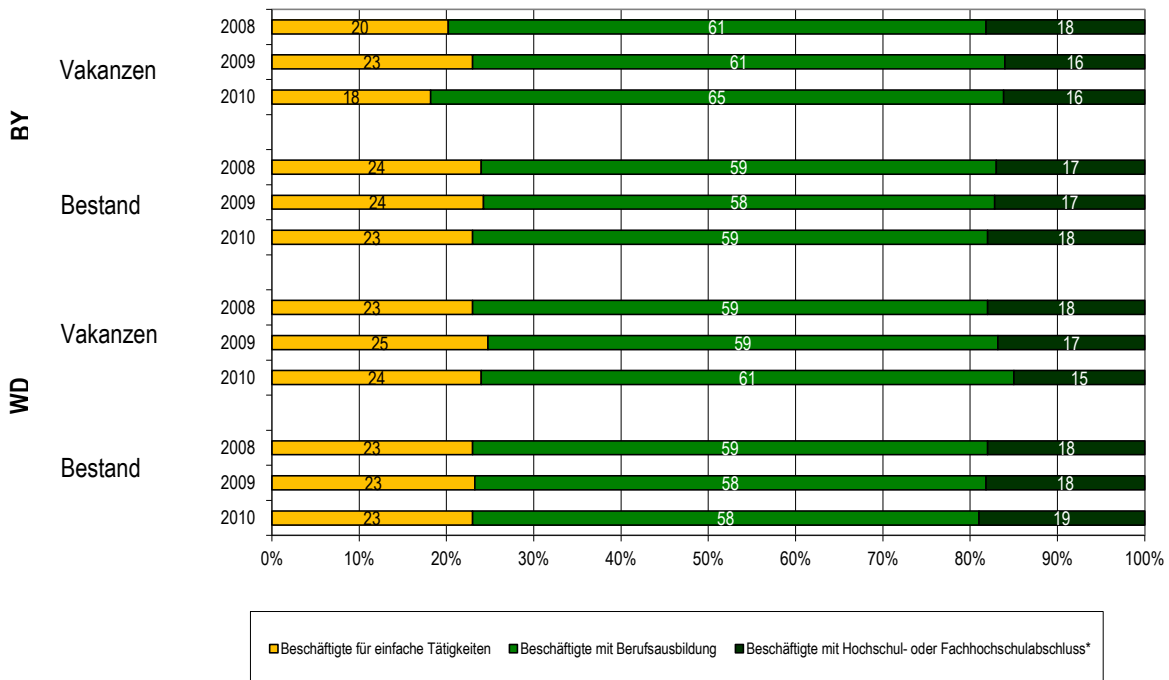
Den Schwerpunkt finden diese Vakanzen im Dienstleistungsbereich (64 Tsd.). Über solche für sofort zu besetzenden Stellen berichteten 2010 13 Prozent der bayerischen Betriebe und Dienststellen. Überdurchschnittlich war dieser Anteil im Produzierenden Gewerbe (17 %) und bei Organisationen ohne Erwerbscharakter/Öffentliche Verwaltung (16 %). In West- wie Ostdeutschland lag der Anteil wie in Bayern bei 13 Prozent.

Abbildung 5: Für sofort gesuchte Arbeitskräfte (vakante Stellen) in Bayern jeweils im Spätsommer 2000 bis 2010



Die Betriebe mit Vakanzen werden im IAB-Betriebspanel auch gefragt, auf welches Qualifikationsniveau sich die für sofort zu besetzenden offenen Stellen beziehen. Abbildung 6. enthält die entsprechenden Ergebnisse für Bayern und Westdeutschland für die Jahre 2008 bis 2010. Gegenübergestellt werden jeweils die Werte für die Vakanzen und die Qualifikationsstruktur des Personalbestands.

Abbildung 6: Struktur der für sofort zu besetzenden Stellen im Vergleich zur Struktur des Personalbestandes in Bayern und Westdeutschland Mitte 2008, 2009 und 2010 (Angaben in Prozent)



\* inkl. Tätige Inhaber, Geschäftsführer, Vorstände

Während der Anteil der Beschäftigten für einfache Tätigkeiten im Personalbestand zwischen 2008 und 2010 in Bayern leicht von 24 auf 23 Prozent gesunken ist, ist der Anteil der entsprechenden vakanten

Stellen zunächst 2008/09 angestiegen und dann 2009/2010 deutlich von 23 auf 18 Prozent zurückgegangen. Im westdeutschen Durchschnitt liegt der Anteil der vakanten Stellen dagegen auch 2010 über dem – konstant bei 23 Prozent liegenden Bestandsanteil.

Auf der anderen Seite unterschreitet der Anteil der offenen Stellen für Beschäftigte mit (Fach-) Hochschulabschluss von 16 Prozent in 2009 wie 2010 leicht den Beschäftigtenanteil im bayerischen Bestand. In Westdeutschland gilt Ähnliches. Zugenommen hat, in Bayern noch etwas ausgeprägter als im westdeutschen Durchschnitt, der Anteil der Vakanzen für Beschäftigte mit Berufsausbildung.

Diese Ergebnisse zeigen ein doch erheblich anderes Bild zum Thema Fachkräftemangel wie es in der öffentlichen Debatte gezeichnet wird. Auch wenn der generelle Trend zu einer verstärkten Nachfrage nach höheren Qualifikationen unbestritten ist (vgl. dazu auch den ersten Teil dieses Berichts; Kistler u. a. 2010, S. 25), so liegt eine gewisse Lücke zumindest gegenwärtig in Bayern eher im Bereich der Tätigkeiten für Beschäftigte mit Berufsausbildung als im Bereich von (Fach-)Hochschulabschlüssen. Bei den einfachen Tätigkeiten, die in ihren Beschäftigtenanteilen langfristig zurückgehen (vgl. ebenda), liegt der Anteil der Vakanzen – v. a. im Aufschwung 2009/10 – deutlich unter dem Bestandsanteil (18 versus 23 %); gleichzeitig waren viel mehr anteilige Neueinstellungen im 1. Halbjahr 2010 solche von Beschäftigten für einfache Tätigkeiten (43 %, vgl. oben, Tabelle 5.). Auch unter Beachtung der Tatsache, dass Befristungen und häufigere Personalwechsel bei Geringqualifizierten wohl häufiger sind (was die genannten 43 % mit erklären kann), wirft das Fragen auf und legt auch Schlussfolgerungen nahe:

- Gehen die Betriebe mit überhöhten Ansprüchen an Bewerber heran (Stichwort: Beschäftigung unter Qualifikation, d. h., suchen sie evtl. oft Beschäftigte mit Berufsausbildung für einfache Tätigkeiten)?
- Sind die Bemühungen bei der betrieblichen Ausbildung trotz der aktuellen Erfolgsmeldungen (vgl. Kistler u. a. 2011, S. 39 ff.) nicht vielleicht doch strukturell unzureichend – 2010 lag die hochgerechnete Zahl von Auszubildenden und BeamtenanwärterInnen in Bayern niedriger als 2001 bis 2007?
- Muss die Priorität der Bildungspolitik und im Ausbildungswesen nicht noch mehr auf die Vermeidung von Schulabgängern ohne Abschluss und junge Menschen ohne Berufsausbildung gerichtet werden?
- Geht die öffentliche Debatte zum Thema nicht ein Stück weit an den Bedürfnissen der jungen Menschen und an denen der Mehrheit der Betriebe vorbei?

### **2.5 Weiterbildung**

Im gleichen Kontext wie in Abschnitt 2.4 in Richtung Ausbildung erfolgt, ist auch ein Blick auf den Bereich der betrieblichen Weiterbildungsförderung naheliegend.

Wie Tabelle 6 zeigt, hat der Anteil der Betriebe mit Weiterbildungsförderung<sup>7</sup> von 2009 auf 2010 im Freistaat um einen Prozentpunkt zugenommen – mit 43 Prozent liegt der Anteil aber immer noch erheb-

---

<sup>7</sup> Die Frageformulierung lautete: „Förderte Ihr Betrieb/Ihre Dienststelle im 1. Halbjahr Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen? Das heißt: Wurden Arbeitskräfte zur Teilnahme an inner- oder außerbetrieblichen Maßnahmen freigestellt bzw. wurden die Kosten für Weiterbildungsmaßnahmen ganz oder teilweise vom Betrieb übernommen?“. Damit gilt ein Betrieb bereits dann als in der Weiterbildung aktiv, wenn auch nur eine Person (und sei es der Geschäftsführer oder Inhaber) auch nur teilweise eine solche Förderung erfährt.

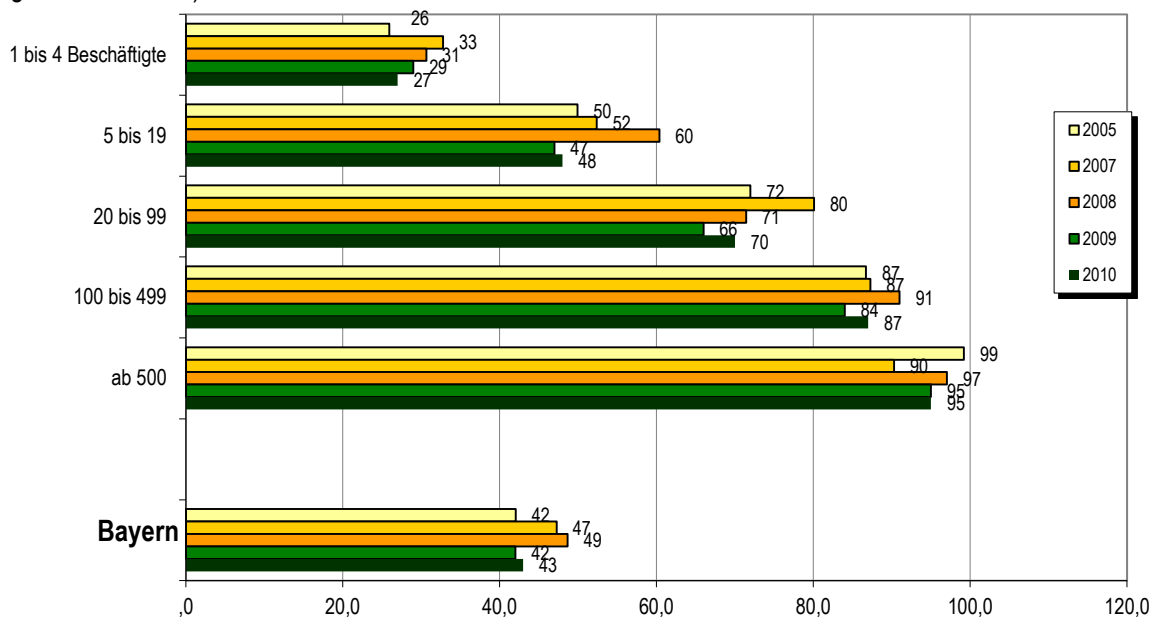
lich unter den Werten von 2007 und 2008. Die Werte für West- und Ostdeutschland sind 2010 geringfügig höher als in Bayern.

Tabelle 6: Anteil der Betriebe mit Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen an den Betrieben insgesamt 2001 bis 2010 (Angaben in Prozent)

	2001	2003	2005	2007	2008	2009	2010
<b>Bayern</b>	<b>39</b>	<b>38</b>	<b>42</b>	<b>47</b>	<b>49</b>	<b>42</b>	<b>43</b>
Westdeutschland	37	41	42	45	49	44	44
Ostdeutschland	36	42	44	48	51	45	45

Der Anteil von in der Weiterbildung aktiven Betrieben und Dienststellen ist auch 2010 mit Abstand im Bereich Organisationen ohne Erwerbscharakter/Öffentliche Verwaltung am höchsten (62 %) und im Produzierenden Gewerbe am niedrigsten (35 %). Mehr nord- als süddeutsche Betriebe sind weiterbildungsaktiv. Niederbayern und die Oberpfalz weisen die deutlich geringsten Werte auf (29 bzw. 28 %) – gegenüber 54 Prozent in Mittelfranken. Während der Anteil weiterbildungsaktiver Betriebe und Dienststellen in Verdichtungsräumen mit 51 Prozent über dem Durchschnitt liegt, ist er in strukturschwachen Räumen mit 34 Prozent niedrig (ländlicher Raum: 42 %). Besonders stark differiert dieser Anteil nach der Betriebsgrößenklasse (vgl. Abb. 7).

Abbildung 7: Anteil der Betriebe mit Weiterbildungsförderung an allen Betrieben im 1. Halbjahr 2005 bis 2010 (Angaben in Prozent)



Während unter den Großbetrieben fast alle – in welchem Umfang auch immer – Weiterbildung fördern, ist dies unter den Kleinstbetrieben mit 1 bis 4 Beschäftigten nur bei 27 Prozent der Fall. Und das auch noch mit einer seit 2007 rückläufigen Tendenz.

Einen signifikant positiven Einfluss auf betriebliche Weiterbildungsangebote haben das Vorhandensein eines Betriebsrats bzw. einer Personalvertretung und die Tarifbindung von Betrieben. Betriebe mit Betriebsrat waren zu 85 Prozent in der Weiterbildung aktiv, Betriebe mit anderen Formen der Mitarbeiter-

vertretung zu 75 Prozent. Hinsichtlich der Tarifbindung waren Betriebe mit Haustarifvertrag zu 73 Prozent, Betriebe mit Branchentarifvertrag immerhin zu 56 Prozent in der Weiterbildung aktiv, gegenüber 33 Prozent bei Betrieben ohne Tarifvertrag. Berücksichtigt werden muss dabei selbstverständlich auch, dass größere Betriebe sowohl häufiger tarifgebunden sind bzw. Mitarbeitervertreter haben.

Tabelle 7: Anteil der Betriebe mit Weiterbildungsförderung an allen Betrieben im ersten Halbjahr 2010 nach Mitarbeitervertretung und Tarifbindung (Angaben in Prozent)

		Anteil der Betriebe mit Weiterbildungsförderung
Betriebsrat/Personalrat vorhanden	Ja	85
	Nein	39
Andere Form der Mitarbeitervertretung	Ja	75
	Nein	40
Tarifverträge im Betrieb	Branchentarifvertrag	56
	Haus-/Firmentarifvertrag	73
	Kein Tarifvertrag	33
Gesamt		43

Auch bezogen auf den durch die betriebliche Weiterbildungsförderung erreichten Beschäftigtenanteil ist zwar ein langfristiger Zuwachs festzustellen, dieser fällt aber wesentlich geringer aus als beim Anteil weiterbildungsaktiver Betriebe. 25 Prozent der Beschäftigten in Bayern wurden im 1. Halbjahr 2010 in einer Maßnahme der betrieblichen Weiterbildung gefördert. Trotz der langfristigen Zunahme zeigt die Zeitreihe, dass betriebliche Weiterbildungsförderung noch längst nicht ausreichend in der betrieblichen Personalpolitik verankert ist (sondern stark von der konjunkturellen Entwicklung abhängt) und schon gar nicht ausreichend verbreitet ist.

Tabelle 8: Anteil der geförderten Weiterbildungsteilnehmer\* an allen Beschäftigten 2001 bis 2010 (Angaben in Prozent)

	2001	2003	2005	2007	2008	2009	2010
<b>Bayern</b>	19	23	22	22	27	24	25
Westdeutschland	18	23	21	22	27	25	25
Ostdeutschland	19	26	26	27	31	29	30

\* Umrechnung der Teilnahmefälle in Personen

Bemerkenswert ist, dass diejenigen Betriebe, die nicht Mitglied einer Kammer sind, deutlich höhere Weiterbildungsquoten (35 %) aufweisen als Kammerbetriebe der IHK (22 %) bzw. der HwK (18 %) (Auch bei den Anteilen der weiterbildungsaktiven Betriebe gibt es ein vergleichbares Muster: Betriebe ohne Kammermitgliedschaft sind zu 56 % in der Weiterbildungsförderung aktiv – v. a. durch interne Kurse und Weiterbildung am Arbeitsplatz –, IHK- und HwK-Mitgliedsbetriebe dagegen nur zu 38 bzw. 37 %).

Spitzenreiter bei den Weiterbildungsquoten sind die Organisationen ohne Erwerbszweck/Öffentliche Verwaltung und der Dienstleistungsbereich mit 32 bzw. 29 Prozent. In Verdichtungsräumen ist die Weiterbildungsquote leicht höher (26 %) als in schwachstrukturierten Räumen (22 %). Kleinstbetriebe weisen mit 18 Prozent den geringsten Beschäftigtenanteil auf, deren Weiterbildung im 1. Halbjahr 2010 vom Betrieb/von der Dienststelle gefördert wurde. In den anderen Betriebsgrößenklassen schwanken die Anteile um die 25 Prozent.

Zu diesen geringen Quoten kommt die hohe Gruppenspezifität der betrieblichen Weiterbildungsförderung hinzu. Damit ist nicht die geschlechtsspezifische Differenz gemeint: Mit 26 Prozent liegt der Anteil geförderter Frauen sogar um 2 Prozentpunkte höher als bei Männern (Allerdings mit deutlich niedrigeren Werten im Produzierenden Gewerbe und bei Handel und Reparatur mit 16 bzw. 18 %; Dienstleistungen: 31 %). 48 Prozent der geförderten Weiterbildungsteilnehmer waren Frauen, was in etwa ihrem Beschäftigtenanteil entspricht.

Das entscheidende Problem ist vielmehr, dass die Betriebe Beschäftigte mit geringerem formalem Schulabschluss weitaus seltener bei Weiterbildungsaktivitäten fördern als solche mit akademischem Abschluss. Und diese Schere geht über die Zeit betrachtet sogar noch weiter auf (vgl. Kistler u. a. 2010, S. 46 ff.; Werte für 2010 wurden nicht erhoben; mit vergleichbarem Befund anhand des Mikrozensus: Bundesinstitut für Berufsbildung 2011, S. 285 ff.; Kistler 2011).

Hinsichtlich der Art der geförderten Weiterbildungsmaßnahme hat sich in den letzten Jahren relativ wenig verändert (vgl. Tabelle 9). Die bei weitem häufigsten Maßnahmen sind externe Kurse/Lehrgänge/Seminare mit 82 Prozent. Ungefähr gleichauf mit ca. 50 Prozent werden die informelle Weiterbildung am Arbeitsplatz und die Teilnahme an Vorträgen/Fachtagungen/Messen etc. genannt (beide mit leicht steigender Tendenz zwischen 2009 und 2010), während interne Kurse/Lehrgänge/Seminare etwas seltener genannt werden. Alle anderen erfragten Weiterbildungsformen spielen eine weit geringere Rolle.

Tabelle 9: Inner- und außerbetriebliche Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen im 1. Halbjahr 2010 (Anteil in Prozent an Betrieben mit Weiterbildungsförderung)

	Anteile an Betrieben mit Weiterbildung;							
	Mehrfachnennungen							
	A	B	C	D	E	F	G	H
Handel und Reparatur	72	49	52	38	7	17	13	9
Produzierendes Gewerbe	88	27	42	48	4	4	4	12
Dienstleistungen im engeren Sinne	82	47	54	58	2	21	10	10
Org. ohne Erwerb./Öff. Verwaltung	85	64	54	56	3	20	16	5
1 bis 4 Beschäftigte	76	25	39	52	1	16	6	9
5 bis 19	80	46	54	48	2	15	10	8
20 bis 99	90	60	57	58	6	23	12	15
100 bis 499	93	80	72	76	13	27	23	19
ab 500	99	98	91	91	32	42	29	40
<b>Bayern</b>	<b>82</b>	<b>45</b>	<b>52</b>	<b>52</b>	<b>3</b>	<b>18</b>	<b>10</b>	<b>10</b>
<i>nachrichtlich 2009</i>	81	50	46	46	4	17	8	10

- A externe Kurse, Lehrgänge, Seminare
- B interne Kurse, Lehrgänge, Seminare
- C Weiterbildung am Arbeitsplatz (Unterweisung, Einarbeitung)
- D Teilnahme an Vorträgen, Fachtagungen, Messen u. ä.
- E Arbeitsplatzwechsel (Job-Rotation)
- F selbstgesteuertes Lernen mit Hilfe von Medien
- G Qualitätszirkel, Werkstattzirkel, Lernstatt, Beteiligungsgruppe
- H sonstige Weiterbildungsmaßnahmen

## 2.6 Entlohnung, Tarifbindung und Personalvertretungen

### 2.6.1 Entlohnung

Die wirtschaftliche Erholung im Jahresvergleich 2009/2010 hat, in Verbindung mit Veränderungen in der Beschäftigtenstruktur, dazu geführt, dass die Entlohnung der Beschäftigten nach dem Rückgang in der Vorperiode wieder angestiegen ist. Um den Beschäftigungsstruktureffekt zumindest teilweise zu berücksichtigen, verwenden wir in den Berichten zum IAB-Betriebspanel Bayern eine Umrechnung der Zahl der abhängig Beschäftigten auf Vollzeitäquivalente (auf die die von den Betrieben genannte Lohn- und Gehaltssumme dann bezogen wird).<sup>8</sup>

So berechnet liegt der durchschnittliche Lohn bzw. Gehalt der abhängig Beschäftigten in Vollzeitäquivalenten 2010 bei 2.876 €. <sup>9</sup> Gegenüber dem Wert für 2009 ist das ein Zuwachs um 3,7 Prozent, in Westdeutschland beträgt die Steigerung 2,6 Prozent<sup>10</sup> (vgl. Tabelle 10).

Unbenommen dessen liegt der so errechnete Durchschnittslohn/-gehalt für den Freistaat weiterhin unterhalb der westdeutschen Zahl. In Südbayern ist der Betrag höher als in Nordbayern. Mit 3.095 € ver-

<sup>8</sup> In den Größenordnungen entsprechen die hochgerechneten Zahlen des IAB-Betriebspanels den durch andere Quellen verfügbaren Werten für die Entwicklung der effektiven Bruttomonatsverdienste je Arbeitnehmer: So bedeuten die in Darstellung 2.15 wiedergegebenen Beträge für Deutschland insgesamt einen Zuwachs um 9,2 Prozent. Für 2000 bis 2010 schreibt Bispinck (2011, S. 14): „Im Zeitraum von 2000-2010 sind die Bruttomonatsverdienste je Arbeitnehmer um 12,7 % gestiegen, jahresdurchschnittlich um 1,2 %. Real (preisbereinigt) sind die nominalen Bruttoeinkommen in sieben Jahren gesunken, in einem Jahr stagniert, in zwei Jahren um 0,1 % und im vergangenen Jahr um 1,1 % gestiegen. Im Jahr 2010 belief sich der Reallohnindex auf 96 % des Niveaus des Jahres 2000“.

<sup>9</sup> Ohne Bereinigung auf Vollzeitäquivalente liegt der Lohn/Gehalt je abhängig Beschäftigten 2010 bei 2.317 €, bezogen auf alle Beschäftigten bei 2.193 €.

<sup>10</sup> Allerdings verzeichnete Westdeutschland 2008/09 auch keinen Rückgang wie in Bayern. Im Vergleich 2010 zu 2008 beträgt der Zuwachs in Bayern 3,1 Prozent und in Westdeutschland 2,7 Prozent.

zeichnet Oberbayern den höchsten Wert aller Regierungsbezirke, während Oberfranken (2.524 €) und Niederbayern (2.674 €) die Schlusslichter bilden. Die Zahl für das Produzierende Gewerbe ist mit 3.144 € erheblich höher als der niedrigste Betrag von 2.641 € im Bereich Handel und Reparatur. Wie Darstellung 2.15 zeigt, besteht zwischen den Kleinstbetrieben (2.100 €) und sehr großen Betrieben (3.362 €) eine enorme Spannweite.

Tabelle 10: Lohn/Gehalt 1 im Juni 2002 bis Juni 2010 je Vollzeitäquivalent<sup>2</sup> (in Euro)

	Basis: Abhängig Beschäftigte								
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
1 bis 4 Beschäftigte	2.090	2.175	2.258	1.939	2.196	1.993	2.259	2.130	2.100
5 bis 19	2.186	2.225	2.297	2.237	2.412	2.400	2.512	2.330	2.442
20 bis 99	2.435	2.373	2.544	2.488	2.576	2.552	2.541	2.626	2.687
100 bis 499	2.616	2.619	2.685	2.658	2.871	2.752	2.699	2.741	2.709
ab 500	2.934	2.958	3.130	3.282	3.258	3.484	3.457	3.417	3.362
Nordbayern	2.452	2.449	2.625	2.610	2.726	2.739	2.781	2.720	2.774
Südbayern	2.573	2.572	2.650	2.656	2.797	2.811	2.799	2.818	2.959
<b>Bayern</b>	<b>2.519</b>	<b>2.518</b>	<b>2.639</b>	<b>2.636</b>	<b>2.766</b>	<b>2.779</b>	<b>2.790</b>	<b>2.774</b>	<b>2.876</b>
Westdeutschland	2.680	2.676	2.735	2.712	2.812	2.815	2.839	2.842	2.915
Ostdeutschland	1.995	2.021	2.040	2.073	2.128	2.177	2.248	2.268	2.323
Deutschland insgesamt	2.568	2.569	2.622	2.609	2.700	2.695	2.729	2.734	2.803

<sup>1</sup> Ohne Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und ohne Urlaubsgeld.

<sup>2</sup> Teilzeitbeschäftigte und Auszubildende wurden auf Vollzeitäquivalente umgerechnet.

Eine Darstellung der individuellen Schichtung von Löhnen und Gehältern ist mit den im Betriebspanel erhobenen (bzw. erhebaren) Fragen nicht abbildbar. Dennoch bietet das Panel eine andere interessante Information in dieser Richtung: Tabelle 11 zeigt wie sich die Betriebe und Dienststellen auf verschiedene Klassen der Durchschnittslöhne ihrer abhängig Beschäftigten verteilen.<sup>11</sup> Außerdem enthält die Darstellung den hochgerechneten Beschäftigtenanteil, der sich aus dieser Verteilung der Betriebe auf die Durchschnitts-Einkommensklassen ergibt.

<sup>11</sup> Die Werte in Tabelle 10 sind nicht auf Vollzeitäquivalente umgerechnet, so dass (z. B. in einem Kleinbetrieb mit nur einer sozialversicherungspflichtigen Teilzeitkraft und einigen geringfügig Beschäftigten) sehr niedrige Beträge aufscheinen. Naturgemäß ist daher der Vergleich über Jahre hier die interessanteste Perspektive.

Tabelle 11: Anteile der Betriebe und Beschäftigten im Juni 2010 in verschiedenen Lohnintervallen (Durchschnittslöhne der abhängig Beschäftigten<sup>1</sup>); Angaben in Prozent)

		Unter 500 €	500- 999 €	1.000- 1.499 €	1.500- 1.999 €	2.000- 2.499 €	2.500- 2.999 €	ab 3.000 €
Anteil an allen Betrieben	<b>Bayern</b>	<b>10</b>	<b>19</b>	<b>22</b>	<b>18</b>	<b>13</b>	<b>8</b>	<b>10</b>
	<i>nachrichtl. 2009</i>	11	23	21	17	11	7	10
	Westdeutschland	9	18	23	18	13	8	11
	Ostdeutschland	8	20	28	21	11	5	6
	Deutschland insg.	9	19	24	19	13	7	9
Anteil an Beschäftigten	<b>Bayern</b>	<b>2</b>	<b>8</b>	<b>12</b>	<b>17</b>	<b>22</b>	<b>16</b>	<b>23</b>
	<i>nachrichtl. 2009</i>	2	9	12	18	19	16	23
	Westdeutschland	2	8	13	16	19	16	26
	Ostdeutschland	2	10	21	22	20	14	12
	Deutschland insg.	2	8	15	17	20	16	22

<sup>1</sup> Ohne Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und ohne Urlaubsgeld.

Der Anteil der Betriebe mit einem Durchschnittslohn ihrer abhängig Beschäftigten (unbenommen ihres Beschäftigungsumfangs!) unter 1.500 € hat sich in Bayern gegenüber dem Vorjahr von 55 auf 51 Prozent vermindert.<sup>12</sup> Diese Betriebe repräsentierten 2010 22 Prozent aller abhängig Beschäftigten (2009: 23 %). Das sind bei den Betrieben um einen Prozentpunkt mehr als in Westdeutschland und bei den Beschäftigtenanteilen ein Prozentpunkt weniger.<sup>13</sup>

Am anderen Ende der Skala liegt in 10 Prozent der bayerischen Betriebe und Dienststellen das Durchschnittsentgelt der abhängig Beschäftigten bei 3000 Euro und mehr; in Westdeutschland sind es 11 Prozent. Diese Betriebe repräsentieren im Freistaat 23 Prozent aller abhängig Beschäftigten versus 26 Prozent in Westdeutschland.

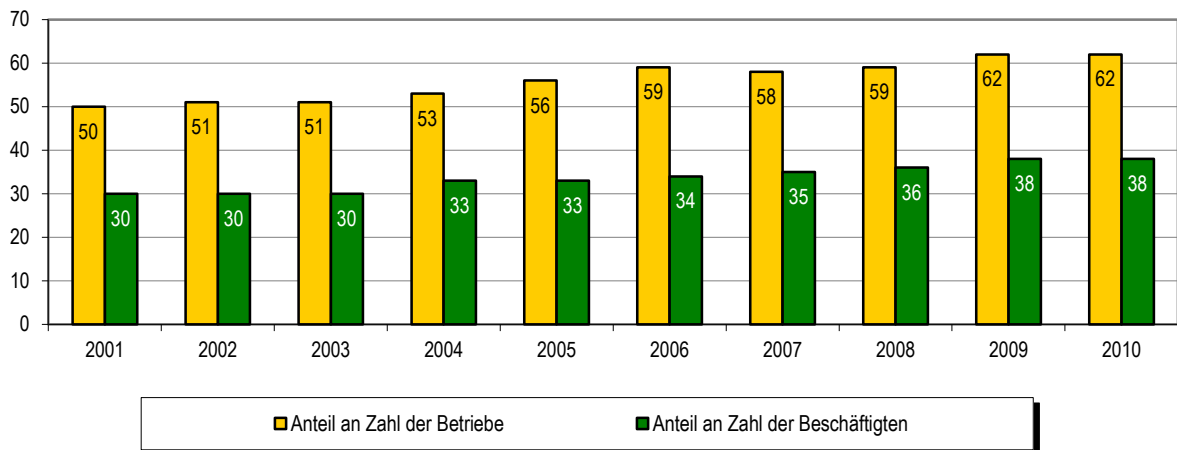
### 2.6.2 Tarifbindung/-geltung

Der Anteil der Betriebe ohne Tarifvertrag liegt in Bayern wie im Vorjahr bei 62 Prozent, das sind gegenüber 2001 um 12 Prozentpunkte mehr. In diesen Betrieben arbeiten 38 Prozent aller Beschäftigten im Freistaat, ein Plus von 8 Prozentpunkten gegenüber dem Jahr 2001 (vgl. Abb. 8).

<sup>12</sup> Überdurchschnittlich (im Vergleich zum Gesamtdurchschnitt von 51 Prozent) ist der Anteil bei Handel und Reparatur (57 %) und den Dienstleistungen i. e. S. (54 %). Bei Kleinstbetrieben sind es im Übrigen 61 Prozent.

<sup>13</sup> Im Bereich Handel und Reparatur sind das 32 Prozent aller Beschäftigten und bei den Dienstleistungen i. e. S. 26 Prozent. Bei Kleinstbetrieben arbeiten 58 Prozent aller Beschäftigten in Betrieben mit einem so niedrigen Durchschnittsentgelt.

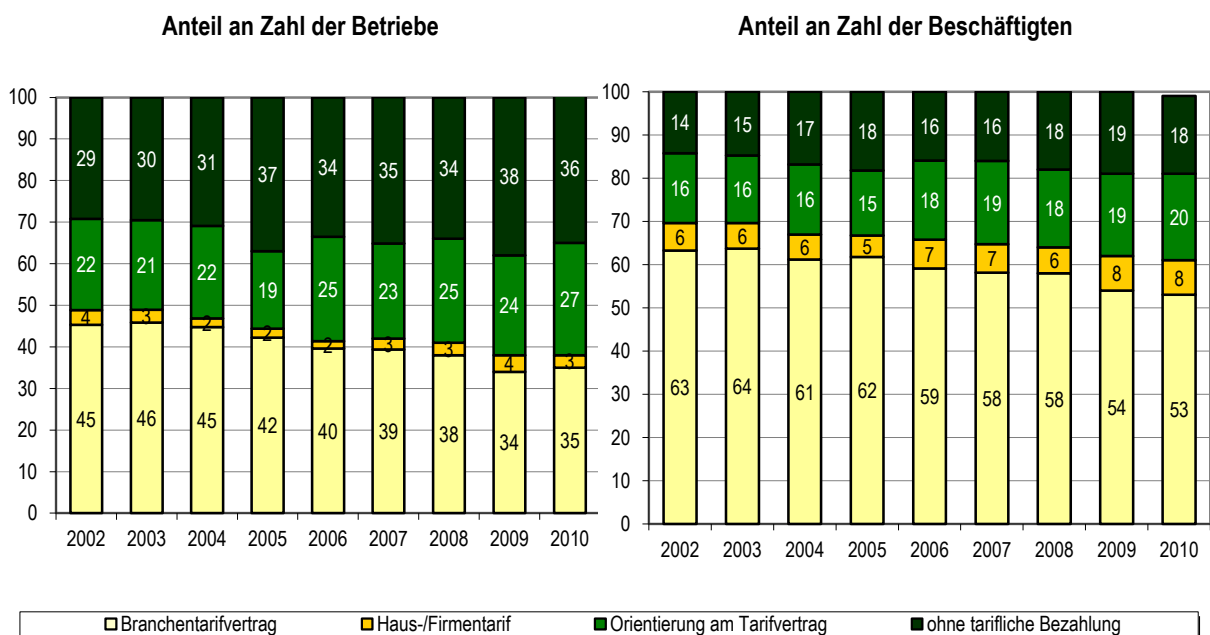
Abbildung 8: Anteil der Betriebe ohne Tarifvertrag an den Betrieben in Bayern 2001 bis 2010 (Angaben in Prozent)



Mit 72 bzw. 66 Prozent verzeichnen die Bereiche Handel und Reparatur sowie die Dienstleistungen i. e. S. die höchsten Anteile von Betrieben ohne Branchen- oder Haus-/Firmentarifvertrag (das entspricht dort 19 bzw. 25 Prozent aller Beschäftigten). Mit zunehmender Beschäftigtenzahl sinkt der Anteil der Betriebe ohne Tarifvertrag erwartungsgemäß deutlich, von 78 Prozent in Kleinstbetrieben auf 18 Prozent in den sehr großen Betrieben ab 500 Personen (das entspricht 77 bzw. 15 Prozent aller Beschäftigten in der jeweiligen Größenklasse).

Differenziert nach der Art des Tarifvertrages und unter Berücksichtigung der Orientierung an einem Tarifvertrag – was für ca. ein Viertel der Betriebe bzw. ein Fünftel der Beschäftigten zutrifft – zeigt Abbildung 9 die Entwicklung der Anwendung von Tarifverträgen.

Abbildung 9: Anwendung von Tarifverträgen in Bayern 2002 bis 2010 (Angaben in Prozent)



Trotz der betriebs- wie personenbezogen steigenden Bedeutung der Orientierung an einem Tarifvertrag nimmt auch die Zahl der Betriebe und Beschäftigten zu, bei denen nicht einmal ein Tarifvertrag zur Anwendung kommt (2010 in Bayern: 36 % der Betriebe mit 18 % aller Beschäftigten, in Westdeutschland lauten die Werte 39 bzw. 18 %).

Besonders häufig ist die Orientierung von Betrieben an einem Tarifvertrag in Kleinst- und Kleinbetrieben (30 bzw. 27 %) und im Bereich Handel und Reparatur (28 %). Besonders viele Betriebe ohne zumindest eine Anwendung eines Tarifvertrages finden sich wiederum bei Handel und Reparatur (44 %) und im Dienstleistungsbereich (38 %) sowie in Kleinstbetrieben mit 1 bis 4 Beschäftigten (49 %).

Unter den Betrieben mit Tarifgeltung gaben 2010 36 Prozent aller bayerischen Betriebe und Dienststellen an, dass sie zumindest einen Teil ihrer Beschäftigten übertariflich bezahlen; in Westdeutschland sind das 36 Prozent, in Ostdeutschland nur 21 Prozent. Der Anteil steigt von den Kleinstbetrieben (28 %) bis hin zu den ganz großen Betrieben (50 %) deutlich und ist im Bereich Handel und Reparatur (46 %) bzw. im Produzierenden Gewerbe (51 %) weit überdurchschnittlich.

Die genannten 36 Prozent aller Betriebe in Bayern mit zumindest zum Teil übertariflicher Bezahlung stellen gegenüber dem Vorjahr ein leichtes Plus um 2 Prozentpunkte dar. In den Jahren 2007 und 2008 waren die Anteile aber wesentlich höher (45 bzw. 41 %). Eine ähnliche Bewegung zeigt sich auch für West- und Ostdeutschland.

Mit durchschnittlich 9 Prozent fällt die übertarifliche Bezahlung – wo sie stattfindet – nur wenig geringer aus als in den Vorjahren (je 10 %).

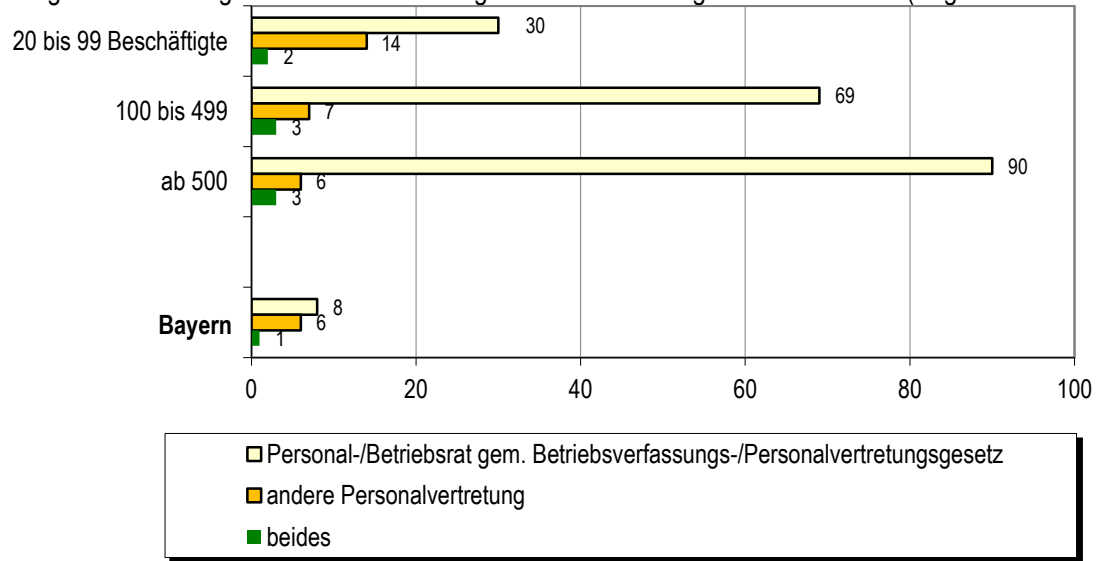
### 2.6.3 Personalvertretung

8 Prozent aller bayerischen Betriebe und Dienststellen berichten 2010, dass es bei ihnen (nur) eine Personalvertretung nach dem Betriebsverfassungs- bzw. Personalvertretungsgesetz gibt. Von (nur) einer anderen Art der Personalvertretung berichten weitere 6 Prozent. Das entspricht praktisch den Vorjahreswerten (1 Prozent der Betriebe antwortete, dass es sowohl einen Betriebs-/Personalrat als auch eine weitere Personalvertretung gibt).<sup>14</sup> Leicht häufiger sind Personalvertretungen in Nord- als in Südbayern zu finden, deutlich häufiger im Bereich Organisationen ohne Erwerbscharakter/Öffentliche Verwaltung. Wie erwartet steigt der Anteil der Betriebe/Dienststellen mit Personalvertretung mit der Beschäftigtenzahl deutlich an (vgl. Abbildung 10).

---

<sup>14</sup> Den zusammen 15 Prozent (Abweichung von der Summe oben wegen Rundung) in Bayern stehen im westdeutschen Durchschnitt 16 Prozent gegenüber.

Abbildung 10: Verbreitung von Personalvertretungen in mittleren und größeren Betrieben (Angaben in Prozent)



Wie die Darstellung für Betriebe ab 20 Beschäftigte verdeutlicht, nimmt die Verbreitung einer gesetzlichen Personalvertretung mit der Beschäftigtenzahl zu, für die anderen Formen einer Personalvertretung gilt eher das Gegenteil. Im Vergleich zum Vorjahr fällt ein leichter Zuwachs des Anteils in mittelgroßen Betrieben auf.

## 2.7 Personalpolitische Maßnahmen und erwartete Personalprobleme

Im Jahr 2010 wurden den interviewten Personalverantwortlichen auch zwei Fragen zu personalpolitischen Maßnahmen bzw. zu erwarteten Personalproblemen gestellt. Einerseits wurde anhand einer Reihe von Einzelitems gefragt, welche Maßnahmen in den letzten beiden Jahren im jeweiligen Betrieb/in der Dienststelle ergriffen wurden. Durch eine – leider nur pauschale – Zusatzfrage wurde ermittelt, ob diese Maßnahmen ganz oder teilweise im Kontext der Wirtschafts- und Finanzkrise standen. Andererseits wurde den Befragten die schon in früheren Wellen des IAB-Betriebspanels im Zweijahresabstand verwendete Liste von für die nächsten beiden Jahren erwarteten Personalprobleme vorgelegt (vgl. für 2008 Conrads u. a. 2009, S. 54 ff.).

### 2.7.1 In den letzten Jahren ergriffene personalpolitische Maßnahmen

Die in Tabelle 12 genannten personalpolitischen Maßnahmen zielen bis auf das Item „Verstärkte Weiterbildung“ alle auf eine Personalanpassung an eine geringere Nachfrage bzw. den Abbau von Personalkapazitäten ab und zielen insofern schon auf die Folgen der jüngsten Krise.

Tabelle 12: Personalpolitische Maßnahmen in den letzten beiden Jahren (Angaben in Prozent)

	Betriebe mit Maßnahmen	darunter (Mehrfachnennungen möglich)*												Betriebe ohne Maßnahmen
		A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	
Handel und Reparatur	35	18	7	5	6	0	2	5	2	7	6	9	4	65
Produzierendes Gewerbe	51	24	22	19	7	4	4	6	6	12	9	9	3	49
Dienstleistungen im engeren Sinne	35	13	7	7	6	1	3	4	2	12	8	12	4	65
Org. ohne Erwerb. / Öff. Verwaltung	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	99
1 bis 4	28	10	6	4	5	0	2	1	1	5	5	12	4	72
5 bis 19	40	17	10	10	6	0	2	6	3	13	7	8	3	60
20 bis 99	67	37	26	16	10	8	8	11	9	21	19	12	6	33
100 bis 499	85	66	41	44	12	27	26	18	14	42	28	30	12	15
ab 500	84	73	44	51	12	53	44	28	24	49	26	11	20	16
Nordbayern	41	15	14	10	8	1	4	6	3	11	8	13	4	59
Südbayern	36	18	8	8	4	2	2	4	2	10	7	8	4	64
<b>Bayern</b>	<b>38</b>	<b>17</b>	<b>10</b>	<b>9</b>	<b>6</b>	<b>1</b>	<b>3</b>	<b>5</b>	<b>3</b>	<b>11</b>	<b>8</b>	<b>10</b>	<b>4</b>	<b>62</b>
Alte Bundesländer	39	15	11	8	7	2	4	5	3	11	9	8	3	61

- \* A Abbau von Überstunden      B Anordnung Urlaub      C Kurzarbeit  
D Verkürzung Arbeitszeit      E Abbau Leiharbeiter      F Abbau befristeter Beschäftigung  
G Verstärkte Weiterbildung      H Weniger Übernahme von Azubis      I Keine Besetzung freier Stellen  
J Zurückstellen Personalaufstockung      K Betriebsbedingte Kündigungen      L Sonstige Maßnahmen

62 Prozent der bayerischen Betriebe geben an, in den letzten beiden Jahren keine dieser Maßnahmen ergriffen zu haben, vor allem sind das Kleinst- und Kleinbetriebe, Organisationen ohne Erwerbszweck/Öffentliche Verwaltung und Betriebe/Dienststellen aus Südbayern.

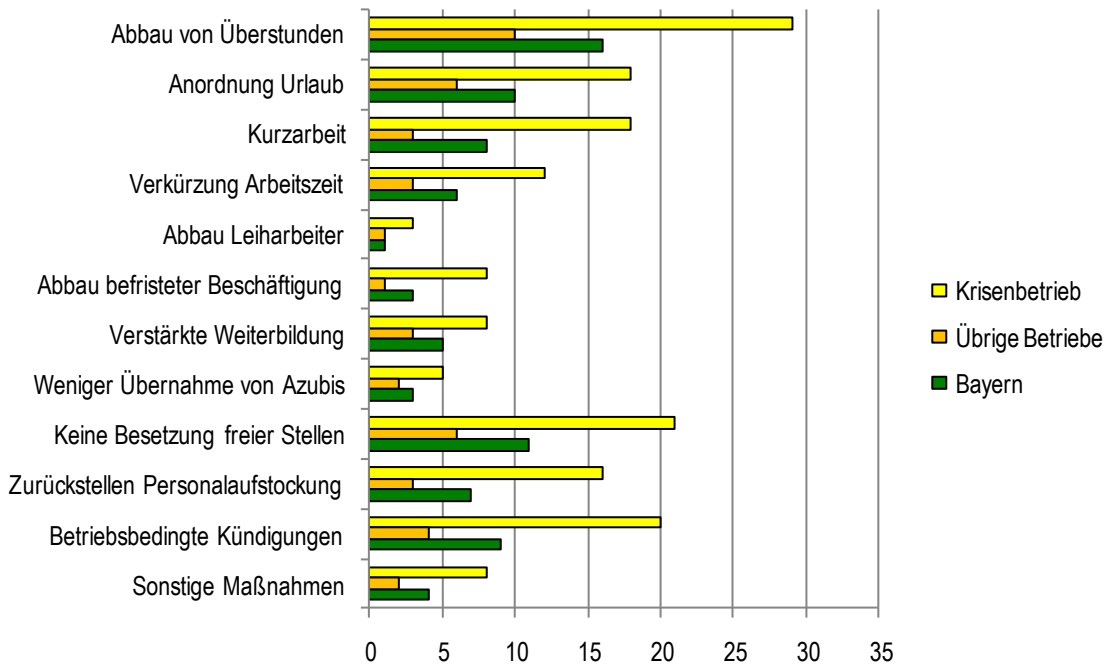
Am häufigsten genannt werden der Abbau von Überstunden, die Nichtbesetzung freier Stellen, die Anordnung von Urlaub und betriebsbedingte Kündigungen. Bei betriebsbedingten Kündigungen und beim Abbau von Überstunden übertreffen die Anteile im Freistaat leicht diejenigen für den westdeutschen Durchschnitt. (In Bayern war die Arbeitslosigkeit in der Krise relativ stark gestiegen – sie blieb im Niveau trotzdem relativ zu anderen Bundesländern geringer.)

Bei den vier auf eine Arbeitszeitvariation abstellenden Maßnahmen, die in Abbildung 11 an erster Stelle stehen, ist die Inanspruchnahme im Produzierenden Gewerbe größtenteils besonders überproportional. Gerade ein Überstundenabbau und die Anordnung von Urlaub waren aber auch in kleineren und mittleren Betrieben verbreitet. Variationen bei der Arbeitszeit (vgl. dazu auch Kapitel 3 in diesem Bericht) waren also durchaus – neben der Kurzarbeit – ein wesentliches Instrument um die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise abzufedern. Eine Arbeitszeitverkürzung war dabei aber nicht so häufig.

Von denjenigen Betrieben, die in den letzten beiden Jahren mindestens eine der genannten Maßnahmen nannten, sagte ein Drittel, dass dies gänzlich eine Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise gewesen sei (vor allem Kleinstbetriebe); ein weiteres Viertel führte das mindestens teilweise auf die Krise zurück (vor allem sehr große Betriebe).

Unterscheidet man die Betriebe danach, ob sie – bei einer anderen Frage im Panel (vgl. Kistler u. a. 2011, S. 7 ff.) – sich als negativ durch die Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen sehen oder nicht<sup>15</sup>, so ergibt sich der in Tabelle 12 gezeigte Zusammenhang.

Abbildung 11: Personalpolitische Maßnahmen in Krisenbetrieben versus durch die Krise nicht negativ betroffenen Betrieben in Bayern (Angaben in Prozent)



Die von der Krise betroffenen Betriebe berichten zu 62 Prozent von solchen personalpolitischen Maßnahmen, bei Nicht-Krisenbetrieben sind es 25 Prozent. Bei allen einzelnen Maßnahmen sind die Nennungshäufigkeiten von Krisenbetrieben höher als in Nicht-Krisenbetrieben. Besonders groß ist der Unterschied beim Abbau von Überstunden, betriebsbedingten Kündigungen, der Kurzarbeit und der Nichtbesetzung frei werdender Stellen. Auch zeigt sich, dass fast nur Krisenbetriebe Leiharbeit bzw. befristete Beschäftigung abgebaut haben. Hinsichtlich des einzigen proaktiven Items, der verstärkten Weiterbildung, unterscheiden sich Krisenbetriebe und Nicht-Krisenbetriebe kaum; mit 5 bzw. 3 Prozent bleiben beide auf einem sehr niedrigen Niveau. Krisenbetriebe haben also erwartungsgemäß viel häufiger sowohl mit den Instrumenten zur Krisenbewältigung über Arbeitszeitveränderungen als auch mit Personalveränderungen reagiert.

### 2.7.2 Für die nächsten zwei Jahre erwartete Personalprobleme

Die im IAB-Betriebspanel traditionell im zweijährigen Abstand gestellte Frage nach in den nächsten beiden Jahren erwarteten Personalproblemen (vgl. Tabelle 14) zeigt zunächst, dass der Anteil der Betriebe und Dienststellen in Bayern, die keines der auf der Listenvorlage genannten Probleme erwarten gegenüber, 2008 von 59 auf 54 Prozent abgenommen hat (Westdeutschland: Abnahme von 60 auf 57 %).

<sup>15</sup> 33 Prozent der bayerischen Betriebe äußerten eine negative Betroffenheit durch die Wirtschafts- und Finanzkrise.

Tabelle 13: „Welche Personalprobleme erwarten Sie in den nächsten beiden Jahren für Ihren Betrieb/Ihre Dienststelle?“ (2000-2010, Mehrfachnennungen möglich, Angaben in Prozent)

	Bayern					Westdeutschland				
	2000	2004	2006	2008	2010	2000	2004	2006	2008	2010
Zu hoher Personalbestand	5	9	6	3	4	4	7	5	3	4
Hohe Personalfuktuation	4	1	2	3	2	3	2	2	2	3
Schwierigkeiten bei Beschaffung von Fachkräften	23	11	13	20	26	24	11	14	20	25
Personalmangel	9	3	4	4	7	10	3	4	4	7
Überalterung	3	4	2	3	6	4	4	3	4	6
Großer Bedarf an Weiterbildung und Qualifizierung	7	6	6	9	8	7	5	6	7	8
Mangelnde Arbeitsmotivation	7	7	6	5	6	8	7	7	7	8
Hohe Fehlzeiten/Krankenstand	5	3	3	4	4	5	4	3	4	5
Hohe Belastung durch Lohnkosten	27	35	28	24	22	26	29	25	21	21
Andere Personalprobleme	1	3	2	3	3	3	3	3	3	3
Keine Personalprobleme	49	52	55	59	54	50	56	58	60	57

Zugenommen hat in Bayern (wie im westdeutschen Durchschnitt) der Anteil der Betriebe, die Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Fachkräften erwarten; die aktuellen Werte überschreiten sogar leicht die früheren Spitzenwerte aus dem Jahr 2000. Ebenfalls zugenommen haben die Nennungen bei den Erwartungen eines Personalmangels und einer „Überalterung“ – beide aber auf einem sehr niedrigen Niveau. Weiter abgenommen hat dagegen der Anteil der Betriebe in Bayern, die ein Problem durch eine hohe Lohnkostenbelastung erwarten.

Tabelle 14 enthält die differenzierten Werte für 2010. Besonders viele Probleme erwarten die Betriebe aus dem Produzierenden Gewerbe. Bei ihnen werden Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Fachkräften, eine hohe Belastung durch Lohnkosten, aber auch Probleme mit einer mangelnden Arbeitsmotivation auffällig häufig genannt.

Tabelle 14: Betriebe mit erwarteten Personalproblemen 2010 (Angaben in Prozent)

Branche	Betriebe mit Problemen	darunter (Mehrfachnennungen möglich)*										Keine Probleme
		A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	
Handel und Reparatur	48	4	2	24	6	5	9	7	4	26	2	52
Produzierendes Gewerbe	53	4	2	37	8	8	6	12	6	29	3	47
Dienstleistungen im engeren Sinne	43	5	2	24	7	5	8	4	3	19	3	57
Org. ohne Erwerb. / Öff. Verwaltung	35	1	5	16	11	10	11	2	9	10	2	65
1 bis 4 Beschäftigte	32	2	0	15	4	3	6	3	2	15	2	68
5 bis 19	51	6	2	30	9	5	7	7	3	26	4	49
20 bis 99	69	5	8	47	13	18	18	12	11	31	4	31
100 bis 499	82	8	18	60	21	24	22	13	29	35	3	18
ab 500	89	17	18	70	19	35	29	16	32	38	10	11
Nordbayern	49	5	2	27	8	9	9	5	5	23	4	51
Südbayern	43	4	2	26	7	4	7	7	3	22	2	57
<b>Bayern</b>	46	4	2	26	7	6	8	6	4	22	3	54
Westdeutschland	43	4	3	25	7	6	8	8	5	21	3	57
Ostdeutschland	41	3	2	25	6	8	7	5	4	19	3	59
Deutschland Insgesamt	43	3	3	25	6	6	8	7	5	21	3	57

- \* A zu hoher Personalbestand  
 B hohe Personalfuktuation  
 C Schwierigkeiten bei Beschaffung von Fachkräften  
 D Personalmangel  
 E Überalterung  
 F großer Bedarf an Weiterbildung und Qualifizierung  
 G mangelnde Arbeitsmotivation  
 H hohe Fehlzeiten/Krankenstand  
 I hohe Belastung durch Lohnkosten  
 J andere Personalprobleme

Zu erwarten war, dass in Großbetrieben häufiger zumindest bestimmte Personalprobleme genannt werden – in einer großen Belegschaft treten manche dieser Dinge mit höherer Wahrscheinlichkeit auf. Die Deutlichkeit, mit der dies aber in Tabelle 14 der Fall ist, wirft doch die Überlegung auf, ob die Personalverantwortlichen in Großbetrieben hier nicht auch gängige Meinungsbilder einfach reproduzieren.

## 2.8 Zusammenfassung

- Im Gegensatz zum 1. Halbjahr 2009 hat im 1. Halbjahr 2010 die hochgerechnete Zahl der Personaleinstellungen (291 Tsd.) die Zahl der Personalabgänge (246 Tsd.) wieder überschritten. Knapp ein Viertel aller bayerischen Betriebe berichtet von Personaleinstellungen bzw. -abgängen (**Abbildung 1 und Tabelle 2**). Einen Zuwachs bei den Personaleinstellungen vermeldeten v. a. Handel und Reparatur sowie das Produzierende Gewerbe.
- In Bayern – nicht jedoch im westdeutschen Durchschnitt – scheint die befristete Beschäftigung ihre Struktur zu verändern. Die Zahl der befristet Beschäftigten und der Anteil der Betriebe mit befristeten Einstellungen sinkt seit einigen Jahren, ebenso der Anteil solcher Einstellungen. Deren Anteil ist

- v. a. bei Organisationen ohne Erwerbszweck/Öffentlicher Verwaltung und in Großbetrieben sehr hoch. Bei diesen ist jedoch die Übernahmequote aus befristeter Beschäftigung in ein festes Arbeitsverhältnis mit je 8 Prozent noch geringer als im bayerischen Durchschnitt (**Abbildung 2 und Tabelle 4**).
- 10 Prozent aller Betriebe haben im 1. Halbjahr 2010 Beschäftigte für einfache Tätigkeiten eingestellt (125 Tsd.), 17 Prozent solche für qualifizierte Tätigkeiten (164 Tsd.). Gegenüber dem Vorjahr haben Kleinbetriebe deutlich mehr Beschäftigte für einfache Tätigkeiten eingestellt, Großbetriebe dagegen deutlich weniger (**Abbildung 3**).
  - Bei den Personalabgängen übersteigen diejenigen wegen Kündigung seitens der Arbeitnehmer (35 %) wieder diejenigen wegen betriebsseitiger Kündigung (23 %). Dritthäufigster Grund ist das Ablaufen einer befristeten Beschäftigung (**Tabelle 4**).
  - 69 Prozent der bayerischen Betriebe hatten im 1. Halbjahr 2010 keinen Personalbedarf. 19 Prozent konnten alle offenen Stellen besetzen. 4 Prozent (v. a. Großbetriebe) konnten nicht alle ihre offenen Stellen besetzen und 8 Prozent (v. a. Kleinbetriebe) konnten ihre offene(n) Stelle(n) nicht besetzen (**Abbildung 4 und Tabelle 5**), tendenziell noch am meisten im Produzierenden Gewerbe und eher in Südbayern und im ländlichen Raum.
  - Mit hochgerechnet 108.000 offenen Stellen zum Befragungszeitpunkt wurden 2010 in etwa wieder gleich viele sofort zu besetzende Stelle (Vakanzen) berichtet wie letztmals in der Zeit der ökonomischen Blase 2000/2001 (**Abbildung 5**). Von 2009 auf 2010 ist der Anteil an vakanten Stellen für einfache Tätigkeiten deutlich gesunken, derjenige für Tätigkeiten mit Berufsausbildung deutlich gestiegen und derjenige für (Fach-)Hochschüler gleich geblieben (**Abbildung 6**). Letzterer ist 2010 im Freistaat mit 16 Prozent sogar geringer als der Anteil der (Fach-)Hochschüler im Beschäftigtenbestand.
  - Der Anteil der in der Weiterbildungsförderung aktiven Betriebe ist 2010 mit 43 Prozent um einen Prozentpunkt höher als 2009, aber deutlich niedriger als 2007 und 2008 (47 bzw. 49 %). Der Anteil der in eine Weiterbildungsförderung einbezogenen Beschäftigten ist gegenüber 2009 um einen Prozentpunkt auf 25 Prozent gestiegen, aber ebenfalls niedriger als 2008 (27 %). Die Weiterbildungsförderung korreliert hoch mit der Beschäftigtenzahl (**Abbildung bzw. Tabelle 6 bis 8**).
  - Der durchschnittliche Lohn/Gehalt je abhängig Beschäftigten (in Vollzeitäquivalenten) liegt im Juni 2010 mit 2.876 € um 3,7 Prozent über dem Vorjahr, aber immer noch unter dem westdeutschen Durchschnittswert (2.915 €, bei einer Steigerung um 2,6 %) (**Tabelle 10**).
  - Wie im Vorjahr liegt der Anteil der Betriebe ohne Tarifvertrag bei 62 Prozent. In diesen Betrieben arbeiten 38 Prozent aller Beschäftigten in Bayern (**Abbildung 8**). 18 Prozent (2009: 19 %) aller Beschäftigten im Freistaat arbeiten in 36 Prozent (2009: 38 %) der Betriebe ohne Tarifgeltung oder Orientierung an einem Tarifvertrag. 36 Prozent der Betriebe mit Tarifgeltung (2009: 34 %) bezahlen ihre Beschäftigten bzw. einen Teil von ihnen über Tarif – und zwar im Durchschnitt um 9 Prozent.
  - In 8 Prozent aller bayerischen Betriebe gibt es eine gesetzliche Personalvertretung, in 6 Prozent eine andere Form der Personalvertretung und in 1 Prozent beides (**Abbildung 10**).
  - Zu einer langen Liste von personalpolitischen Maßnahmen (in Richtung einer Anpassung an eine geringere Nachfrage) berichten 38 Prozent der bayerischen Betriebe, es habe in den letzten beiden

Jahren bei ihnen solche Maßnahmen gegeben. V. a. werden der Abbau von Überstunden (17 %), eine Nichtbesetzung offener Stellen (11 %), die Anordnung von Urlaub und betriebsbedingte Kündigungen (10 %) genannt (**Tabelle 12**). Krisenbetriebe berichten weit überdurchschnittlich häufig von solchen Maßnahmen.

- Für die nächsten zwei Jahre erwarten 2010 im Vergleich zu 2008 deutlich mehr Betriebe (26 vs. 20 %) Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Fachkräften (v. a. Großbetriebe und das Produzierende Gewerbe). Abgenommen hat der Anteil der Betriebe (22 vs. 24 %), die Probleme in der hohen Belastung durch die Lohnkosten erwarten, wiederum v. a. Großbetriebe und das Produzierende Gewerbe (**Tabelle 13 und 14**).

### 3. Arbeitszeit

Zu den Themen Arbeitszeit, Überstunden, Arbeitszeitkonten werden im IAB-Betriebspanel Fragen in unterschiedlichem Rhythmus, teils jährlich, teils in mehrjährigem Abstand wiederholt. In der Befragung 2010 stellte dieses Thema eines der Schwerpunktmodule dar. Dies ist insoweit günstig, da Maßnahmen in diesem Feld wie der Abbau von Arbeitszeitguthaben, Kurzarbeit etc. nach allgemeiner Einschätzung wesentlich dazu beigetragen haben, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise sich nicht noch schlimmer am Arbeitsmarkt ausgewirkt hat. So sieht der Sachverständigenrat für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung einen wesentlichen Grund für das nur begrenzte Durchschlagen der Wirtschafts- und Finanzkrise in „... einer in diesem Umfang unerwarteten Hortung von Arbeitskräften. Diese fand in Form einer massiven Reduktion der Arbeitszeit und einer stärkeren Inanspruchnahme der Kurzarbeit statt, begünstigt durch die staatlicherseits großzügig unterstützte Ausweitung der betreffenden Regelungen“ (Sachverständigenrat 2010, S. 20).

#### 3.1 Wochenarbeitszeiten

Wie hat sich im Krisenjahr 2009 und dann im Aufschwung 2010 die vereinbarte Wochenarbeitszeit in den bayerischen Betrieben und Dienststellen verändert? In Darstellung 2.20 wurde gezeigt, dass nur 6 Prozent der bayerischen Betriebe 2010 von einer Arbeitszeitverkürzung in den letzten 2 Jahren berichteten (Westdeutschland 7 %). Unter den nach eigenen Angaben negativ von der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffenen Betrieben waren es 12 Prozent (vgl. oben Tabelle 14).

Abbildung 12 zeigt, dass die durchschnittliche vereinbarte Wochenarbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten im Freistaat zwischen 2002 und 2009, also auch noch im Krisenjahr – auf 38,9 Stunden – angestiegen ist. Für das Jahr 2010 ist aber gegenüber 2009 ein Rückgang um rund 0,2 Stunden auf 38,7 Stunden zu verzeichnen. In Westdeutschland ist der Rückgang geringer, für Ostdeutschland ist keine Veränderung zu beobachten.<sup>16</sup>

Differenziert nach der Betriebsgrößenklasse fällt auf, dass der Rückgang 2009/2010 in allen Größenklassen auftrat, außer bei den ganz großen Betrieben ab 500 Beschäftigten. In diesen war schon von 2008 auf 2009 die Ausweitung der Arbeitszeit Vollzeitbeschäftigter mit 0,5 Stunden am ausgeprägtesten.

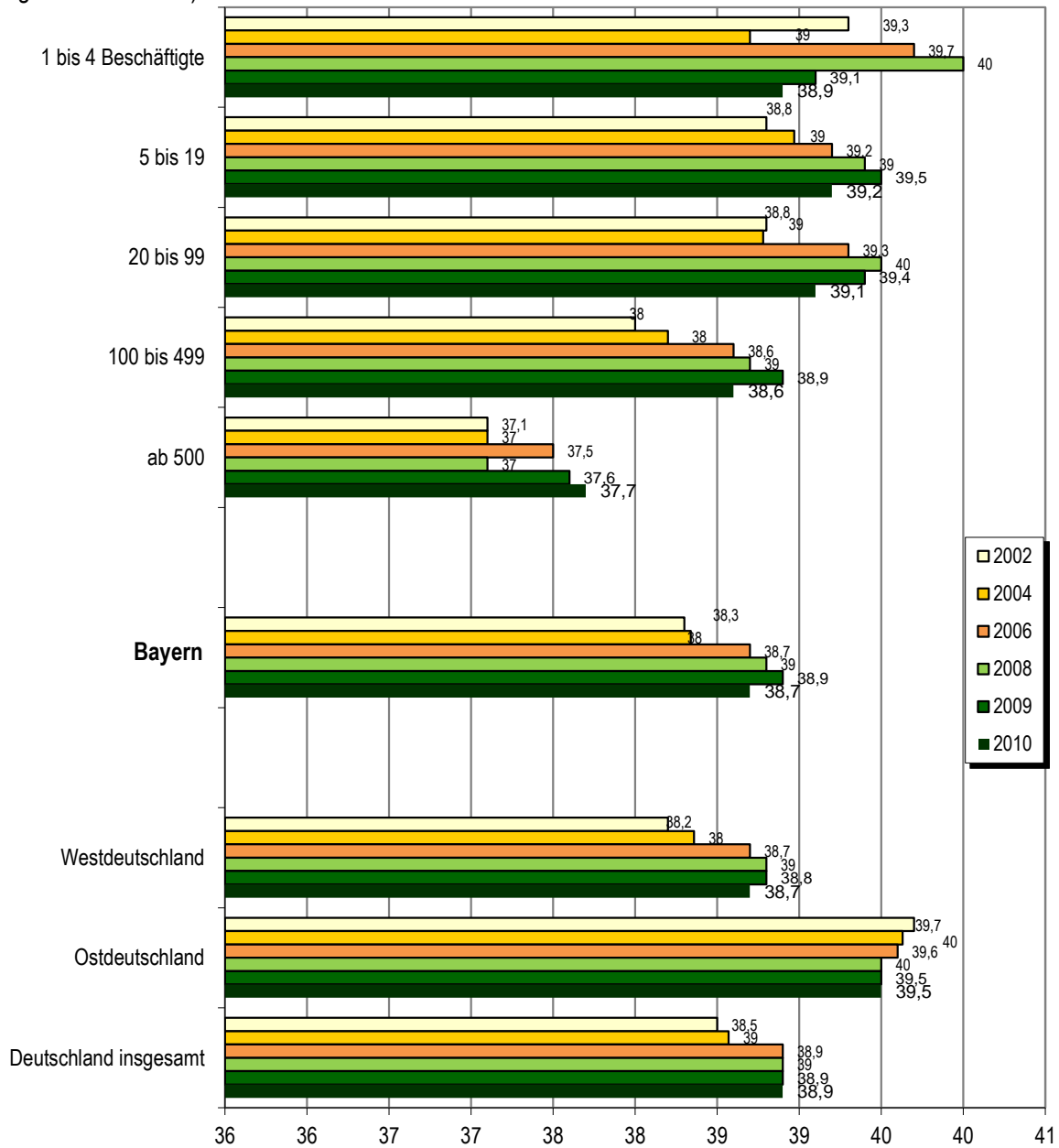
Dabei ist die vereinbarte Arbeitszeit in diesen sehr großen Betrieben aber am geringsten und liegt 2010 um eine Stunde unterhalb des bayerischen Durchschnittswertes. In der Differenzierung nach Branchen verzeichnet das Produzierende Gewerbe die niedrigste vereinbarte Wochenarbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten (38,1 Std.), während die Organisationen ohne Erwerbscharakter/Öffentliche Verwaltung mit 39,5 Stunden das andere Extrem bilden. Dem korrespondierend haben Krisenbetriebe mit 38,2 Stunden auch eine kürzere vereinbarte Wochenarbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten als Betriebe, die sich von der Wirtschafts- und Finanzkrise als nicht negativ betroffen bezeichnen.

---

<sup>16</sup> Für Deutschland insgesamt weist das IAB (vgl. Fuchs u. a. 2011, S. 11) einen ganz leichten Rückgang der Arbeitszeit Vollzeitbeschäftigter von 2008 auf 2009 und einen ähnlich geringen Zuwachs von 2009 auf 2010 aus.

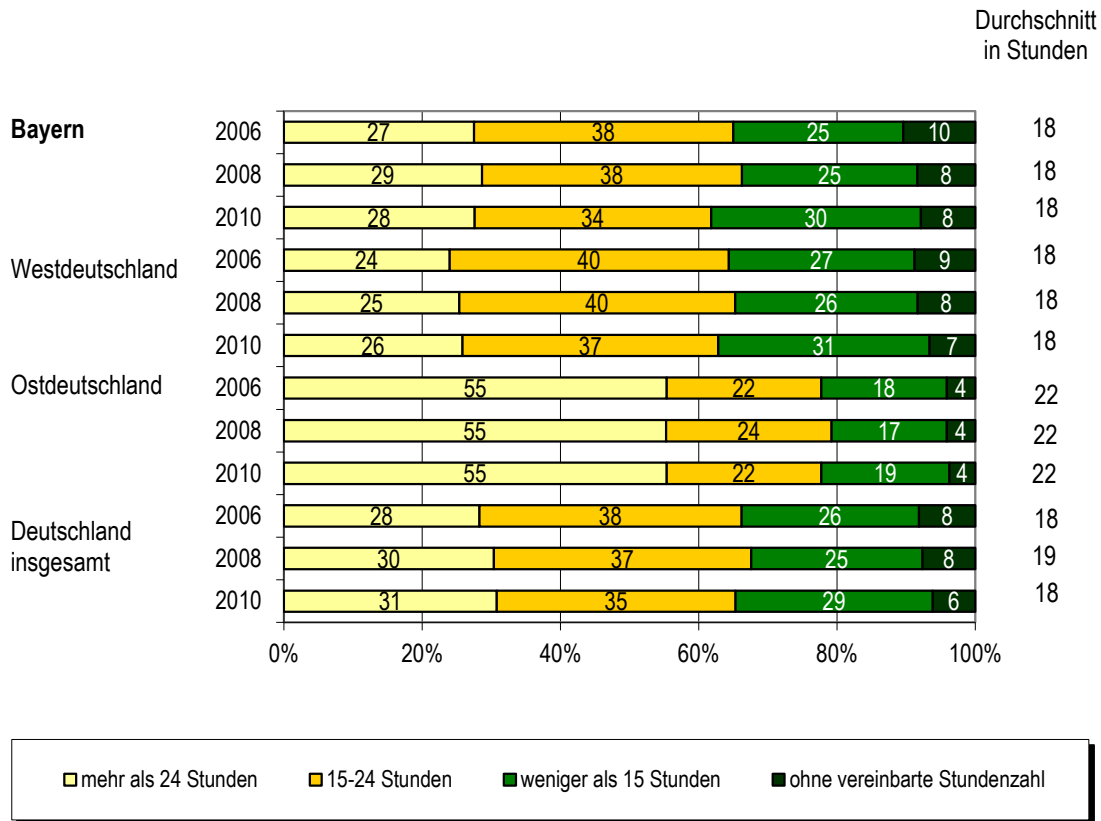
### 3. Arbeitszeit

Abbildung 12: Durchschnittliche vereinbarte Wochenarbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten Mitte 2002 bis 2010 (Angaben in Stunden)



Für die Jahre 2006, 2008 und 2010 liegen auch Angaben zur vereinbarten Wochenarbeitszeit von Teilzeitbeschäftigten vor (vgl. Abb. 13). 2010 hatten 28 Prozent der Teilzeitbeschäftigten eine vereinbarte Arbeitszeit von mehr als 24 Stunden (Westdeutschland: 26 %) und 34 Prozent zwischen 15 und 24 Stunden. Weniger als 15 Stunden waren es bei 30 Prozent der Teilzeitbeschäftigten im Freistaat und bei 8 Prozent war keine Arbeitszeit vereinbart.

Abbildung 13: Vereinbarte Wochenarbeitszeit von Teilzeitbeschäftigten Mitte 2006, 2008 und 2010 (Angaben in Prozent)



Mit zunehmender Beschäftigtenzahl steigt der Anteil Teilzeitbeschäftigter mit mehr als sehr wenig Stunden an allen Teilzeitbeschäftigten und sinkt in der Tendenz sowohl der Anteil derer mit kurzer vereinbarter Zeit als auch derjenigen ohne vereinbarte Arbeitszeit. Überdurchschnittlich hoch ist der Anteil essenzieller Teilzeit bei Organisationen ohne Erwerbszweck/Öffentlicher Verwaltung (35 %) und der Anteil kurzer Teilzeitverträge unter 15 Stunden im Produzierenden Gewerbe (ebenfalls 35 %).

Rechnet man diese Angaben grob auf eine durchschnittliche vereinbarte Arbeitszeit von Teilzeitbeschäftigten um, so ergibt sich für Bayern wie Westdeutschland eine durchschnittliche Zahl von 18 Wochenstunden in 2010, ebenso wie schon in den beiden Vorgängeruntersuchungen von 2006 und 2008. Dies obwohl der Anteil derjenigen mit einem vereinbarten Arbeitszeitumfang unter 15 Stunden an allen Teilzeitbeschäftigten von 2008 auf 2010 von 25 auf 30 Prozent gestiegen ist. Die gleichzeitige Zunahme des Anteils der Teilzeitbeschäftigten von 25 auf 27 Prozent bei fast konstantem Anteil zwischen 2008 und 2010 (vgl. Kistler, Trischler u. a. 2011, S. 5) lässt vermuten, dass sehr viele der neuen Jobs kurze Teilzeitbeschäftigungen (aber auch außerhalb der Geringfügigkeit) waren.<sup>17</sup>

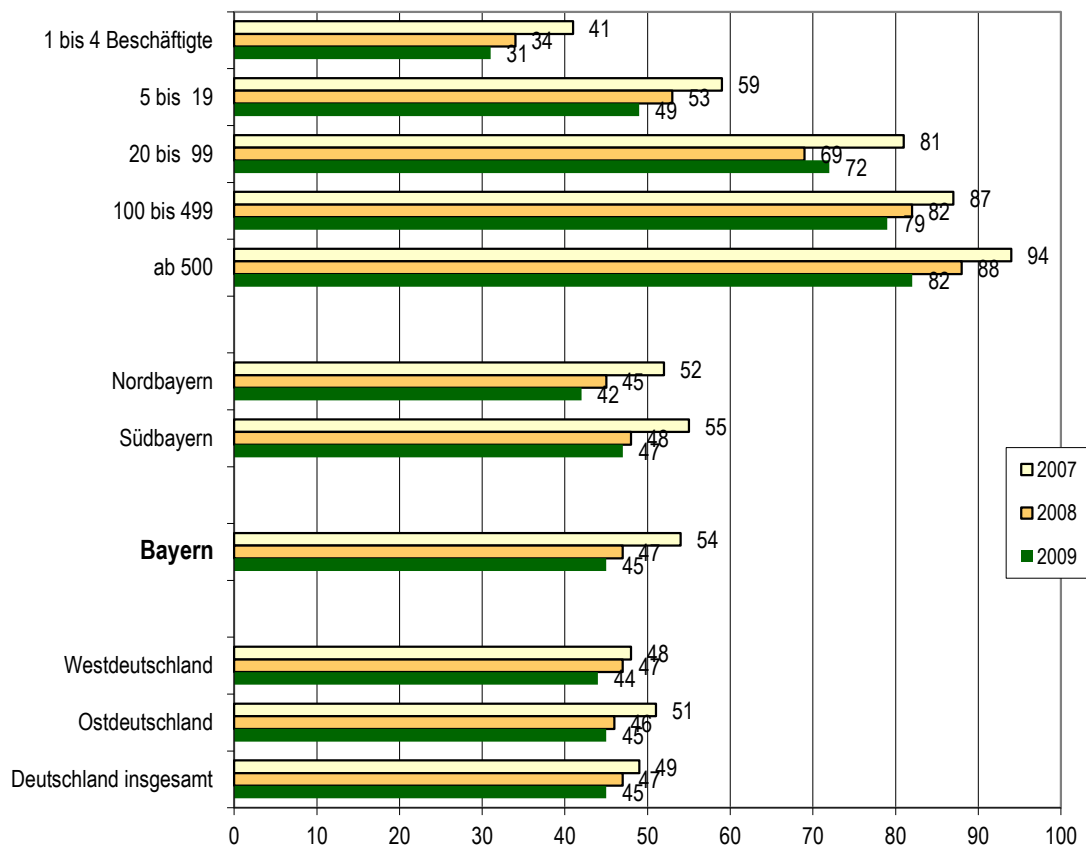
<sup>17</sup> Dabei ist zu beachten: „Gemessen an ihren Arbeitszeitwünschen würden fast die Hälfte der regulär teilzeitbeschäftigten Frauen und zwei Drittel der Mini-Joberinnen die vereinbarte Arbeitszeit gerne deutlich ausweiten. Hier besteht noch beachtliches ‚Arbeitszeitpotenzial‘“ (Wanger 2011, S. 1). Wanger schätzt dieses Potenzial auf ein Äquivalent von ca. 1 Mio. Vollzeitbeschäftigten (vgl. ebenda, S. 6). Auf der anderen Seite zeigen Erhebungen: „Im Jahr 2007 waren zum Beispiel 51 Prozent der Männer über 40 Wochenstunden tätig, aber nur 17 Prozent wünschten dies“ (Holst 2009, S. 415).

### 3.2 Überstunden

Die traditionelle Frage nach Überstunden bezieht sich im IAB-Betriebspanel immer auf das ganze Vorjahr, so dass die neuesten Ergebnisse aus der Befragung 2010 das Jahr 2009 betreffen.

Der Anteil der Betriebe mit Überstunden ist zwischen 2007 und 2009 erwartungsgemäß zurückgegangen, v. a. aber schon im Jahr 2008.<sup>18</sup> In West- wie Ostdeutschland gab es – von etwas niedrigerem Niveau aus – geringere Rückgänge. Außer bei den mittelgroßen Betrieben (10 bis 99 Beschäftigte) ist der Anteil der Betriebe mit Überstunden 2008/2009 in allen Betriebsgrößenklassen gesunken (vgl. Darstellung 3.3). Auffällig sind überdurchschnittliche Werte in Südbayern (47 %) und vor allem im südbayerischen Verdichtungsraum (56 %) bzw. bei Organisationen ohne Erwerbszweck/Öffentlicher Verwaltung (59 %).

Abbildung 14: Anteil der Betriebe mit Überstunden 2007 bis 2009 (Angaben in Prozent)



Im Vergleich mit 2007 ist 2009 der Anteil der Betriebe, bei denen der Überstundenausgleich nur in Form von Freizeit geschieht, deutlich von 48 auf 59 Prozent gestiegen. Ein Ausgleich in monetärer Form erfolgt ebenso wie Mischformen seltener. Gesunken ist auch der Anteil der Betriebe, bei denen Überstunden gar nicht ausgeglichen werden (vgl. Tabelle 15). Immerhin 19 Prozent der Kleinbetriebe mit 1 bis 4 Beschäftigten verfahren aber so (2007 waren es sogar noch 24 %).

<sup>18</sup> 2007 war der Anteil von 54 Prozent der höchste im Panel seit 2000. Von 2005 bis 2007 stieg der Anteil um 13 Prozent (vgl. Conrads u. a. 2009, S. 91) und fiel danach um 9 Prozent bis 2009.

Tabelle 15: Anteil der Betriebe mit Überstunden im abgelaufenen Geschäftsjahr 2009 und Art des Überstundenausgleichs (Angaben in Prozent)

	Betriebe mit Überstunden					
	insgesamt	davon:				
		mit ausbezahl-	mit Frei-	mit beidem	ohne bei-	
Handel und Reparatur	38	1	69	22	8	
Produzierendes Gewerbe	49	10	52	34	4	
Dienstleistungen im engeren Sinne	46	7	58	25	10	
Org. ohne Erwerb. / Öff. Verwaltung	59	2	65	28	6	
1 bis 4 Beschäftigte	31	8	64	8	19	
5 bis 19	49	6	61	30	4	
20 bis 99	72	6	52	40	2	
100 bis 499	79	4	36	59	1	
ab 500	82	1	33	66	0	
Nordbayern	42	3	58	31	8	
Südbayern	47	8	60	23	8	
<b>Bayern</b>	<b>45</b>	<b>6</b>	<b>59</b>	<b>27</b>	<b>8</b>	
<i>nachrichtlich 2007</i>	<i>54</i>	<i>8</i>	<i>48</i>	<i>32</i>	<i>12</i>	

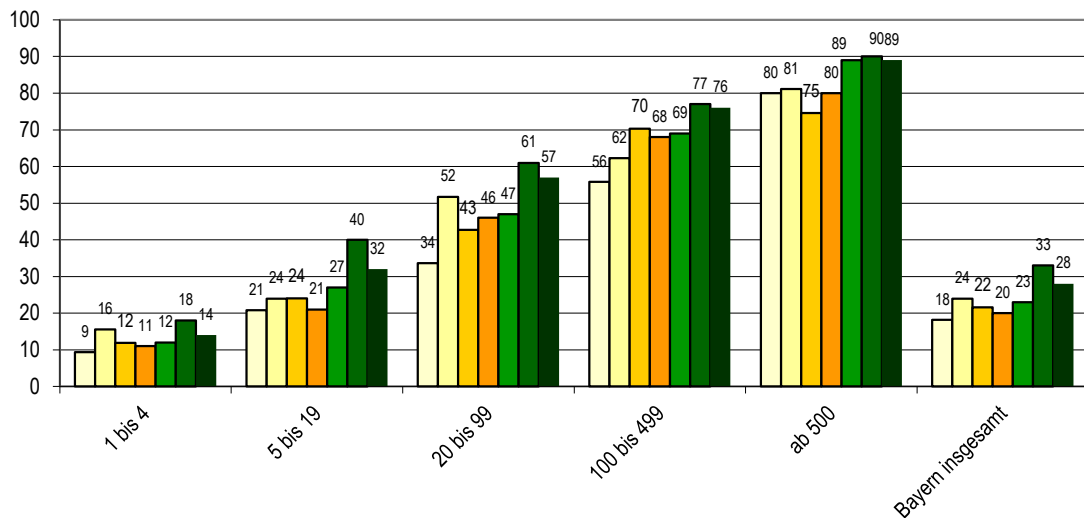
2009 lag der Anteil der Betriebe mit Überstunden, die nur einen Freizeitausgleich praktizierten wie bereits 2007 im Produzierenden Gewerbe am niedrigsten, genauso in größeren und großen Betrieben.

### 3.3 Arbeitszeit-/Langzeitkonten

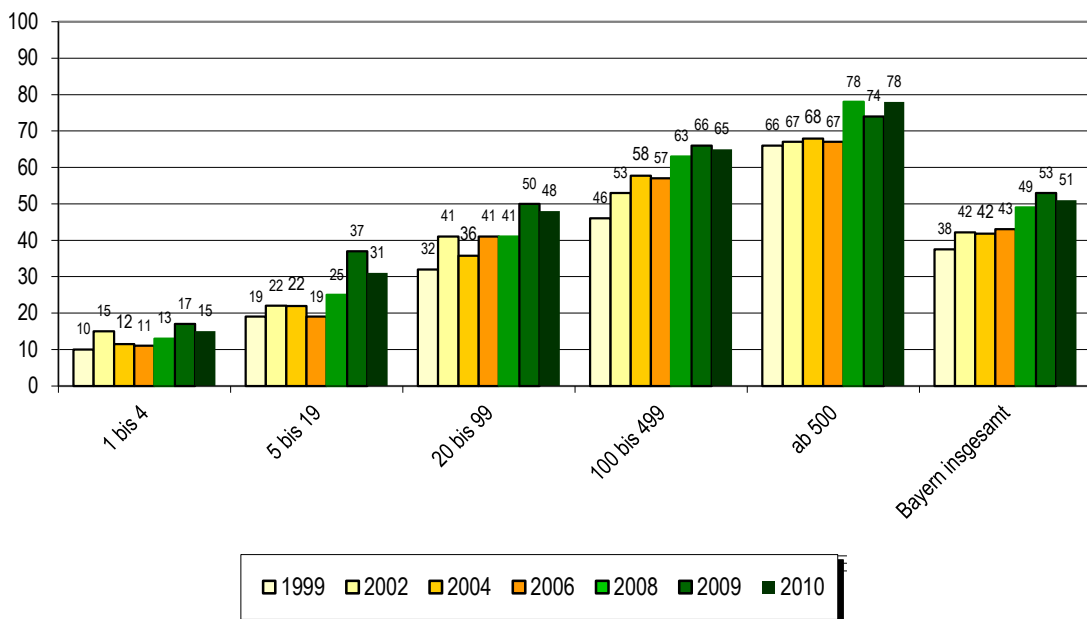
Ebenso wie bereits im Vergleich der Jahre 2004/2006 ist im Übergang vom Krisenjahr 2009 zum Aufschwungjahr 2010 der Anteil der Betriebe gesunken (von 33 auf 28 %), die zumindest für einen Teil ihrer Beschäftigten Arbeitszeitkonten praktizieren. Im langfristigen Vergleich hat der Anteil der Betriebe mit Arbeitszeitkonten in Bayern – wie in West- und Ostdeutschland – leicht zugenommen (vgl. Abb. 15). 1 Prozent der Betriebe plant die Einführung von Arbeitszeitkonten.

Das gilt trotz des aktuellen Rückgangs 2009/2010 über alle Betriebsgrößenklassen hinweg, wobei es zwischen der Betriebsgröße und der Verbreitung von Arbeitszeitkonten einen klaren und starken Zusammenhang gibt.

Abbildung 15: Betriebe und Beschäftigte mit Arbeitszeitkonten 1999 bis 2010 (Angaben in Prozent)  
 Betriebe mit Arbeitszeitkonten (Anteil an allen Betrieben)



Beschäftigte mit Arbeitszeitkonten (Anteil an allen Beschäftigten)



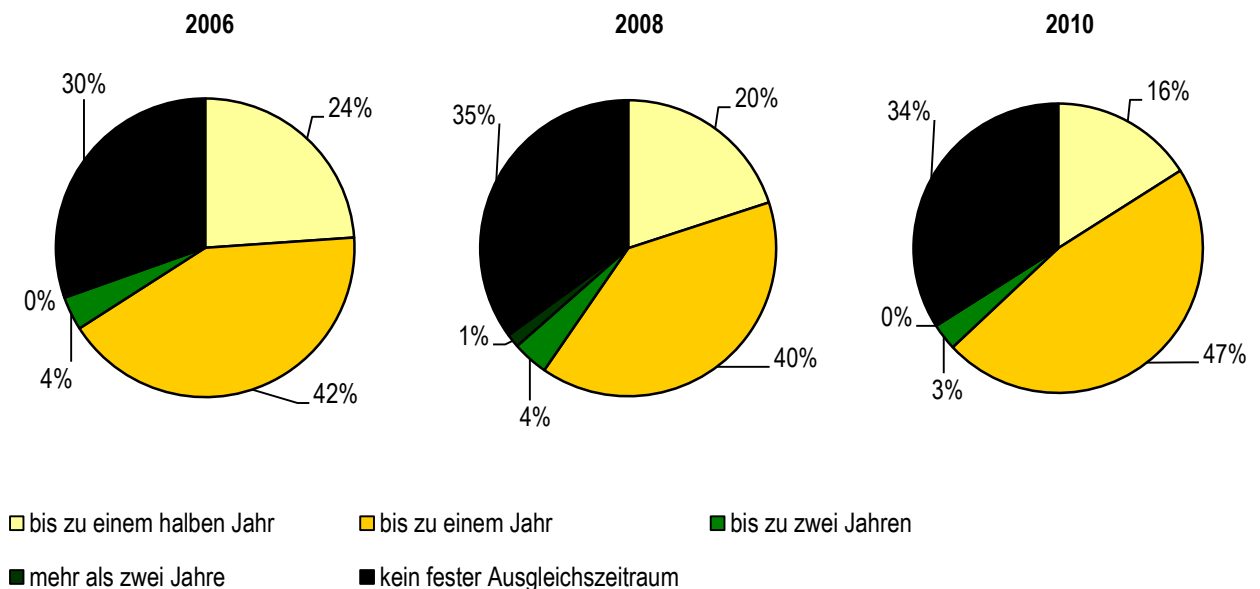
Mit 32 Prozent aller Betriebe sind Arbeitszeitkonten in Südbayern wesentlich stärker verbreitet als in Nordbayern, mit Spitzenwerten von je 35 Prozent in Oberbayern und Schwaben. Die höchsten Anteile erzielen Organisationen ohne Erwerbszweck/Öffentliche Verwaltung (48 %) und das Produzierende Gewerbe (35 %).

Zwischen Krisenbetrieben und solchen, die sich als von der Wirtschafts- und Finanzkrise nicht als negativ betroffen bezeichnen, gibt es diesbezüglich keinen Unterschied. Interessant ist aber, dass diejenigen Krisenbetriebe, die nach eigenen Angaben die Krise bereits überwunden haben, deutlich häufiger Arbeitszeitkonten haben. Das liegt an der Tatsache, dass sich hierunter v. a. Großbetriebe finden.

An der viel stärkeren Verbreitung von Arbeitszeitkonten in großen Betrieben liegt es auch, dass bei einer beschäftigtenbezogenen Betrachtung ein wesentlich höherer Anteil (51 %; Westdeutschland: 50 %) von Beschäftigten in solchen Betrieben mit diesem Instrument arbeiten. Auch hier sind die Werte naturgemäß in Großbetrieben höher, ebenso in Südbayern, bei Organisationen ohne Erwerbscharakter/Öffentliche Verwaltung und – in diesem Fall fast gleichauf – im Produzierenden Gewerbe.

Rund ein Drittel der Betriebe in Bayern mit Arbeitszeitkonten gibt an, dass es bei ihnen keine Regelungen zu einem festen Ausgleichszeitraum gibt, innerhalb dessen die Arbeitszeitkonten ausgeglichen werden müssen. Abgenommen (von 24 % im Jahr 2006 auf 16 % im Jahr 2010) hat darunter der Anteil der Betriebe mit einem sehr kurzen Ausgleichszeitraum von unter einem halben Jahr. Dagegen ist bei den Ausgleichszeiträumen zwischen einem und zwei Jahren ein Zuwachs zu verzeichnen. Längere Ausgleichszeiträume sind selten (vgl. Abb. 16).

Abbildung 16: Zeitraum, in dem Arbeitszeitkonten ausgeglichen werden müssen, Bayern 2006, 2008 und 2010 (Anteil an den Betrieben mit Arbeitszeitkonten, Angaben in Prozent)



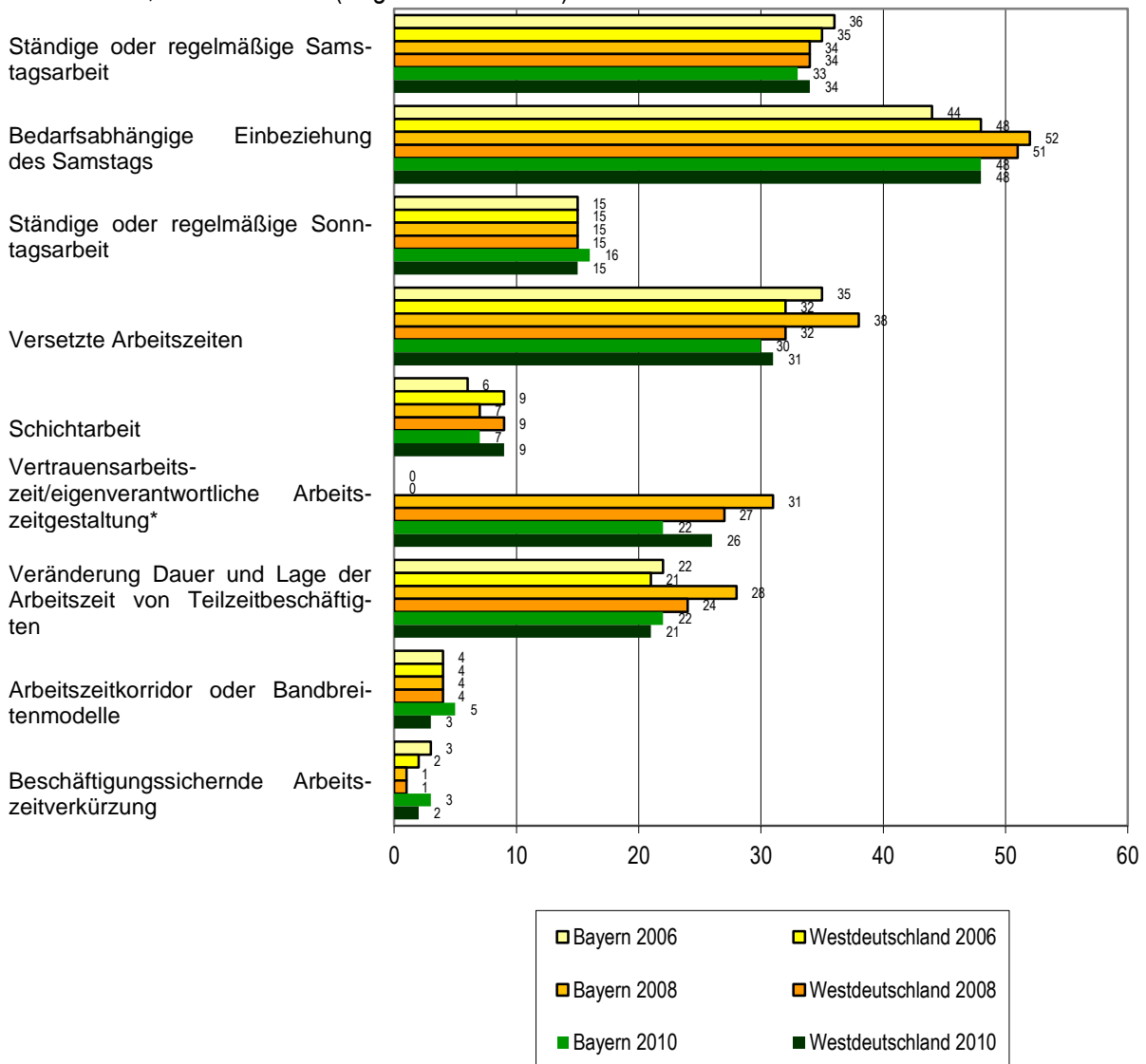
Im Bereich Handel und Reparatur sind Arbeitszeitkonten mit sehr kurzen Ausgleichszeiträumen am stärksten verbreitet, in Kleinstbetrieben am seltensten.

Der geringen Verbreitung von Arbeitszeitkonten mit längeren Ausgleichszeiträumen korrespondiert auch der Befund, dass echte Langzeitkonten kaum verbreitet sind. Solche Konten, mit denen z. B. längere Sabbaticals oder Zeitguthaben für den Altersübergang angespart werden können, gibt es 2010 nur in 4 Prozent aller Betriebe und (v. a.) Dienststellen (2008: 3 %). In West- und Ostdeutschland sind es nur je 2 Prozent. Eine Differenzierung ist aus Fallzahlgründen auf Landesebene statistisch nicht sinnvoll.

### 3.4 Instrumente der Arbeitszeitsteuerung im Überblick

Die oben angesprochenen Überstunden und Arbeitszeitkonten sind nur zwei Beispiele von Instrumenten der Arbeitszeitsteuerung. Im IAB-Betriebspanel wird seit einiger Zeit im zweijährigen Abstand eine Überblicksfrage zu verschiedenen Formen der Arbeitszeitflexibilisierung bzw. Arbeitszeitsteuerung gestellt (vgl. Abb. 17).

Abbildung 17: Anteil der Betriebe mit Nutzung von Instrumenten der Arbeitszeitsteuerung an allen Betrieben 2006, 2008 und 2010 (Angaben in Prozent)



\* Werte von 2006 wegen anderer Frageformulierung nicht vergleichbar

Die Abbildung zeigt, dass in rund einem Drittel der Betriebe und Dienststellen – bei kleinen Unterschieden zwischen Bayern und dem westdeutschen Durchschnitt – eine ständige oder regelmäßige Samstagarbeit stattfindet. In knapp der Hälfte gibt es (2010 etwas weniger als 2008) eine bedarfsabhängige Samstagarbeit. Knapp jeder sechste Betrieb (v. a. Produzierendes Gewerbe, aber auch Organisationen ohne Erwerbscharakter/Öffentliche Verwaltung) arbeitet auch sonntags. Versetzte Arbeitszeiten werden – mit leichtem Rückgang 2008/2010 – in einem knappen Drittel der Betriebe praktiziert. 7 Prozent der bayerischen Betriebe haben Schichtarbeit.

Noch viel seltener sind Betriebe mit Arbeitszeitkorridoren oder Bandbreitenmodellen. Diese und Vertrauensarbeitszeitregelungen/eigenverantwortliche Arbeitszeitgestaltung sind in der Liste in Darstellung 3.7 die einzigen, die ex definitione mehr Flexibilität aus Beschäftigtensicht bilden. Letztgenannte sind zwar verbreiteter (Bayern: 22 %; Westdeutschland: 26 %), haben aber 2010 deutlich geringere Verbreitung als 2008. Von einer beschäftigungssichernden Arbeitszeitverkürzung berichten nur sehr wenige Betriebe (v. a. Großbetriebe) – wie auch bei den anderen Instrumenten.

### 3.5 Zusammenfassung

- Die durchschnittliche vereinbarte Wochenarbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten ist in Bayern nach einem längerfristigen Anstieg seit 2002 bis 2009 von 38,3 auf 38,9 Stunden gestiegen und 2010 auf 38,7 Stunden zurückgegangen. Dies entspricht auch der westdeutschen Entwicklung. Sehr große Betriebe haben kürzere Arbeitszeiten, verzeichnen 2010 aber keinen Rückgang, sondern nochmals eine Ausweitung (**Abbildung 12**).
- Unter den Teilzeitbeschäftigten ist 2010 im Vergleich zu 2008 der Anteil der Beschäftigten mit einer sehr kurzen vereinbarten Arbeitszeit unter 15 Stunden von 25 auf 30 Prozent gestiegen. 8 Prozent der Teilzeitbeschäftigten haben nach Angaben der Betriebe keine fest vereinbarte Arbeitszeit. Ein Drittel der Beschäftigten bewegt sich 2010 in einem Stundenumfang zwischen 15 und 24 Stunden, gut ein Viertel hat eine fest vereinbarte Arbeitszeit von mehr als 24 Stunden (**Abbildung 13**). In größeren Betrieben und bei Organisationen ohne Erwerbszweck/Öffentlicher Verwaltung ist der Anteil essenzieller Teilzeit am höchsten.
- Der Anteil der Betriebe, in denen Überstunden geleistet wurden ist 2009 von 47 auf 45 Prozent gesunken (**Abbildung 14**). Spitzenwerte erzielten dabei der südbayerische Verdichtungsraum (56 %) und Organisationen ohne Erwerbszweck/Öffentliche Verwaltung. Hauptsächlich erfolgt der Überstundenausgleich durch Freizeit. Gesunken ist der Anteil der Betriebe, in denen Überstunden in keiner Form ausgeglichen werden (8 %; 2007: 12 %).
- Arbeitszeitkonten gab es 2010 in 28 Prozent der bayerischen Betriebe, weniger als 2009 (33 %). In diesen Betrieben und Dienststellen arbeiten 51 Prozent aller Beschäftigten. Langfristig steigt dieser Anteil jedoch (**Abbildung 15**). In Großbetrieben, Organisationen ohne Erwerbszweck/Öffentlicher Verwaltung und im Produzierenden Gewerbe sind die Anteile am höchsten. Es gibt eine leichte Tendenz weg von sehr kurzen Ausgleichszeiträumen für die Arbeitszeitkonten. Echte Langzeitkonten gibt es 2010 nur in 4 Prozent aller Betriebe (Westdeutschland: 2 %).
- Durch die Krise hat zwischen 2008 und 2010 im Wesentlichen der Anteil an Betrieben wieder abgenommen, die sich solcher Instrumente der Arbeitszeitsteuerung bedienen, die auf mehr Flexibilität

der Beschäftigten abzielen (wie Vertrauensarbeitszeiten, versetzte Arbeitszeiten). In 7 Prozent der bayerischen Betriebe und Dienststellen gab es 2010 Schichtarbeit, in 16 Prozent regelmäßige oder ständige Sonntagsarbeit (**Abbildung 17**).

## 4. Investitionen und Innovationen – Einbruch bei den Investitionen

### 4.1 Investitionen

#### 4.1.1 Entwicklung und Struktur der Investitionen

Quantitative Angaben zu den Investitionen der Betriebe werden im IAB-Betriebspanel naturgemäß nur für das Jahr vor der Befragung, im vorliegenden Fall also für 2009 ermittelt. Betrachtet man die Summe der laut IAB-Betriebspanel in bayerischen Betrieben getätigten Investitionen, so ist für das Jahr 2009 ein regelrechter Einbruch der Investitionsaktivitäten festzustellen. Demnach lag die hochgerechnete Summe an Investitionen im Jahr 2009 bei gerade einmal 26,4 Mrd. Euro, ein Rückgang um rund 30 Prozent (2008: 37,9 Mrd.; vgl. Tabelle 16). Die Gesamtsumme der im Betriebspanel erfassten Investitionen lag damit auf dem niedrigsten bisher (seit 2002) erfassten Wert und erstmals unterhalb von 30 Mrd. Euro.<sup>19</sup> Dies entspricht den Ergebnissen des Statistischen Bundesamts, welches auf Basis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für das Jahr 2009 ebenfalls einen massiven Einbruch der Investitionstätigkeit feststellt (vgl. Statistisches Bundesamt 2010).

Allein bei Großbetrieben ab 250 Beschäftigten wurden rund 7 Mrd. Euro weniger investiert als im Vorjahr – insgesamt 10,8 Mrd. Euro (2008: 18,1 Mrd. Euro). Auch in mittleren Betrieben mit 50 bis unter 250 Beschäftigten ist ein deutlicher Rückgang um 3,5 Mrd. Euro auf 6,0 Mrd. Euro festzustellen. Bei kleineren Betrieben mit unter 50 Beschäftigten bewegt sich die Investitionssumme 2009 dagegen im Rahmen der üblichen jährlichen Schwankungen.

Tabelle 16: Hochgerechnete Investitionssumme nach Betriebsgrößenklassen 2001 bis 2009 (Angaben in Mrd. Euro)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
1 bis 4 Beschäftigte	1,6	2,4	2,1	1,6	2,2	1,7	1,4	1,6
5 bis 9	1,7	1,0	2,4	2,2	2,2	1,9	2,6	2,0
10 bis 49	8,0	8,5	8,8	6,8	7,8	5,2	6,3	6,1
50 bis 249	10,0	7,8	10,1	8,2	9,3	9,4	9,5	6,0
ab 250	14,5	12,9	11,4	14,1	16,0	19,9	18,1	10,8
<b>Bayern</b>	<b>35,7</b>	<b>32,6</b>	<b>34,8</b>	<b>32,9</b>	<b>37,4</b>	<b>38,0</b>	<b>37,9</b>	<b>26,4</b>

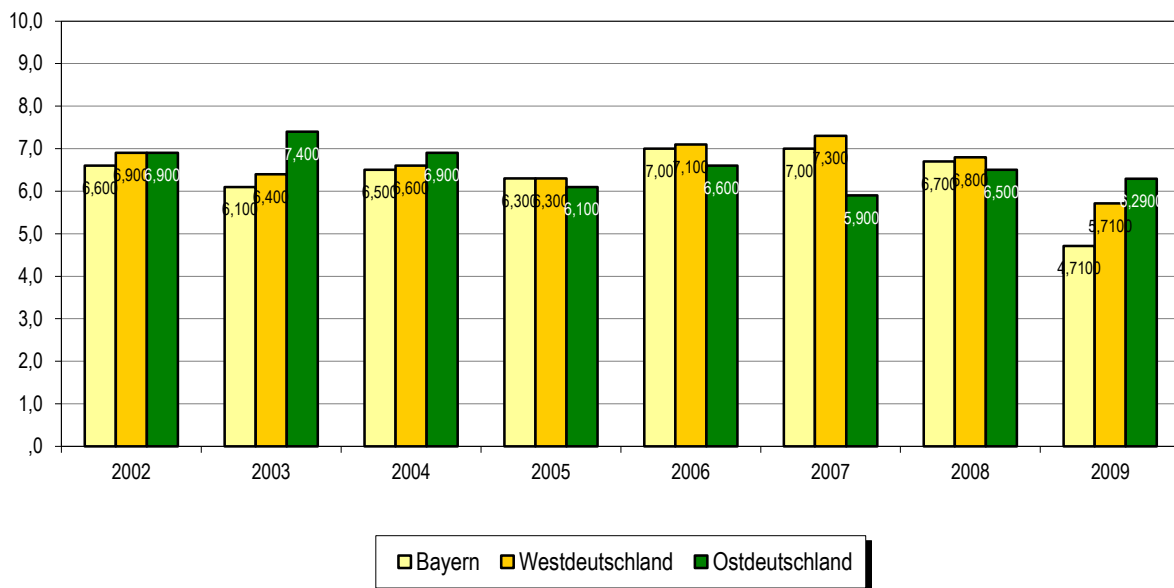
Der Rückgang der Investitionssumme ist dabei prozentual deutlich stärker ausgefallen als im westdeutschen Durchschnitt (-16 %; von 190 auf 159 Mrd. Euro). Ausgehend von einem ähnlich hohen Investitionsniveau von 19 Mrd. Euro in beiden Teilen Bayerns ist dabei in Nordbayern ein deutlich stärkerer Einbruch in 2009 auf nur 12 Mrd. Euro zu beobachten (Südbayern: 15 Mrd. Euro). Dies liegt aber auch daran, dass die Investitionsintensität je Betrieb bzw. je Beschäftigten 2008 in Nordbayern höher war als in Südbayern (vgl. unten). Nach Branchen betrachtet ist, wie angesichts der Krise zu erwarten, besonders im Bereich des Produzierenden Gewerbes ein starker Rückgang der Investitionssumme von 19 auf 11 Mrd. Euro festzustellen. Im Dienstleistungsbereich ist die Summe an Investitionen ebenfalls von 11 auf 8 Mrd. Euro gesunken. Kein signifikanter Rückgang ist dagegen in den Branchen mit ohnehin nied-

<sup>19</sup> Da im IAB-Betriebspanel keine quantifizierten Werte zum Betriebsergebnis erhoben werden, können keine Angaben zum Verhältnis von Investitionen zu Gewinn gemacht werden. Priewe und Ritzler (2010) weisen auf Basis anderer Quellen darauf hin, dass immer geringere Anteile der Gewinne in den Betrieben investiert werden.

rigem Investitionsniveau, dem Handel und Reparaturgewerbe (3 Mrd. Euro) und den Organisationen ohne Erwerbszweck/öffentlichen Sektor (4 Mrd. Euro), zu beobachten.

In Anbetracht dieser Zahlen ist es trotz des leichten Beschäftigungsrückgangs im Jahr 2009 (vgl. Kistler u. a. 2010, S. 4 ff.) kaum verwunderlich, dass auch die Investitionsintensität – die Investitionssumme je Beschäftigten – mit 4,7 Tsd. Euro im Jahr 2009 ebenfalls auf dem niedrigsten bisher beobachteten Wert lag. Sowohl in Westdeutschland (5,7 Tsd. Euro) als auch in Ostdeutschland (6,3 Tsd. Euro) ist für die Investitionsintensität im vergangenen Jahr ein deutlich höherer Wert festzustellen als in Bayern – gleichwohl auch im übrigen Bundesgebiet ein Rückgang zu beobachten ist (vgl. Abb. 18).

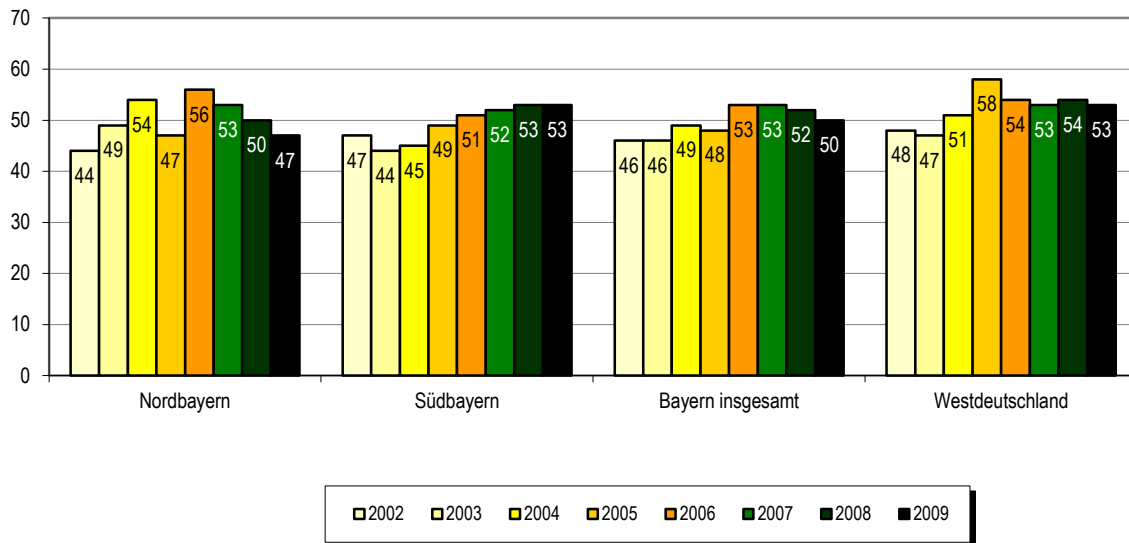
Abbildung 18: Investitionsintensität 2001 bis 2009 (Investitionen in Tsd. Euro je Beschäftigten)



Nicht nur die Summe der Investitionen, sondern auch der Anteil der Betriebe mit Investitionen hat im Jahr 2009 – wie bereits im Vorjahr – leicht abgenommen und liegt bei rund 50 Prozent (2008: 52 %). Damit liegt der Anteil der Betriebe mit Investitionen in Bayern 2009 niedriger als im westdeutschen Durchschnitt von 53 Prozent.

Im Jahr 2009 haben nur 47 Prozent aller nordbayerischen Betriebe Investitionen getätigt. Damit hat der Anteil der Betriebe mit Investitionen in Nordbayern seit 2007 kontinuierlich abgenommen. In Südbayern ist dagegen ein kontinuierlicher Anstieg festzustellen. Somit haben die regionalen Unterschiede hinsichtlich des Anteils an Betrieben mit Investitionsaktivität in den vergangenen Jahren kontinuierlich zugenommen. Aktuell liegt der Anteil investierender Betriebe in Südbayern mit 53 Prozent rund 6 Prozentpunkte höher als in Nordbayern (vgl. Abb. 19).

Abbildung 19: Anteil Betriebe mit Investitionen an allen Betrieben (Angaben in Prozent)



Mit Blick auf die Krise fällt auf, dass Betriebe, die zwar von der Krise betroffen waren, diese aber mittlerweile als überwunden ansehen (das sind überproportional größere Betriebe!), überdurchschnittlich häufig investieren (59 %).

Besonders hoch liegt der Anteil investierender Betriebe im Bereich der Dienstleistungen (55 %) und im Produzierenden Gewerbe (53 %). Im Handel und Reparaturgewerbe haben dagegen nur 42 Prozent, im öffentlichen Sektor sogar nur 34 Prozent aller Betriebe Investitionen getätigt.

Betrachtet man den Anteil der Betriebe mit Investitionen in Bayern nach Größenklassen, so zeigt sich, dass der Anteil an investierenden Betrieben mit der Größe deutlich zunimmt. Während Kleinbetriebe nur zu 41 Prozent Investitionen tätigen, sind es bei Großbetrieben rund 83 Prozent. Der Rückgang des Anteils an Betrieben mit Investitionen ist dabei insbesondere auf mittlere und große Betriebe mit mindestens 20 Beschäftigten zurückzuführen. Bei Großbetrieben mit 100 bis unter 500 Beschäftigten lag der Anteil an investierenden Betrieben 2009 um rund 12 Prozentpunkte niedriger als im Vorjahr.

Unter allen Betrieben mit Investitionen lag der Anteil an Betrieben, die in Grundstücke oder Gebäude, d. h. langfristig investiert haben, mit 13 Prozent besonders niedrig (Vorjahr: 21 %; vgl. Tabelle 17). Insbesondere Klein- und Kleinstbetriebe haben mit 13 bzw. 9 Prozent kaum Investitionen in diesem Bereich getätigt. Leicht gesunken ist auch der Anteil an Betrieben, die in Kommunikationstechnik und Datenverarbeitung investiert haben. Insgesamt waren dies 2009 rund 57 Prozent aller Betriebe. Während dabei vor allem bei Klein- und Kleinstbetrieben ein Rückgang zu beobachten ist, ist bei Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten ein Anstieg des Anteil an Betrieben festzustellen, die in diesen Bereich investieren.

Im Bereich Produktionsanlagen und Betriebsausstattung haben 2009 rund 63 Prozent aller Betriebe investiert, 6 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr. 26 Prozent aller Betriebe mit Investitionen haben in Verkehrsmittel und Transportsysteme investiert.

Tabelle 17: Investitionen 2007, 2008 und 2009 (Angaben in Prozent)

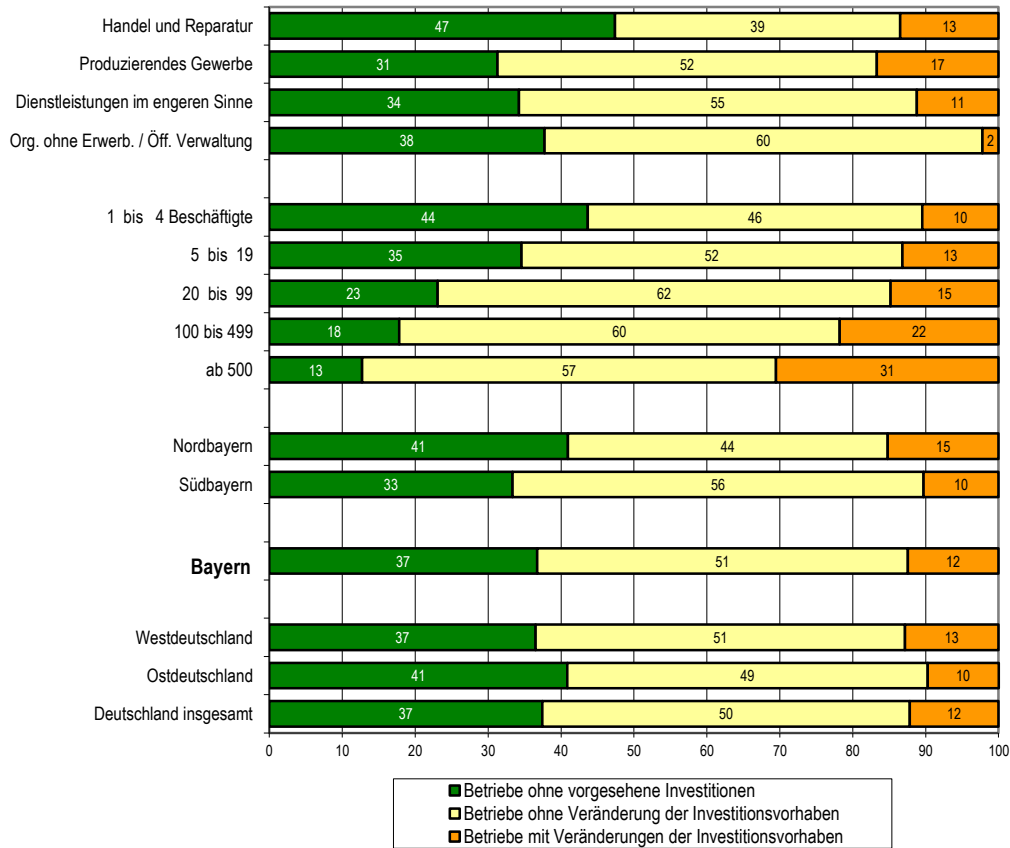
	Betriebe mit Investitionen			davon investierten in (Mehrfachnennungen möglich)											
				Grundstücke, Gebäude			Kommunikationstechnik, Datenverarbeitung			Produktionsanlagen, Betriebsausstattung			Verkehrsmittel, Transportsysteme		
	2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007	2008	2009			
1 bis 4 Beschäftigte	41	38	41	12	14	9	64	54	52	62	47	59	29	30	25
5 bis 19	59	60	57	18	25	13	57	61	54	64	59	63	28	31	23
20 bis 99	69	67	57	17	17	22	70	66	70	65	65	68	38	39	37
100 bis 499	75	79	67	32	38	31	86	77	83	74	79	74	41	31	38
ab 500	86	90	83	50	65	50	87	82	85	91	90	89	49	45	45
Nordbayern	53	50	47	19	22	17	62	58	64	69	60	61	34	34	27
Südbayern	52	53	53	13	20	11	62	62	51	59	54	64	27	30	26
<b>Bayern</b>	<b>53</b>	<b>52</b>	<b>50</b>	<b>16</b>	<b>21</b>	<b>13</b>	<b>62</b>	<b>60</b>	<b>57</b>	<b>64</b>	<b>57</b>	<b>63</b>	<b>30</b>	<b>32</b>	<b>26</b>
Westdeutschland	53	54	53	14	16	14	58	59	57	62	62	61	32	30	28
Ostdeutschland	47	50	48	16	16	16	51	54	54	57	58	55	32	31	31
Deutschland insgesamt	52	53	52	14	16	15	57	58	56	61	61	60	32	30	29

Wie bereits im Vorjahr haben im Jahr 2009 47 Prozent aller bayerischen Betriebe Erweiterungsinvestitionen getätigt. Damit geben bayerische Betriebe erneut deutlich häufiger Erweiterungsinvestition an als im westdeutschen Durchschnitt (42 %). Entgegen dem Vorjahr liegen die Werte in Nord- und Südbayern dabei allerdings auf dem gleichen Niveau – demnach ist in Nordbayern ein Rückgang, in Südbayern dagegen ein Anstieg zu beobachten (2008: Nordbayern: 51 %, Südbayern 44 %).

#### 4.1.2 Veränderung der Investitionsvorhaben für 2010

Neben den bereits getätigten Investitionen wurden Betriebe auch nach Veränderungen der Investitionsvorhaben im zum Befragungszeitpunkt noch nicht abgelaufenen Geschäftsjahr 2010 gefragt. 37 Prozent der Betriebe und Dienststellen hatten für 2010 keine Investitionen geplant. Rund 12 Prozent aller bayerischen Betriebe berichten, dass sie ihre Investitionsvorhaben gegenüber der ursprünglichen Planung geändert haben (vgl. Abb. 20), in Nordbayern mit 15 Prozent etwas mehr als in Südbayern (10 %). Außerdem zeigt sich, dass insbesondere Großbetriebe ab 500 Beschäftigten häufig von Änderungen ihrer Investitionsvorhaben berichten (31 %). Daneben sind Änderungen von Investitionsvorhaben insbesondere bei Betrieben des Produzierenden Gewerbes (17 %) zu beobachten.

Abbildung 20: Anteil der Betriebe mit Veränderung der Investitionsvorhaben für 2010 im Vergleich zur ursprünglichen Planung (Angaben in Prozent)



Von allen Betrieben mit Veränderung der Investitionsvorhaben geben rund 47 Prozent an, dies sei Folge der Krise. Darunter 53 Prozent, die gegenüber der ursprünglichen Planung von einer Verringerung der Investitionen ausgehen, aber auch immerhin 38 Prozent mit einer Erhöhung der Investitionsvorhaben infolge der Krise.

## 4.2 Innovationsverhalten der Betriebe

### 4.2.1 Produkt- und Prozessinnovationen

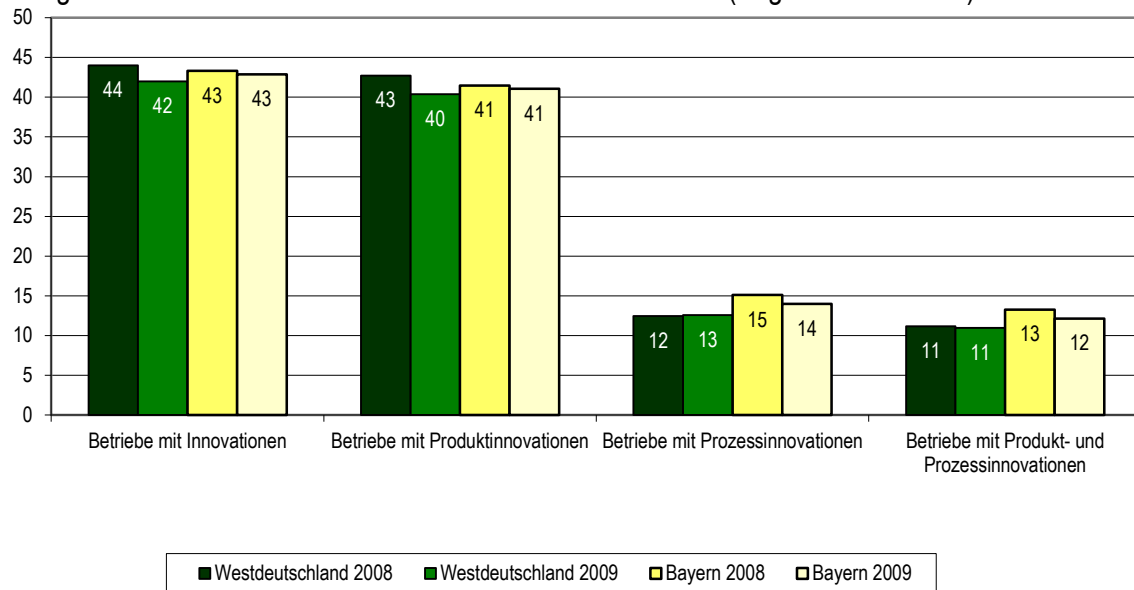
Grundsätzlich werden im Betriebspanel zwei Arten von Innovationen unterschieden: Produkt- und Prozessinnovationen. Unter dem Begriff „Produktinnovationen“ wird in der Befragung zum Betriebspanel erfasst, ob

- eine vorher bereits angebotene Leistung bzw. ein Produkt verbessert oder weiterentwickelt wurde (*Weiterentwicklung*),
- eine Leistung bzw. ein Produkt, das bereits vorher auf dem Markt vorhanden war, neu ins Angebot aufgenommen wurde (*Sortimentserweiterung*), sowie ob
- eine völlig neue Leistung oder ein neues Produkt, für das ein neuer Markt geschaffen werden muss, ins Angebot aufgenommen wurde (*Marktneuheit*).

Der Begriff „Prozessinnovationen“ bezeichnet demgegenüber die Durchführung von organisatorischen Änderungen.

Der Anteil der Betriebe mit Innovationen lag 2009 mit 43 Prozent ungefähr auf dem Wert des Vorjahres und damit leicht höher als in Westdeutschland insgesamt (42 %). 41 Prozent aller bayerischen Betriebe haben Produktinnovationen getätigt. Ein leichter Rückgang ist beim Anteil der Betriebe mit Prozessinnovationen zu beobachten. Seit 2007 (16 %) ist dieser Wert 2008 und 2009 jeweils um 1 Prozentpunkt auf nunmehr 14 Prozent gesunken. Der Anteil von Betrieben mit Produkt- und Prozessinnovationen lag 2009 bei 12 Prozent.

Abbildung 21: Anteil der Betriebe mit Innovationen 2008 und 2009 (Angaben in Prozent)



Betrachtet man den Bereich der Produktinnovationen genauer, so lässt sich zeigen, dass diese in Nordbayern mit 46 Prozent deutlich häufiger getätigt werden als in Südbayern (37 %). Darüber hinaus sind Produktinnovationen insbesondere im Handel und Reparaturgewerbe (47 %) sowie im Dienstleistungsbereich (42 %) zu beobachten. 33 Prozent aller bayerischen Betriebe berichten von Weiterentwicklungen bereits bestehender Produkte, weitere 22 Prozent von Sortimentserweiterungen und 10 Prozent von Marktneuheiten. Während Betriebe mit Weiterentwicklungen am häufigsten im Dienstleistungsbereich zu beobachten sind, sind solche Betriebe mit Sortimentserweiterungen und Marktneuheiten insbesondere im Bereich Handel und Reparatur vertreten. Der Anteil an Betrieben mit Marktneuheiten (10 %) liegt dabei bayernweit ca. 2 Prozentpunkte höher als im Vorjahr und deutlich höher als im westdeutschen Durchschnitt von 7 Prozent. Vor allem nordbayerische Betriebe haben 2009 Marktneuheiten eingeführt (12 %; vgl. Tabelle 18).

Tabelle 18: Betriebe mit Innovationen 2009 (Angaben in Prozent)

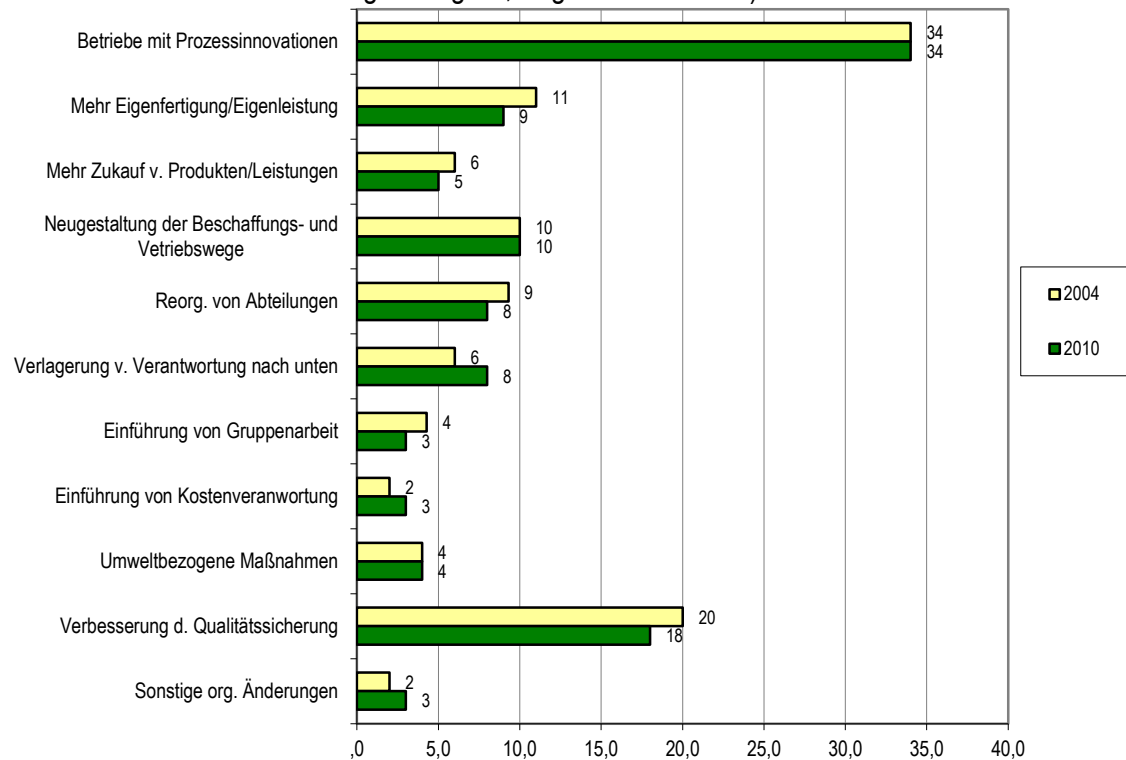
	Betriebe mit Innovationen	Betriebe mit Produktinnovationen				Betriebe mit Prozessinnovationen
		Insgesamt	Weiterentwicklungen	Sortimentserweiterungen	Marktneuheiten	
Handel und Reparatur	47	47	25	32	14	7
Produzierendes Gewerbe	39	37	29	23	8	13
Dienstleistungen im engeren Sinne	44	42	38	19	10	17
Org. ohne Erwerb./Öff. Verwaltung	31	29	28	14	5	17
1 bis 4 Beschäftigte	38	37	29	21	9	12
5 bis 19	45	43	34	22	10	14
20 bis 99	49	47	39	23	11	19
100 bis 499	58	54	51	19	13	34
ab 500	79	75	75	42	33	56
Nordbayern	47	46	36	22	12	13
Südbayern	39	37	30	22	9	15
<b>Bayern</b>	<b>43</b>	<b>41</b>	<b>33</b>	<b>22</b>	<b>10</b>	<b>14</b>
Westdeutschland	42	40	33	22	7	13
Ostdeutschland	33	32	25	18	6	8
Deutschland insgesamt	40	39	31	21	7	12

Betrachtet man den Bereich der Prozessinnovationen, also die Durchführung von organisatorischen Änderungen in den vergangenen 2 Jahren, so zeigt sich, dass damit sehr häufig eine Verbesserung der Qualitätssicherung gemeint ist (18 %). Ebenfalls relativ häufig genannt wird die Neugestaltung der Beschaffungs- und Vertriebswege (10 %) und die Ausweitung von Eigenfertigungen und Eigenleistungen (9 %). Jeweils rund 8 Prozent aller befragten Betriebe berichten von der Reorganisation von Abteilungen und Verlagerung von Verantwortung auf niedrigere Hierarchieebenen. Weniger häufig genannt werden dagegen der Zukauf von Produkten und Leistungen, umweltbezogene Maßnahmen, Gruppenarbeit, Einführung von Kostenverantwortung und sonstige organisatorische Änderungen.

Verglichen mit dem Zweijahreszeitraum vor der Befragung 2004<sup>20</sup> hat sich sowohl am Anteil der Betriebe mit Prozessinnovationen (jeweils 34 Prozent) nichts und an der Verbreitung der einzelnen organisatorischen Maßnahmen nur recht wenig geändert.

<sup>20</sup> Aufgrund einer wieder revidierten Veränderung in der Frageformulierung sind die Ergebnisse nicht mit denjenigen aus der Erhebung 2008 vergleichbar.

Abbildung 22: Durchführung von organisatorischen Änderungen in den letzten beiden Jahren (Anteil an allen Betrieben – Mehrfachnennungen möglich; Angaben in Prozent)



Das Investitionsverhalten ist auch abhängig vom empfundenen Wettbewerbsdruck (vgl. Tabelle 19). Je höher der Wettbewerbsdruck, desto höher ist der Anteil an Betrieben, die Innovationen eingebracht haben. Dies gilt insbesondere für Betriebe mit geringem und mittlerem Wettbewerbsdruck, welche deutlich häufiger innovativ waren als Betriebe ohne Wettbewerbsdruck. Letztere haben seltener Investitionen durchgeführt (24 %). Wettbewerb belebt somit aus volkswirtschaftlicher Sicht auch die Innovations-tätigkeit der Betriebe. Dies gilt allerdings nur, solange der empfundene Wettbewerbsdruck den Betrieb in seiner Existenz nicht gefährdet. Bei Betrieben, die infolge des hohen Wettbewerbsdruck Gefahr für den Betrieb sehen, haben demnach mit 23 Prozent deutlich seltener Innovationen eingebracht. Am häufigsten innovativ tätig waren dagegen Betriebe mit hohem Wettbewerbsdruck, ohne Gefahr für den Betrieb (54 %).

Tabelle 19: Innovationen 2009 nach empfundenem Wettbewerbsdruck (Angaben in Prozent)

	Keine Innovationen	Nur Produktinnovationen	Nur Prozessinnovationen	Produkt- und Prozessinnovationen
Kein Wettbewerbsdruck	76	15	0	9
Geringer Wettbewerbsdruck	58	27	3	11
Mittlerer Wettbewerbsdruck	51	36	0	13
Hoher Wettbewerbsdruck	56	28	3	13
davon: Gefahr für Betrieb bei hohem Wettbewerbsdruck				
Ja	67	23	1	10
Nein	46	32	5	17

### 4.3 Zusammenfassung

Für das Jahr 2009 ist ein regelrechter Einbruch der Investitionsaktivitäten der bayerischen Betriebe festzustellen. Demnach lag die hochgerechnete Summe an Investitionen im Jahr 2009 bei gerade einmal 26,4 Mrd. Euro, ein Rückgang um rund 30 Prozent gegenüber dem Jahr 2008 (37,9 Mrd. Euro; vgl. **Tabelle 16**).

- Sowohl in Westdeutschland (5,7 Tsd. Euro) als auch in Ostdeutschland (6,3 Tsd. Euro) ist auch für die Investitionsintensität – die Investitionssumme je Beschäftigten – im vorherigen Jahr 2009 ein deutlich höherer Wert festzustellen als in Bayern (4,7 Tsd. Euro) – gleichwohl auch im übrigen Bundesgebiet ein Rückgang zu beobachten ist (vgl. **Abbildung 18**).
- Im Jahr 2009 haben nur 47 Prozent aller nordbayerischen Betriebe Investitionen getätigt. In Südbayern liegt der Anteil investierender Betriebe mit 53 Prozent aktuell rund 6 Prozentpunkte höher als in Nordbayern (vgl. **Abbildung 19**).
- Unter allen Betrieben mit Investitionen lag der Anteil an Betrieben, die 2009 in Grundstücke oder Gebäude, d. h. langfristiger, investiert haben mit 13 Prozent besonders niedrig (Vorjahr: 21 %; vgl. **Tabelle 17**). Insbesondere Klein- und Kleinstbetriebe haben mit 13 bzw. 9 Prozent kaum Investitionen in diesem Bereich getätigt.
- 37 Prozent der Betriebe und Dienststellen hatten für 2010 keine Investitionen geplant. Rund 12 Prozent aller bayerischen Betriebe berichten, dass sie ihre Investitionsvorhaben gegenüber der ursprünglichen Planung geändert haben (vgl. **Abbildung 20**).
- Der Anteil der Betriebe mit Innovationen lag 2009 mit 43 Prozent ungefähr auf dem Wert des Vorjahres (42 %). 41 Prozent aller bayerischen Betriebe haben Produktinnovationen getätigt. Ein leichter Rückgang ist beim Anteil der Betriebe mit Prozessinnovationen zu beobachten (14 %). Der Anteil an Betrieben mit Produkt- und Prozessinnovationen lag 2009 bei 12 Prozent (vgl. **Abbildung 21**).
- 33 Prozent aller bayerischen Betriebe berichten von Weiterentwicklungen bereits bestehender Produkte, weitere 22 Prozent von Sortimentserweiterungen und 10 Prozent von Marktneuheiten (vgl. **Tabelle 18**).
- Betrachtet man den Bereich der Prozessinnovationen, also die Durchführung von organisatorischen Änderungen in den vergangenen 2 Jahren, so zeigt sich, dass damit sehr häufig eine Verbesserung der Qualitätssicherung gemeint ist (18 %). Ebenfalls relativ häufig genannt wird auch die Neugestaltung der Beschaffungs- und Vertriebswege (10 %; vgl. **Abbildung 22**).
- Das Investitionsverhalten ist auch abhängig vom empfundenen Wettbewerbsdruck. Je höher der Wettbewerbsdruck, desto höher ist der Anteil an Betrieben, die Innovationen eingebracht haben (vgl. **Tabelle 19**).

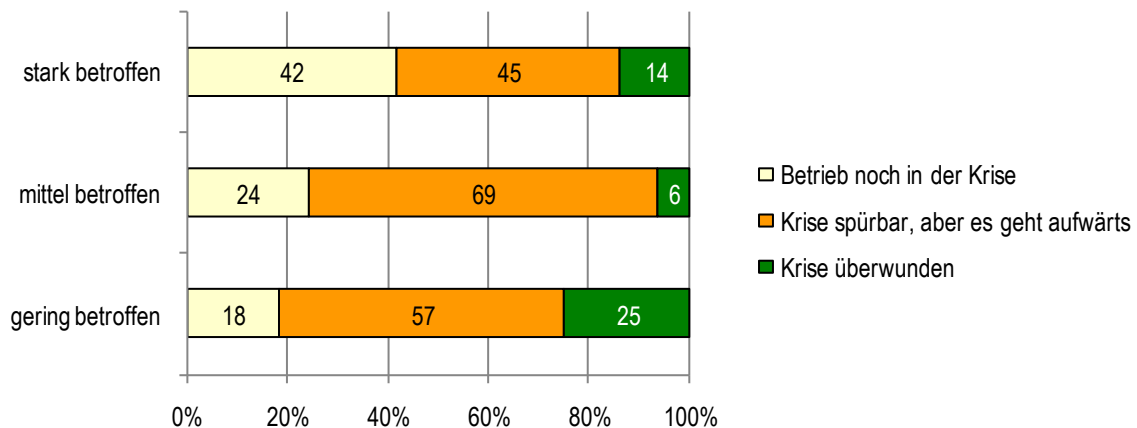
## 5. Vertiefende Auswertungen – „Bayerns Betriebe in der Krise“

Wie bereits im vergangenen Jahr werden die „normalen“ Auswertungen auch in diesem Jahr um weitere vertiefende Analysen ergänzt. Dabei soll unter anderem auch der Panelcharakter der Befragung intensiver genutzt werden und die üblichen Auswertungen im Querschnitt um einzelne Längsschnittauswertungen erweitert werden (vgl. Alda u. a. 2006). Darüber hinaus bietet dieses Kapitel Platz für weitergehende Analysen zu speziellen Fragestellungen.

Wie bereits im ersten Teil dieses Berichts beschrieben, hatte die Wirtschafts- und Finanzkrise der vergangenen Jahre auch deutliche Folgen für die bayerischen Betriebe (vgl. Kistler, Trischler 2011). In den bisherigen Analysen können dabei jedoch nur Strukturangaben getroffen werden. Aufgrund der aktuellen Entwicklungen sollen in diesem Kapitel insbesondere auch Verläufe der Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die bayerischen Betriebe näher beleuchtet werden. Betrachtet man die bayerischen Betriebe im Längsschnitt, so werden wichtige einzelne Aspekte der Krise im Detail darstellbar.

Zunächst muss berücksichtigt werden, dass die Krise nicht alle Betriebe in der gleichen Weise getroffen hat. Großbetriebe sind häufiger negativ betroffen; Kleinbetriebe die betroffen sind, geben dagegen eine stärkere Betroffenheit an und befinden sich auch gegenwärtig, respektive zum Befragungszeitpunkt 2010, häufiger noch in der Krise. Demgegenüber sehen viele der betroffenen größeren Betriebe die Krise bereits wieder als überwunden an. Erwartungsgemäß ist die Chance, die Krise überwunden zu haben davon abhängig, wie stark sich die Krise auf den jeweiligen Betrieb ausgewirkt hat. Demnach sind (nach eigenen Angaben) stark betroffene Betriebe zu 42 Prozent noch in der Krise. Bei gering betroffenen Betrieben sind dies nur 18 Prozent. Ein Viertel der Betriebe mit geringer Betroffenheit sehen die Krise dagegen bereits als überwunden an (vgl. Abb. 23).<sup>21</sup>

Abbildung 23: Einschätzung der aktuellen Situation nach Ausmaß der Krisenbetroffenheit (Angaben in Prozent)



<sup>21</sup> Aus Fallzahlgründen wurde die 5-stufige Frage zu drei Antwortkategorien „gering (1-2)“, „mittel (3)“ und „stark (4-5)“ zusammengefasst.

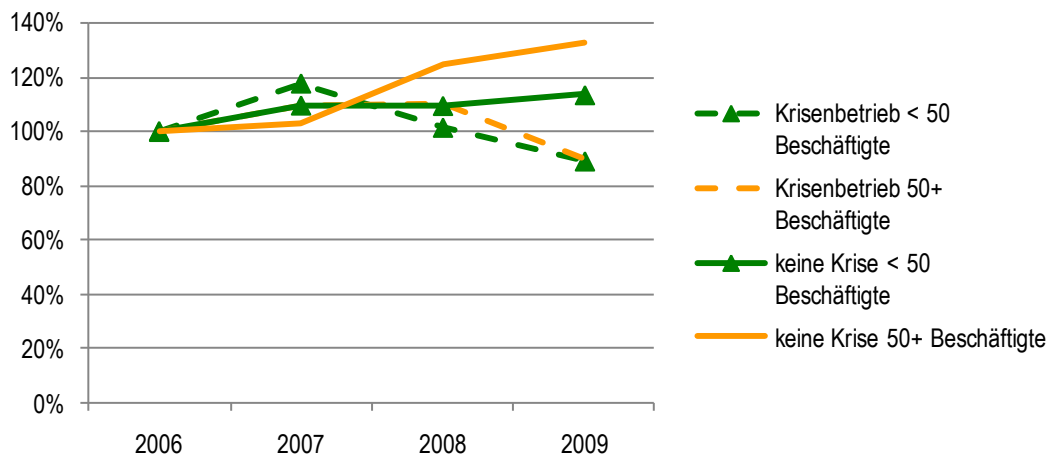
### 5.1 Umsatzentwicklung in Krisenbetrieben

Um die Auswirkungen der Krise einschätzen zu können ist zunächst von Interesse, welche Folgen die Krise für die Umsatzentwicklung der Betriebe gehabt hat. Abbildung 24 zeigt die Entwicklung des durchschnittlichen Umsatzes der bayerischen Betriebe seit 2006. Dabei wird nicht der Gesamtumsatz aller Betriebe betrachtet, sondern die Umsatzentwicklung der einzelnen Betriebe berechnet. Unterschieden werden kleinere Betriebe bis 50 Beschäftigte und größere Betriebe ab 50 Beschäftigten.

Kleinere Betriebe berichten demnach für das Jahr 2007 noch von einer positiven Umsatzentwicklung. Ab dem Jahr 2008 zeigen sich dagegen bei Krisenbetrieben sinkende Umsätze. Im Jahr 2008 lag der Umsatz bei kleineren Betrieben aber ungefähr noch auf dem Niveau von 2006, bei größeren Betrieben sogar noch leicht darüber. Nicht-Krisenbetriebe haben dagegen – erwartungsgemäß – im Durchschnitt keinen Umsatzrückgang zu verbuchen.

Im Jahr 2009 ist festzustellen, dass der Umsatz in Krisenbetrieben bei durchschnittlich 90 Prozent des Jahres 2006 lag, wohingegen Nicht-Krisenbetriebe ihren Umsatz im betrachteten Zeitraum 2006 bis 2009 um durchschnittlich 14 Prozent (Betriebe unter 50 Beschäftigten) bzw. 33 Prozent (Betriebe ab 50 Beschäftigten) steigern konnten. Die Krise hat sich somit deutlich negativ auf die Umsatzentwicklung der Betriebe ausgewirkt und zwar bis 2009 in etwa gleichem Maß bei großen wie kleinen Krisenbetrieben, bei den großen aber etwas zeitverzögert.

Abbildung 24: Durchschnittliche Umsatzentwicklung nach Krisenbetroffenheit und Betriebsgröße (Angaben in Prozent, 2006=100)



Neben der allgemeinen Frage nach der Krisenbetroffenheit kann im Jahr 2009 auch nach der Stärke der Betroffenheit differenziert werden. Dabei zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der Krisenbetroffenheit und der durchschnittlichen Umsatzentwicklung in den Jahren 2006 bis 2009. Betriebe die angeben, in geringem Maße von der Krise betroffen gewesen zu sein, haben demnach im Jahr 2009 durchschnittlich 5 Prozent weniger Umsatz gemacht als 2006. Bei Betrieben, die angeben in mittlerem Maße betroffen zu sein, ging der Umsatz um durchschnittlich 12 Prozent zurück, bei stark betroffenen Betrieben um 19 Prozent. Auf der anderen Seite haben Betriebe, die nicht von der Krise betroffen waren, ein Umsatzplus von durchschnittlich 20 Prozent zu verbuchen (vgl. Abb. 25).

Abbildung 25: Durchschnittliche Umsatzentwicklung 2006 bis 2009 nach Ausmaß der Krisenbetroffenheit (2006=100)

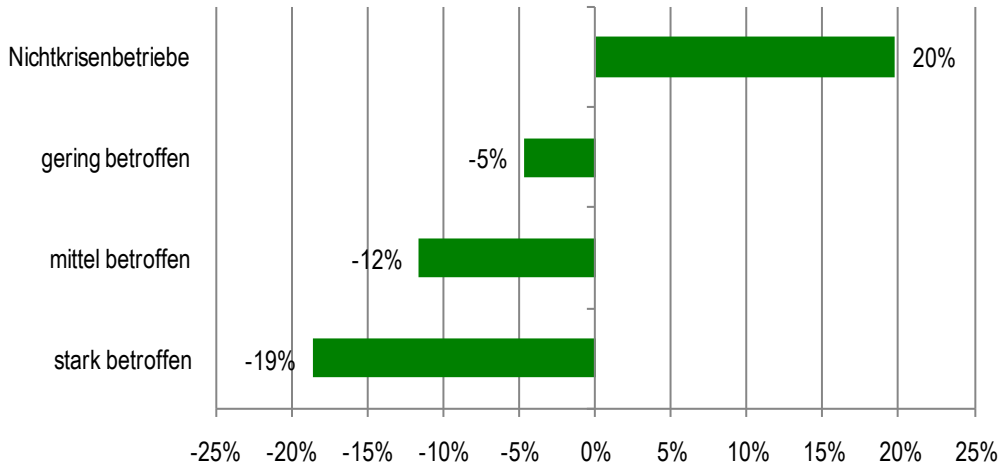
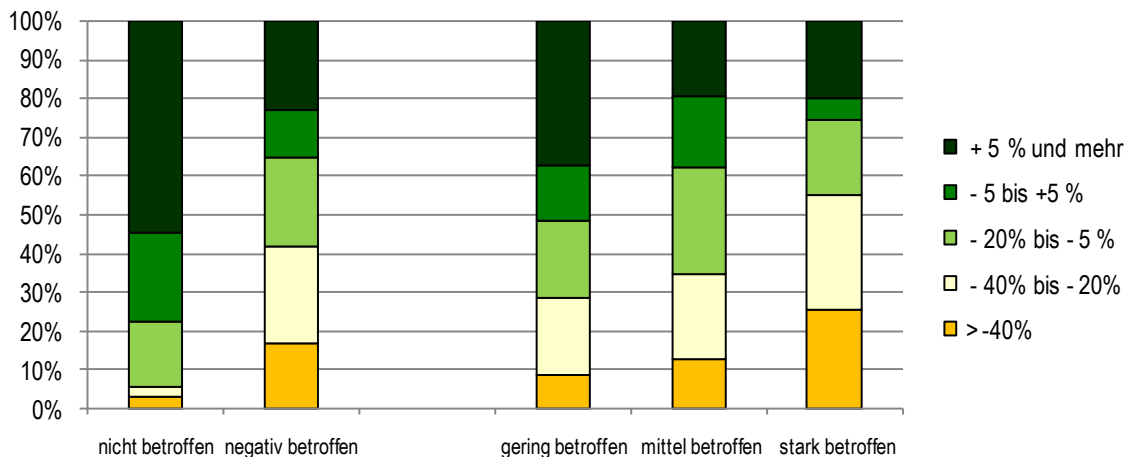


Abbildung 26 zeigt, wie sich die Umsatzentwicklung auf die einzelnen Betroffenheitsgruppen der Betriebe verteilt. Demnach haben 54 Prozent aller Betriebe ohne Krisenbetroffenheit ihren Umsatz gegenüber 2006 um mindestens 5 Prozent gesteigert, weitere 23 Prozent berichten von gleichbleibendem Umsatz. Bei von der Krise negativ betroffenen Betrieben berichten dagegen nur 23 Prozent von einer deutlichen Umsatzsteigerung, 12 Prozent berichten von gleichbleibenden Umsätzen. Fast zwei Drittel aller Betriebe die von der Krise betroffen waren berichten von einem Umsatzrückgang um mindestens 5 Prozent. Betriebe, die angeben stark negativ von der Krise betroffen zu sein, haben sogar zu 55 Prozent Umsatzeinbußen von mehr als 20 Prozent, davon 25 Prozent sogar von 40 und mehr Prozent gegenüber dem Jahr 2006 zu verbuchen.

Abbildung 26: Verteilung der durchschnittlichen Umsatzentwicklung 2006 bis 2009 nach Ausmaß der Krisenbetroffenheit (Umsatz 2006 = 100%)

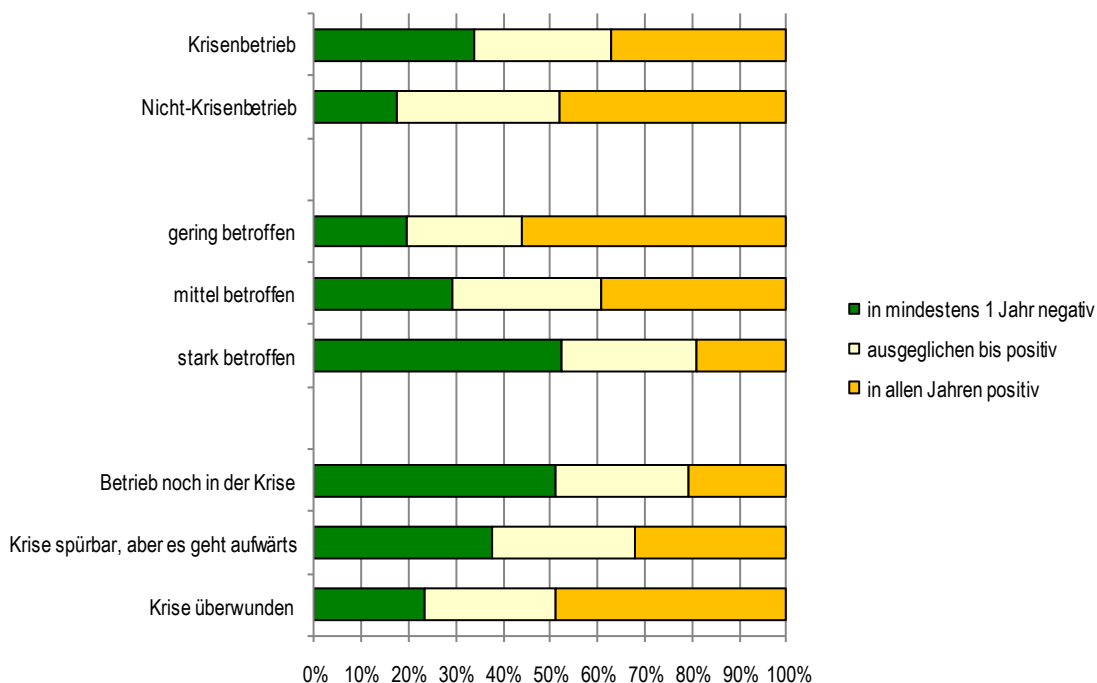


Entscheidend ist neben der allgemeinen Krisenbetroffenheit somit insbesondere wie stark sich die Krise auf die einzelnen Betriebe ausgewirkt hat. Die Mehrheit der krisenbetroffenen Betriebe haben jedoch einen Rückgang des Umsatzes von mehr als 5 Prozent zu verbuchen. Bedenkt man, dass fast zwei von fünf bayerischen Betrieben berichten, negativ von der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen worden zu sein, wird demnach deutlich, wie stark sich die Krise auf die bayerischen Betriebe ausgewirkt hat. Dar-

über hinaus ist anzunehmen, dass sich die Krise nicht nur auf den Umsatz ausgewirkt hat, sondern auch weitergehende Folgen für die Betriebe hat.

Betrachtet man das Jahresergebnis der Betriebe, so zeigt sich, dass von der Krise betroffene Betriebe mit 34 Prozent deutlich häufiger in mindestens einem Jahr zwischen 2006 und 2009 ein negatives Jahresergebnis hatten als Nicht-Krisenbetriebe (17 %). Nur 37 Prozent der Krisenbetriebe hatten in allen Jahren ein positives Jahresergebnis – bei den Nicht-Krisenbetrieben waren das immerhin 48 Prozent. Darüber hinaus ist auch bei dieser Betrachtung die Stärke der Krisenbetroffenheit entscheidend: Betriebe die nur in geringem Maße betroffen waren, berichten „nur“ zu 20 Prozent von einem negativen Jahresergebnis, Betriebe die stark betroffen waren hingegen zu über der Hälfte (53 %). Auch fällt auf, dass Betriebe, bei denen die Krise nach eigenen Angaben noch spürbar ist, deutlich häufiger mindestens einmal im betreffenden Zeitraum ein negatives Jahresergebnis hatten. Betriebe welche die Krise im Jahr 2010 bereits als überwunden ansehen, hatten sogar zur Hälfte in allen Jahren zwischen 2006 und 2009 ein positives Jahresergebnis.

Abbildung 27: Jahresergebnis 2006 bis 2009 nach Krisenbetroffenheit (Angaben in Prozent)



Die Ertragslage der Betriebe wird im IAB-Betriebspanel mittels subjektiver Einschätzung (Schulnoten) ermittelt. Abbildung 28 zeigt die Entwicklung dieser Einschätzung in den vergangenen vier Jahren nach der Krisenbetroffenheit. Erwartungsgemäß kann festgestellt werden, dass Krisenbetriebe im Jahr 2009 jeweils zu einer durchschnittlich schlechteren Einschätzung der Ertragslage kommen. Auffällig ist jedoch die unterschiedliche Entwicklung in den vergangenen Jahren. So kamen größere Betriebe ab 50 Beschäftigten im Jahr 2006 zu einer ähnlichen Einschätzung der Ertragslage, bei einem Wert von 2,4 (Krisenbetriebe) bzw. 2,6 (Nicht-Krisenbetriebe). Demnach bewerten größere Krisenbetriebe ihre Ertragslage im Jahr 2006, aber auch noch 2007 durchschnittlich sogar leicht besser ein als größere Nicht-Krisenbetriebe. In den Jahren 2008 und 2009 zeigt sich dagegen bei Krisenbetrieben eine deutlich schlechtere Bewertung (2,8 bzw. 3,5). Nicht-Krisenbetriebe ab 50 Beschäftigten schätzen ihre Ertrags-

lage dagegen mit einem durchschnittlichen Wert von 2,5 sogar geringfügig besser ein als im Ausgangsjahr 2006.

Bei kleineren Betrieben zeigt sich dagegen ein völlig anderes Bild: Krisenbetriebe mit weniger als 50 Beschäftigten kamen hinsichtlich ihrer Ertragslage bereits im Jahr 2006, vor der Krise, zu einer deutlich schlechteren Einschätzung von 3,0 gegenüber 2,6 bei Nicht-Krisenbetrieben. Während dieser Wert bis 2008 nur geringfügig schwankt ist im Jahr 2009 eine deutliche Verschlechterung der Einschätzung der Ertragslage bei kleineren Betrieben auf 3,7 zu beobachten. Bei Nicht-Krisenbetrieben hat sich die durchschnittliche Einschätzung der Ertragslage bis 2009 auf einen Wert von 2,5 leicht verbessert. Zumindest hinsichtlich der Ertragslage ist somit anzunehmen, dass kleinere Betriebe die von der Krise betroffen sind, schon vorher in einer schwierigen Lage waren.

Abbildung 28: Einschätzung der durchschnittlichen Ertragslage 2006 bis 2009 nach Krisenbetroffenheit (1= sehr gut, 5=mangelhaft)

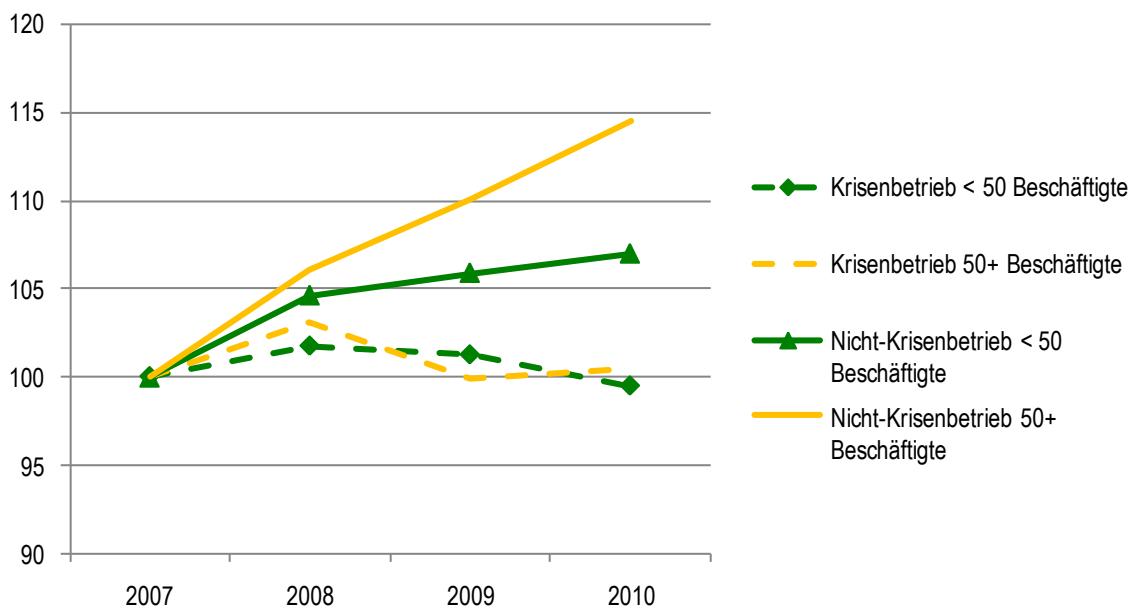


## 5.2 Beschäftigungsentwicklung in Krisenbetrieben

Wie bereits in den vorangegangenen Kapiteln beschrieben, hat sich die Krise auch auf die Beschäftigtenzahlen im Freistaat und insbesondere auch auf die Struktur der Beschäftigten ausgewirkt. Betrachtet man die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen 2007 bis 2010 im Längsschnitt, so ist festzustellen, dass Krisenbetriebe – wie erwartet – häufiger von sinkenden bzw. stagnierenden Beschäftigtenzahlen berichten. Berechnet wird dabei jeweils die durchschnittliche Entwicklung der Beschäftigtenzahlen in Prozent. Demnach hat die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten in Nicht-Krisenbetrieben ab 50 Beschäftigten (2010) in den vergangenen vier Jahren durchschnittlich um 15 Prozent zugenommen. Bei Krisenbetrieben der gleichen Größenklasse sind dagegen im Mittel stagnierende Beschäftigtenzahlen zu beobachten (vgl. Abb. 29).

Nicht-Krisenbetriebe mit unter 50 Beschäftigten (2010) berichten ebenfalls von einem Anstieg der Beschäftigtenzahl um durchschnittlich 7 Prozent je Betrieb. Bei Nichtkrisenbetrieben sind bis 2008 zunächst steigende Beschäftigtenzahlen zu beobachten. 2009 und 2010 sind die Beschäftigtenzahlen dagegen wieder gesunken und liegen 2010 im Durchschnitt aller Betriebe knapp unter dem Ausgangsniveau des Jahres 2007.

Abbildung 29: Durchschnittliche Beschäftigungsentwicklung nach Krisenbetroffenheit und Betriebsgröße (Angaben in Prozent, 2007=100)



Betrachtet man die Beschäftigungsentwicklung seit dem Jahr 2007 so hat sich die Krise in den Belegschaften vieler Betriebe deutlich niedergeschlagen. Insgesamt haben seit 2007 rund 32 Prozent aller bayerischen Betriebe Personal abgebaut. 26 Prozent berichten von gleichbleibendem Personalbestand (+/- 2 Prozent) und 42 Prozent von gestiegenen Beschäftigtenzahlen (vgl. Tabelle 20).

Berücksichtigt man die Betroffenheit durch die Wirtschafts- und Finanzkrise, so lassen sich deutliche Unterschiede erkennen: Betriebe die nach Angaben der Personalverantwortlichen nicht von der Krise betroffen waren, berichten immerhin zu 27 Prozent von sinkendem Personalbestand. Auf der anderen Seite haben die Beschäftigtenzahlen bei 42 Prozent dieser Betriebe seit dem Jahr 2007 zugenommen. Demgegenüber berichten Betriebe, die von der Krise betroffen sind bzw. waren, mit 40 Prozent deutlich häufiger von sinkenden Beschäftigtenzahlen. Nur 35 Prozent dieser Betriebe geben für den betreffen-

den Zeitraum eine gestiegene Beschäftigtenzahl an. In jeweils rund einem Viertel alle Betriebe ist der Personalbestand ungefähr gleich geblieben (+/- 2 %).

Tabelle 20: Beschäftigungsentwicklung 2007 bis 2010 nach Krisenbetroffenheit (Angaben in Prozent)

	Gesamt	Nicht-Krisenbetriebe	Krisenbetriebe	darunter: negativ be- troffen
gesunken	32	27	40	42
gleich geblieben (+/- 2%)	26	26	25	25
gestiegen	42	47	35	33
	100	100	100	100

Darüber hinaus zeigt sich deutlich, dass die Betriebe umso häufiger Personal abgebaut haben, je stärker sie negativ von der Krise betroffen waren. Betriebe mit starker Betroffenheit haben demnach zur Hälfte Personal abgebaut, bei Betrieben mit geringer Betroffenheit waren es dagegen nur 31 Prozent. Während Betriebe mit geringer Betroffenheit sogar häufig von gesteigener Beschäftigtenzahl berichten (53 %), sind dies bei Betrieben mit starker Betroffenheit nur 27 Prozent (vgl. Tabelle 21).

Betriebe die noch in der Krise sind, haben demnach zu 31 Prozent Personal abgebaut, Betriebe bei denen es bereits aufwärts geht dagegen zu 47 Prozent. Betriebe welche die Krise überwunden haben, berichten zu 41 Prozent von sinkenden Beschäftigtenzahlen, zu 47 Prozent von gestiegenen Beschäftigtenzahlen.

Tabelle 21: Beschäftigungsentwicklung 2007 bis 2010 nach Ausmaß der Krisenbetroffenheit und aktueller Lage (Angaben in Prozent)

	Ausmaß der Betroffenheit			Gegenwärtige Situation des Betriebs		
	gering	mittel	stark	Betrieb noch in der Krise	Krise spürbar, aber es geht aufwärts	Krise überwunden
gesunken	31	40	49	31	47	41
gleich geblieben (+/- 2%)	16	31	24	39	24	12
gestiegen	53	30	27	30	29	47
Gesamt	100	100	100	100	100	100

Auffällig ist, dass Betriebe, welche die Krise überwunden haben bzw. bei denen es aufwärts geht, häufiger angeben, dass sie Personal abgebaut haben, als Betriebe die noch in der Krise sind. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass Betriebe die noch in der Krise sind, häufiger auch stärker von der Krise betroffen waren (s.o.). Darüber hinaus, sind die noch in der Krise steckenden Betriebe häufig auch Klein- und Kleinstbetriebe, die tendenziell weniger Möglichkeiten haben, die Beschäftigtenzahlen zu verändern.

Relativ klar ist jedoch, dass eine Überwindung der Krise bei den meisten Betrieben auch mit einer Veränderung des Personalbestands einhergeht. Nur 12 Prozent aller Betriebe, welche die Krise bereits überwunden haben, berichten von gleichbleibenden Personalzahlen.

Neben der Beschäftigungsentwicklung insgesamt ist – nicht zuletzt in Anbetracht der allgemeinen Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse in Bayern (vgl. Baumann et al 2011) – insbesondere auch die Entwicklung des Anteils an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen von besonderem Interesse. Grundsätzlich ist zu beobachten, dass bei 41 Prozent aller bayerischen Betriebe

seit dem Jahr 2007 der Anteil sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse abgenommen hat. Demgegenüber berichten 36 Prozent aller Betriebe im Freistaat von einer Zunahme des Anteils sozialversicherungspflichtig Beschäftigter; bei 23 Prozent ist der Anteil ungefähr gleich geblieben.

Betriebe die nicht von der Krise betroffen waren, geben in geringem Maß, zu 37 Prozent, einen gesunkenen Anteil sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung an. Krisenbetriebe berichten dagegen mit 43 Prozent etwas häufiger, dass der Anteil sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung an allen Beschäftigten seit dem Jahr 2007 abgenommen hat (vgl. Tabelle 22). Ein sinkender Anteil von sozialversicherungspflichtigen an allen Beschäftigten beschränkt sich als nicht nur auf Krisenbetriebe; er ist bei diesen nur etwas häufiger.

Dabei zeigt sich, dass bei Betrieben die noch in der Krise sind und auch bei Betrieben in denen die Krise zwar noch spürbar ist, es insgesamt aber aufwärts geht, der Anteil an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen an allen Beschäftigten häufig gesunken ist (43 bzw. 39 Prozent). Aber auch Betriebe, welche die Krise bereits überwunden haben, geben mit 47 Prozent häufig einen Rückgang des Anteils der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an. Andererseits ist ihr Anteil aber auch bei 41 Prozent dieser Betriebe angestiegen. Zumindest tendenziell führt die Krise somit häufiger zu einer relativen Abnahme des Anteils sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse.

Tabelle 22: Entwicklung des Anteils sozialversicherungspflichtig Beschäftigter an allen Beschäftigten in Krisenbetrieben (Angaben in Prozent)

	Nicht-Krisenbetrieb	Krisenbetrieb	darunter: Betrieb noch in der Krise	Krise spür- bar, aber es geht auf- wärts	Krise über- wunden
gesunken	37	43	43	39	47
gleich	25	22	28	26	12
gestiegen	38	35	30	35	41
Gesamt	100	100	100	100	100

### 5.3 Investitionsverhalten in der Krise

Betrachtet man die Investitionen der Betriebe so ist aktuell ein deutlicher Einbruch zu beobachten (vgl. Kapitel 4). Es ist naheliegend, dies als eine Auswirkung der Krise zu interpretieren. Im Folgenden soll diese Entwicklung etwas näher betrachtet werden.

Entscheidend für die Einschätzung der Investitionstätigkeit der bayerischen Betriebe ist nicht nur die Summe der Investitionen, sondern insbesondere auch die Investitionsquote, der Anteil der Investitionen am Umsatz. Um diese Entwicklung besser einschätzen zu können, werden im Folgenden nur Längsschnitt-Betriebe betrachtet, die 2007 bis 2010 befragt wurden, für die also (aufgrund der retrospektiven Befragung) in den Jahren 2006 bis 2009 Informationen zur Entwicklung der Investitionen vorliegen. Die Zahl der Beschäftigten wurde nach dem aktuellsten Stand vom Juni 2010 abgegrenzt.

Wie Tabelle 23 zeigt, hat die durchschnittliche Investitionsquote bei den 2007 bis 2010 befragten bayerischen Betrieben seit 2007 deutlich abgenommen. Demnach lag die durchschnittliche Investitionsquote in den bayerischen Betrieben im Jahr 2007 bei 4,4 Prozent. Im Jahr 2009 ist die Investitionsquote im Vergleich dazu um 0,5 Prozentpunkte auf 3,9 Prozent gesunken. Berücksichtigt man die Betriebsgröße, so ist festzustellen, dass Betriebe mit weniger als 50 Beschäftigten eine deutlich höhere Investitionsquote aufweisen. Im Jahr 2009 haben diese Betriebe durchschnittlich 4,3 Prozent ihres Geschäftsvolumens investiert, ungefähr genauso viel wie im Jahr 2006. Bei Betrieben ab 50 Beschäftigten ist dagegen zwischen 2007 und 2009 ein starker Einbruch der Investitionsquote von 5,4 auf 3,1 Prozent festzustellen.

Tabelle 23: Investitionsquote 2006 bis 2009 (Anteil der Investitionen am Geschäftsvolumen)

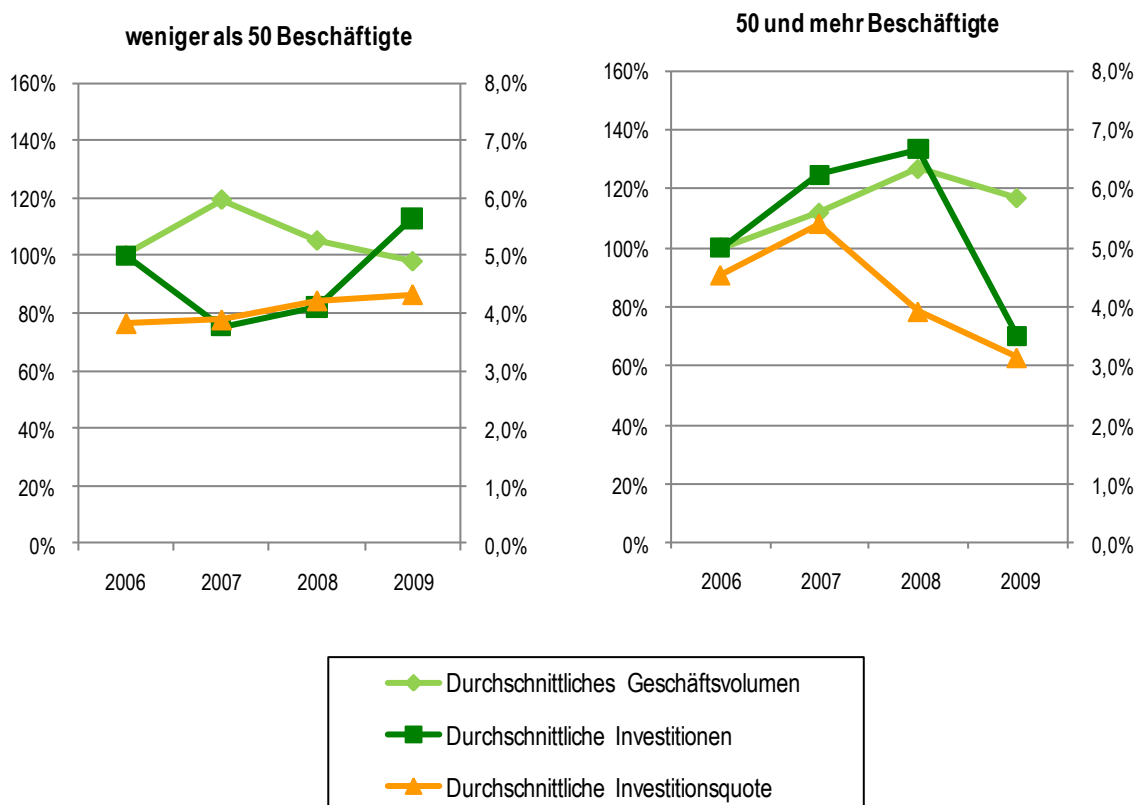
	2006	2007	2008	2009
< 50 Beschäftigte	3,8	3,9	4,2	4,3
50+ Beschäftigte	4,5	5,4	3,9	3,1
Insgesamt	4,1	4,4	4,1	3,9

Die durchschnittliche Investitionssumme pro Betrieb ist im Jahr 2009 deutlich gesunken. In den Vorjahren haben die 2007 bis 2010 befragten bayerischen Betriebe durchschnittlich rund 4,7 Mio. Euro investiert, 2009 nur noch 2,5 Mio. Euro. Wie bereits in Kapitel 4 gezeigt, ist dieser Rückgang fast ausschließlich auf größere Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten zurückzuführen. Gleichzeitig kann festgestellt werden, dass das durchschnittliche Geschäftsvolumen dieser Betriebe in den Jahren 2006 bis 2008 deutlich gestiegen ist, im Jahr 2009 jedoch ein Rückgang zu beobachten ist. Die Investitionen sind dabei allerdings viel stärker gesunken als das Geschäftsvolumen insgesamt.

Interessanterweise ist zu beobachten, dass die durchschnittlichen Investitionen je Betrieb bei Kleinbetrieben in den Jahren 2007 und 2008 zunächst niedriger lagen als im Ausgangsjahr 2006 (vgl. Darstellung 5.12). Das durchschnittliche Geschäftsvolumen je Betrieb ist indes nur 2007 gestiegen, in den folgenden Krisenjahren jedoch wieder gesunken. Dennoch ist die durchschnittliche Investitionsquote bei diesen Betrieben kontinuierlich angestiegen, d.h. kleinere Betriebe in Bayern haben in den vergangenen Jahren einen immer größeren Anteil ihres Geschäftsvolumens investiert. Insgesamt ist die Investitionsquote bei den betrachteten Betrieben von 3,8 auf 4,3 Prozent angestiegen.

Bei größeren Betrieben zeigt sich dagegen ein anderes Bild: Das durchschnittliche Geschäftsvolumen je Betrieb ist bei diesen Betrieben noch bis 2008 deutlich gestiegen und erst 2009 leicht gesunken. Die durchschnittlichen Investitionen je Betrieb haben – analog zur Entwicklung des Geschäftsvolumens – bis 2008 ebenfalls zugenommen, sind jedoch 2009 drastisch eingebrochen auf nur noch 70 Prozent des Niveaus von 2006. Die durchschnittliche Investitionsquote bei diesen größeren Betrieben ist nach einem Anstieg 2007 bereits 2008 deutlich gesunken. 2009 lag die Investitionsquote bei Betrieben mit 50 und mehr Beschäftigten bei nur 3,1 Prozent (2006: 4,5 %).

Abbildung 30: Geschäftsvolumen, Investitionen und Investitionsquote im Längsschnitt 2006 bis 2009 (Geschäftsvolumen und Investitionen in Prozent, 2006=100)



Betrachtet man zusätzlich die Krisenbetroffenheit, so ist festzustellen, dass sich die Investitionen unabhängig von der Krisenbetroffenheit reduziert haben. Um die Veränderung des Investitionsverhaltens beobachten zu können, werden nur Betriebe betrachtet die im Jahr 2006 Investitionen getätigt haben (ca. 68 Prozent der beobachteten Betriebe). Demnach haben 72 Prozent aller bayerischen Betriebe 2009 weniger Investitionen getätigt als im Jahr 2006. Bei 5 Prozent ist die Investitionsaktivität ungefähr gleich geblieben (+/-10 Prozent), 23 Prozent berichten von gestiegenen Investitionen. Differenziert nach Betriebsgröße und Krisenbetroffenheit ist dabei kein eindeutiger Befund festzustellen. Betriebe mit weniger als 50 Beschäftigten berichten aber generell von sinkenden Investitionen, fast vier von fünf Betrieben haben 2009 seltener investiert als 2006. Dabei ist zu berücksichtigen, dass kleinere Betriebe nicht jedes Jahr investieren und der Vergleich mit 2006 somit nur einen Ausschnitt darstellt. In der Summe ist bei Kleinbetrieben kaum ein Rückgang der Investitionsaktivität zu beobachten. Betrachtet man Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten ist dagegen festzustellen, dass Krisenbetriebe erstaunlicherweise sogar

seltener von sinkenden Investitionen berichten. Rund ein Drittel der Krisenbetriebe berichtet sogar von gestiegenen Investitionen, gegenüber 24 Prozent bei Nicht-Krisenbetrieben. Hinzu kommt, dass Nicht-Krisenbetriebe im Jahr 2006 deutlich seltener Investitionen getätigt haben (vgl. Tabelle 24).

Tabelle 24 :Investitionsaktivität 2009 gegenüber 2006 nach Krisenbetroffenheit und Betriebsgröße (Angaben in Prozent)

		Krisenbetriebe	Nicht-Krisenbetriebe
< 50 Beschäftigte	gesunken	78	77
	gleich	2	4
	gestiegen	19	20
	Gesamt	100	100
	keine Investitionen 2006	30	38
50+ Beschäftigte	gesunken	57	71
	gleich	10	5
	gestiegen	33	24
	Gesamt	100	100
	keine Investitionen 2006	6	26

Die Analysen belegen, dass die Investitionsaktivität insbesondere bei größeren Betrieben absolut und auch relativ zum Geschäftsvolumen im vergangenen Jahr deutlich gesunken ist. Nach dem Ausmaß der Krisenbetroffenheit ist dagegen kein eindeutiges Bild zu erkennen. Dabei haben Krisenbetriebe nicht weniger, bei größeren Betrieben tendenziell sogar häufiger investiert als Nicht-Krisenbetriebe. Umgekehrt, berichten Nicht-Krisenbetriebe schon im Ausgangsjahr von geringerer Investitionsaktivität. Es ist naheliegend, dass das sinkende Investitionsverhalten nicht in erster Linie von der Krisenbetroffenheit abhängig ist. Vielmehr ist anzunehmen, dass die Betriebe in Anbetracht der Wirtschafts- und Finanzkrise unabhängig von der eigenen Betroffenheit allgemein weniger investiert haben.

#### 5.4 Ausgliederung und Ausgründung von Betriebsteilen

Manche Ereignisse lassen sich auf Basis der jährlichen Stichproben des IAB-Betriebspanels nur schwer darstellen. Dazu zählen neben den langfristigen Entwicklungen insbesondere Ereignisse, die bei jährlichen Daten nicht bzw. nur vereinzelt (als „seltene“ Ereignisse) zu beobachten sind, wie beispielsweise die Ausgliederung, Ausgründung und Schließung von Betriebsteilen. So geben in der aktuellen Befragung des Betriebspanels nur 2 Prozent aller Betriebe einen dieser Punkte an. Auf Jahresbasis spielen die Schließung, Ausgründung und Ausgliederung von Betriebsteilen somit eine eher untergeordnete Rolle. In längerfristiger Perspektive ändert sich das Bild jedoch: Jeder zehnte bayerische Betrieb hat in den Jahren 2006 bis 2009 Teile des Betriebs ausgegliedert, ausgegründet oder geschlossen.

Ausgliederungen und Ausgründungen kamen bei 7 Prozent aller Betriebe vor, 4 Prozent berichten von der Schließung von Betriebsteilen. Rund 1 Prozent aller Betriebe berichtet im beobachteten Zeitraum von Ausgliederungen bzw. Ausgründungen und der Schließung von Betriebsteilen (vgl. Tabelle 25).

Daneben lässt sich zeigen, dass Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten mit 14 Prozent häufiger angeben Betriebsteile ausgegliedert, ausgegründet oder geschlossen zu haben. Bei kleineren Betrieben waren es dagegen nur 7 Prozent. Auch ist festzustellen, dass größere Betriebe deutlich häufiger von Ausgliederungen und Ausgründungen berichten als von der Schließung von Betriebsteilen. Bei kleine-

ren Betrieben ist die Verteilung dagegen nahezu ausgeglichen. Darüber hinaus lässt sich zeigen, dass Ausgliederungen und Ausgründungen in Südbayern häufiger vorkamen, während in Nordbayern häufiger von der Schließung von Betriebsteilen berichtet wird.

Nach Branchen differenziert zeigt sich, dass Ausgliederungen und Ausgründungen insbesondere im Handel- und Reparaturgewerbe (9 %), aber auch im Produzierenden Gewerbe (8 %) zu beobachten sind. Bei den Organisationen ohne Erwerbszweck/öffentl. Verwaltung (5 %) und dem Dienstleistungssektor (4 %) ist dies hingegen seltener zu beobachten. Die Schließung von Betriebsteilen ist dagegen lediglich im Produzierenden Gewerbe etwas seltener zu beobachten.

Tabelle 25: Anteil der Betriebe mit Ausgliederung/Ausgründung oder Schließung von Betriebsteilen in den Jahren 2006 bis 2009

	Ausgliederung/ Ausgründung oder Schließung	Ausgliederung/ Ausgründung	Schließung
Insgesamt	10	7	4
Nord-Bayern	9	5	5
Süd-Bayern	9	7	3
< 50 Beschäftigte	7	4	3
50+ Beschäftigte	14	11	4
Handel und Reparatur	9	9	5
Produzierendes Gewerbe	10	8	3
Dienstleistungen im engeren Sinne	8	4	4
Org. ohne Erwerb./Öff. Verwaltung	9	5	5

Bei der Ausgliederung und Ausgründung von Betriebsteilen ist es darüber hinaus von besonderem Interesse, in welchem Maße die betroffenen Betriebsteile im Inland verbleiben oder aber ins Ausland ausgegliedert werden. Da diese Unterscheidung nur für die Jahre 2006 und 2009 getroffen werden kann, fällt der Anteil an Betrieben, die überhaupt von Ausgliederungen und Ausgründungen berichten, mit 7 Prozent entsprechend gering aus. Es zeigt sich, dass der größte Anteil der betroffenen Betriebsteile im Inland ausgegliedert wird (3 %). Ausgliederungen ins Ausland kommen dagegen nur bei 1 Prozent aller Betriebe vor und ausschließlich bei größeren Betrieben im produzierenden Gewerbe.

Getrennt nach Rechtsform zeigt sich, dass sowohl Ausgliederungen und Ausgründungen als auch Schließungen insbesondere bei Kapitalgesellschaften zu beobachten sind, wobei die Zahl der beobachteten Betriebe hier sehr gering ist. Grundsätzlich ist aber festzustellen, dass Einzelunternehmen und Personengesellschaften eher seltener von Ausgliederungen, Ausgründungen oder Schließungen berichten (vgl. Tabelle 26; die geklammerten Werte in der Tabelle weisen auf recht geringe Fallzahlen hin).

Daneben zeigt sich, dass managementgeführte Betriebe (19 %) häufiger von der Schließung von Betriebsteilen berichten (8 %). Gegenüber Betrieben, die von den Eigentümern geleitet werden sind hier auch häufiger Ausgliederungen und Ausgründungen festzustellen. Betriebe, die sowohl von einem Manager als auch vom Eigentümer geführt werden, berichten im beobachteten Zeitraum – bei geringer Fallzahl – am häufigsten von der Ausgliederung bzw. Ausgründung von Betriebsteilen (16 %).

Tabelle 26: Anteil der Betriebe mit Ausgliederung/Ausgründung oder Schließung von Betriebsteilen in den Jahren 2006 bis 2009 nach Rechtsform und Geschäftsleitung

	Ausgliederung/ Ausgründung oder Schlie- ßung	Ausgliederung/ Ausgründung	Schließung
<b>Rechtsform</b>			
Einzelunternehmen	6	3	4
Personengesellschaft	(0)	(0)	(0)
GmbH/GmbH&Co. KG	10	7	4
Kapitalgesellschaft	(29)	(25)	(13)
Körpersch. d. öffentl. Rechts	12	8	4
Sonstige Rechtsform	13	10	2
<b>Geschäftsführung/-leitung</b>			
Eigentümer	4	2	2
Manager	19	13	8
Beides	(16)	(16)	(5)

Betrachtet man die Krisenbetriebe, so zeigt sich, dass diese häufiger von der Ausgliederung/Ausgründung oder der Schließung von Betriebsteilen in den Jahren 2006 bis 2009 berichten als Nicht-Krisenbetriebe (vgl. Tabelle 27). Dabei ist allerdings auch zu berücksichtigen, dass Krisenbetriebe häufiger größere Betriebe sind.

Hinsichtlich des Ausmaßes der Krisenbetroffenheit fällt auf, dass Betriebe mit geringer Krisenbetroffenheit nur zu 2 Prozent von Schließungen berichten, dafür aber zu 15 Prozent von Ausgliederungen bzw. Ausgründungen. Stark betroffene Betriebe berichten dagegen deutlich seltener von Ausgliederungen und Ausgründungen (5 %), aber häufiger von der Schließung von Betriebsteilen (6 %).

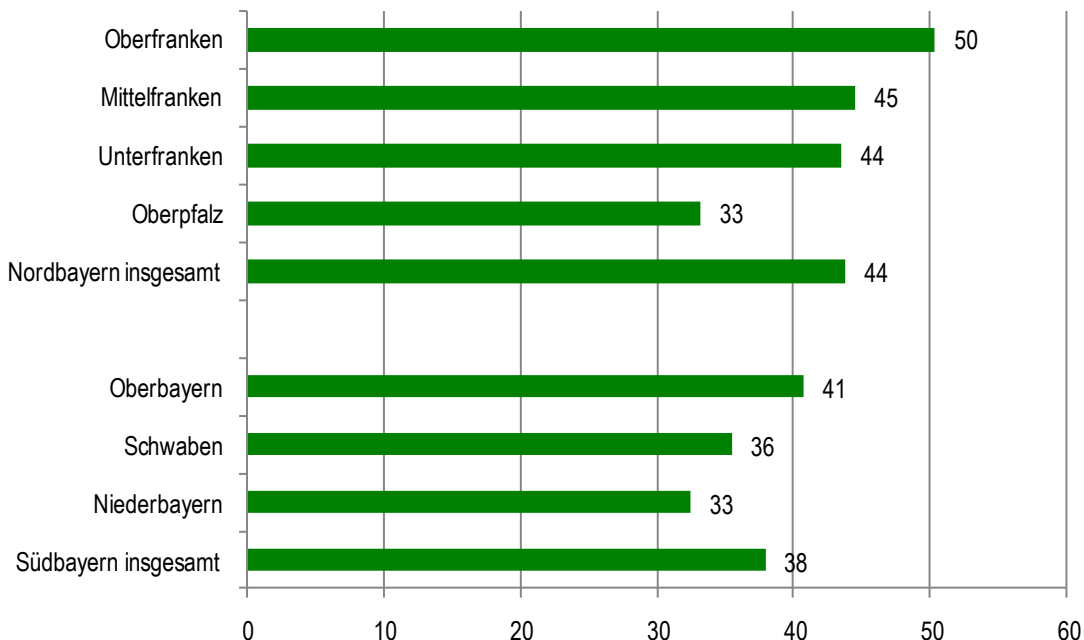
Tabelle 27 Anteil der Betriebe mit Ausgliederung/Ausgründung oder Schließung von Betriebsteilen in den Jahren 2006 bis 2009 nach Krisenbetroffenheit

	Ausgliederung/Ausgründung oder Schließung	Ausgliederung/ Ausgründung	Schließung
Krisenbetrieb	11	7	5
Nicht-Krisenbetrieb	8	5	3
gering betroffen	17	15	2
mittel betroffen	11	7	7
stark betroffen	11	5	6

### 5.5 Die Krise in Bayerns Regionen

Die krisenbetroffenen Betriebe verteilen sich auch unterschiedlich auf die bayerischen Regionen, wodurch einzelne Regionen stärker oder schwächer von den Folgen der Krise betroffen sind. Grundsätzlich muss festgestellt werden, dass nordbayerische Betriebe mit 44 Prozent häufiger berichten, von der Krise betroffen zu sein, als südbayerische Betriebe (38 %). In Nordbayern sind insbesondere Betriebe des Regierungsbezirks Oberfranken (50 %) von der Krise betroffen. In der Oberpfalz sind dagegen nur rund 33 Prozent aller Betriebe von der Krise betroffen. In Südbayern sind vor allem Betriebe im Regierungsbezirk Oberbayern (41 %) betroffen, in Schwaben (33 %) und Niederbayern (36 %) sind dagegen weniger Betriebe betroffen (vgl. Abb. 31).

Abbildung 31: Anteil krisenbetroffener Betriebe in den bayerischen Regierungsbezirken (Angaben in Prozent)



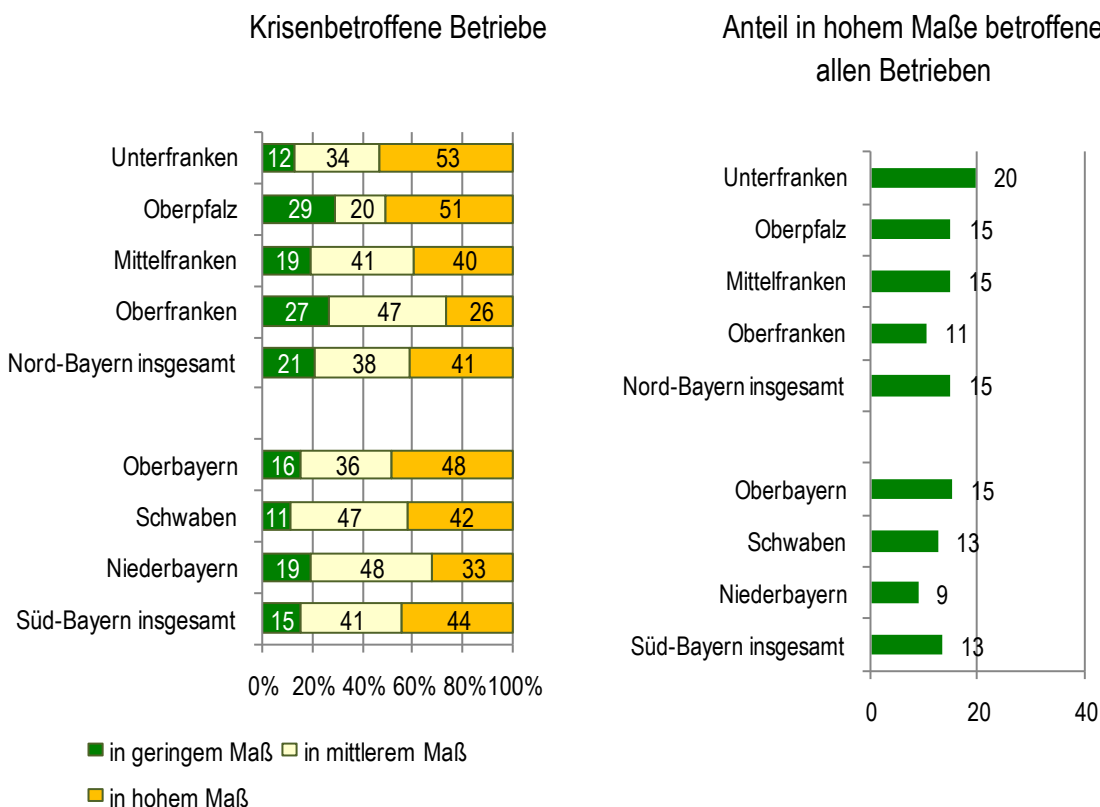
Darüber hinaus zeigt sich, dass in Nordbayern Betriebe im Verdichtungsraum mit 49 Prozent deutlich häufiger angeben von der Krise betroffen zu sein, als im ländlichen (38 %) bzw. im schwachstrukturierten Raum (40 %). In Südbayern liegt der Anteil an krisenbetroffenen Betrieben in Verdichtungsräumen

mit 41 Prozent dagegen ungefähr auf dem Niveau des ländlichen Raums (39 %). Im schwachstrukturierten Raum Südbayerns ist dagegen ein deutlich geringerer Anteil der Betriebe von der Krise betroffen (32 %).

Betrachtet man das Ausmaß der Krisenbetroffenheit, so kann festgestellt werden, dass Betriebe in Oberfranken zwar am häufigsten betroffen sind, darunter geben jedoch mit 26 Prozent vergleichsweise wenige Betriebe an, in hohem Maße betroffen zu sein (vgl. Abb. 32). Bezogen auf alle Betriebe sind in Oberfranken nur 15 Prozent aller Betriebe in hohem Maße von der Krise betroffen. In Unterfranken gibt dagegen – bezogen auf alle Betriebe – jeder fünfte Betrieb an, in hohem Maß von der Krise betroffen zu sein.

In Südbayern ist dagegen festzustellen, dass Betriebe im Regierungsbezirk Oberbayern nicht nur am häufigsten überhaupt von der Krise betroffen sind, sondern auch zum größten Teil angeben, in hohem Maße betroffen zu sein. Bezogen auf alle Betriebe sind dies 15 Prozent. In Niederbayern sind dagegen die geringsten Auswirkungen der Krise zu beobachten: Von den 33 Prozent betroffenen Betrieben geben erneut nur 33 Prozent an, in hohem Maße betroffen zu sein, womit insgesamt nur rund 9 Prozent der Betriebe in Niederbayern in hohem Maße betroffen sind.

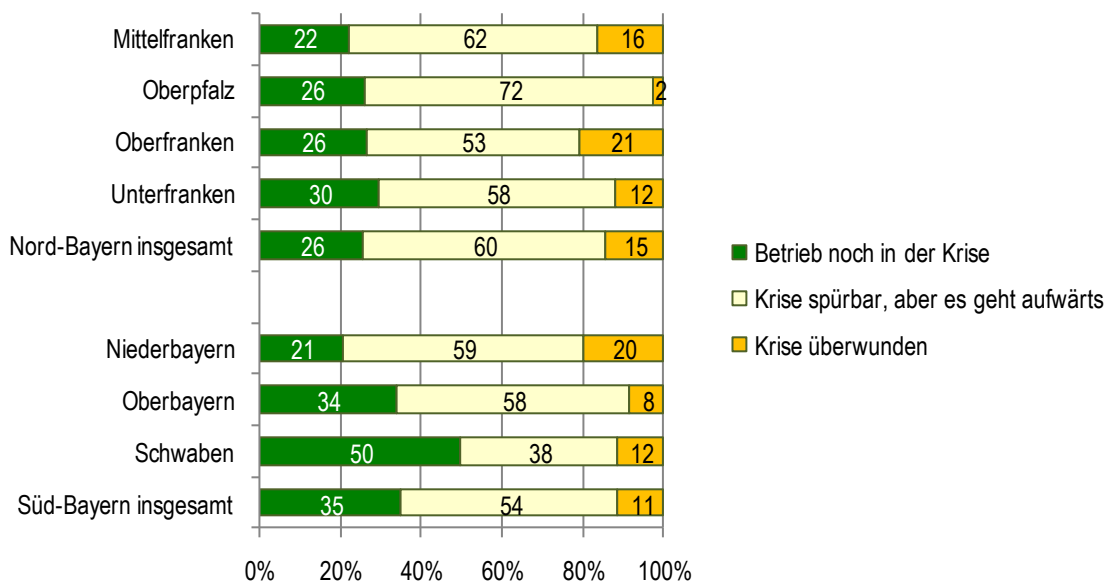
Abbildung 32: Ausmaß der Krisenbetroffenheit in den bayerischen Regierungsbezirken



Analog zur obigen Abbildung zeigt sich, dass in Unterfranken mit 30 Prozent ein großer Anteil der Betriebe sich zum Erhebungszeitpunkt im Sommer 2010 noch in der Krise befindet. Nur 12 Prozent der Krisenbetriebe geben an, diese bereits überwunden zu haben. In Oberfranken geben dagegen 21 Prozent an, die Krise bereits überwunden zu haben. Auffällig ist, dass in der Oberpfalz nur rund 2 Prozent aller Betriebe äußern, diese bereits überwunden zu haben.

In Südbayern sind besonders Betriebe in Schwaben noch häufig in der Krise (50%). Bei Betrieben in Niederbayern sind dies dagegen nur 21 Prozent – 20 Prozent der niederbayerischen Betriebe sehen die Krise bereits als überwunden an.

Abbildung 33: Aktuelle Situation der Betriebe in den bayerischen Regierungsbezirken (Angaben in Prozent)



## 5.6 Auslandsengagement der Betriebe

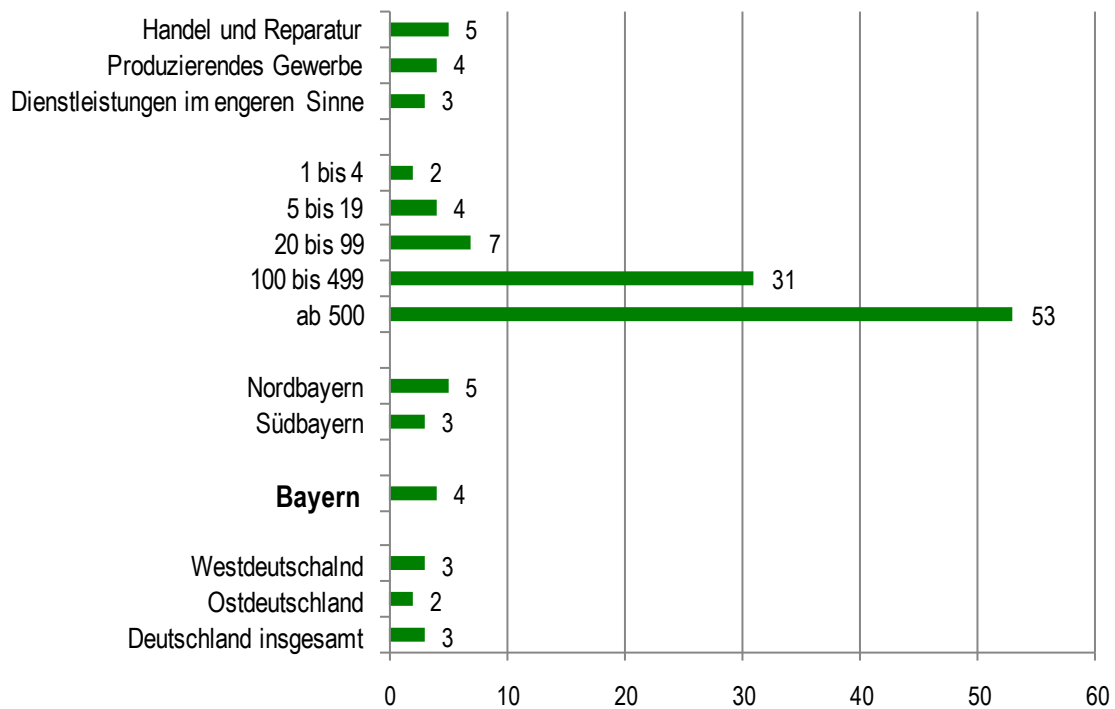
Im Rahmen der Befragung zum IAB-Betriebspanel 2010 wurde auch die Frage gestellt: „Ist Ihr Unternehmen derzeit im folgenden Sinne im Ausland engagiert, entweder durch die Übernahme eines Unternehmens im Ausland, die Gründung eines Standortes oder Tochterunternehmens im Ausland oder eine Kapitalbeteiligung von mindestens 10 % an ausländischen Unternehmen?“

Die Betriebe, die dies verneinten, wurden zusätzlich gefragt, ob das in der Vergangenheit schon einmal der Fall gewesen sei, ob dies für die nächsten zwei Jahre konkret geplant sei oder zumindest schon einmal in Erwägung gezogen wurde.

Mit vier Prozent der bayerischen Betriebe berichten etwas mehr als im west- (3 %) und ostdeutschen Durchschnitt (2 %) von einem gegenwärtigen Auslandsengagement (vgl. Abb. 34). Jeweils ein weiteres Prozent berichtet von einem früheren, einem konkret geplanten oder schon einmal erwogenen Auslandsengagement.

Am höchsten ist der Anteil der Betriebe mit einem aktuellen Auslandsengagement im Bereich Handel und Reparatur (5 %). Bei nordbayerischen Betrieben (5 %) ist der Anteil höher – v. a. in Mittelfranken – als in Südbayern (3 %). Erwartungsgemäß ist ein solches Auslandsengagement vor allem eine Sache großer und sehr großer Betriebe (31 bzw. 53 %). Unter Krisenbetrieben ist der Anteil etwas höher als in Nicht-Krisenbetrieben (5 versus 3 %), wobei insbesondere solche Krisenbetriebe von einem Auslandsengagement berichten (14 %), die die Krise als für sich bereits wieder überwunden betrachten (das sind v. a. Großbetriebe).

Abbildung 34: Aktuelles Auslandsengagement der Betriebe (Angaben in Prozent\*)



\*) Angaben für alle Betriebe mit Umsatz

Betriebe die sich nach eigenen Angaben derzeit im Ausland engagieren, haben in den vergangenen vier Jahren deutlich häufiger Betriebsteile ausgegliedert bzw. ausgegründet oder geschlossen. 14 Prozent aller Betriebe mit derzeitigem Engagement im Ausland geben an, seit 2006 Betriebsteile ausgegliedert oder ausgegründet zu haben; bei Betrieben ohne Engagement im Ausland waren dies nur 5 Prozent. Darüber hinaus geben 7 Prozent aller Betriebe mit Auslandsengagement an, in den vergangenen vier Jahren Betriebsteile geschlossen zu haben; bei Betrieben ohne Engagement im Ausland waren dies nur 3 Prozent (vgl. Tabelle 28).

Tabelle 28: Ausgliederung/Ausgründung oder Schließung von Betriebsteilen in den Jahren 2006 bis 2009 nach derzeitigem Engagement im Ausland

		Ausgliederung/ Ausgründung oder Schließung	Ausgliederung/ Ausgründung	
			Ausgründung	Schließung
Derzeitiges Engagement im Ausland	Ja	18	14	7
	Nein	8	5	3

## 5.7 Zusammenfassung

- Nicht alle bayerischen Betriebe sind in gleichem Maße von den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen: Großbetriebe sind häufiger negativ betroffen; Kleinbetriebe die betroffen sind, geben dagegen eine stärkere Betroffenheit an und befinden sich auch gegenwärtig häufiger noch in der Krise. Erwartungsgemäß ist die Chance, die Krise überwunden zu haben davon abhängig, wie stark sich die Krise auf den jeweiligen Betrieb ausgewirkt hat (**vgl. Abbildung 24**)
- Analysen im Längsschnitt zeigen, dass die Umsatzentwicklung bei Krisenbetrieben deutlich schlechter verlaufen ist, als bei nicht betroffenen Betrieben. Demnach lag der Umsatz in Krisenbetrieben im Jahr 2009 bei durchschnittlich 90 Prozent des Umsatzes im Jahr 2006. Je stärker ein Betrieb von der Krise betroffen war, desto höher war erwartungsgemäß der Umsatzrückgang (**vgl. Abbildung 25 bis 27**).
- Betrachtet man das Jahresergebnis der Betriebe, so kann festgestellt werden, dass von der Krise betroffene Betriebe mit 34 Prozent deutlich häufiger in mindestens einem Jahr zwischen 2006 und 2009 ein negatives Jahresergebnis hatten als Nicht-Krisenbetriebe (17 %). Hinsichtlich der Ertragslage zeigt sich erwartungsgemäß, dass Krisenbetriebe im Jahr 2009 jeweils zu einer im Durchschnitt schlechteren Einschätzung kommen. Auffällig ist jedoch, dass Krisenbetriebe mit weniger als 50 Beschäftigten hinsichtlich ihrer Ertragslage bereits im Jahr 2006, also vor der Krise, zu einer deutlich schlechteren Einschätzung kamen (**vgl. Abbildung 28 und 29**).
- Die Zahl der Beschäftigten in Nicht-Krisenbetrieben ab 50 Beschäftigten (2010) hat in den vergangenen vier Jahren durchschnittlich um 15 Prozent zugenommen, bei Nicht-Krisenbetrieben mit unter 50 Beschäftigten um 7 Prozent. Im gleichen Zeitraum sind dagegen sowohl bei kleineren als auch bei größeren Krisenbetrieben im Mittel stagnierende Beschäftigtenzahlen zu beobachten (vgl. Tabelle 20). Insgesamt haben seit dem Jahr 2007 rund 32 Prozent aller bayerischen Betriebe Personal abgebaut. 26 Prozent berichten von gleichbleibendem Personalbestand (+/- 2 Prozent) und 42 Prozent von gestiegenen Beschäftigtenzahlen (vgl. Tabelle 21). Darüber hinaus zeigt sich deutlich, dass die Betriebe umso häufiger Personal abgebaut haben, je stärker sie negativ von der Krise betroffen waren. (vgl. Tabelle 22).
- Neben der Beschäftigungsentwicklung insgesamt ist auch die Entwicklung des Anteils an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen von Bedeutung. Grundsätzlich ist zu beobachten, dass der Anteil sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse bei 41 Prozent aller bayerischen Betriebe seit dem Jahr 2007 abgenommen hat. Betriebe die von der Krise betroffen waren, berichten tendenziell etwas häufiger von einem gesunkenen Anteil sozialversicherungs-

pflichtiger Beschäftigung (**vgl. Tabelle 23**). Der Rückgang des Anteils sozialversicherungspflichtiger an allen Beschäftigten beschränkt sich also nicht nur auf Krisenbetriebe.

- Hinsichtlich der Investitionsaktivität der bayerischen Betriebe ist insbesondere auch die Investitionsquote, der Anteil der Investitionen am Umsatz, von Interesse. Wie sich zeigt, hat die durchschnittliche Investitionsquote in den vergangenen Jahren stark geschwankt. Betriebe mit weniger als 50 Beschäftigten weisen eine deutlich höhere Investitionsquote auf: Im Jahr 2009 haben diese Betriebe durchschnittlich 4,3 Prozent ihres Geschäftsvolumens investiert. Bei Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten ist dagegen im Jahr 2009 eine deutlich niedrigere Investitionsquote von 3,1 Prozent festzustellen (**vgl. Abbildung 30**).
- Kleinere Betriebe haben in den vergangenen Jahren einen immer größeren Anteil ihres Geschäftsvolumens investiert. Bei größeren Betrieben hat die Investitionsquote seit 2006 dagegen drastisch abgenommen, unabhängig von der Krisenbetroffenheit (**vgl. Tabelle 24 und 25**).
- Im Zeitraum von 2006 bis 2009 kamen Ausgliederungen und Ausgründungen bei 7 Prozent aller Betriebe vor, weitere 4 Prozent berichten von der Schließung von Betriebsteilen. Betroffen sind insbesondere größere Betriebe und Betriebe aus den Bereichen Handel und Reparatur sowie dem Produzierenden Gewerbe. Dabei zeigt sich, dass der größte Anteil der betroffenen Betriebsteile im Inland ausgegliedert wird. Stark von der Krise betroffene Betriebe berichten seltener von Ausgliederungen und Ausgründungen (5 %), aber deutlich häufiger von der Schließung von Betriebsteilen (6 %; **vgl. Tabelle 26 bis Abbildung 31**).
- Die krisenbetroffenen Betriebe verteilen sich auch unterschiedlich auf die bayerischen Regionen, wodurch einzelne Regionen stärker oder schwächer von den Folgen der Krise betroffen sind. So muss festgestellt werden, dass nordbayerische Betriebe mit 44 Prozent häufiger berichten, von der Krise betroffen zu sein, als südbayerische Betriebe (38 %). Betrachtet man das Ausmaß der Krisenbetroffenheit, so zeigt sich, dass Betriebe in Oberfranken zwar am häufigsten betroffen sind, darunter geben jedoch mit 26 Prozent vergleichsweise wenige Betriebe an, in hohem Maße betroffen zu sein. In Südbayern ist dagegen festzustellen, dass Betriebe im Regierungsbezirk Oberbayern nicht nur am häufigsten überhaupt von der Krise betroffen sind, sondern auch zum größten Teil angeben, in hohem Maße betroffen zu sein. In Unterfranken befindet sich mit 30 Prozent ein großer Anteil der nordbayerischen Betriebe noch Mitte 2010 in der Krise. In Südbayern sehen sich besonders Betriebe in Schwaben noch häufig in der Krise (50%; **vgl. Abbildung 32 und 33**).
- Mit vier Prozent der bayerischen Betriebe berichten etwas mehr als im west- (3 %) und ostdeutschen Durchschnitt (2 %) von einem gegenwärtigen Auslandsengagement. Jeweils ein weiteres Prozent berichtet von einem früheren, einem konkret geplanten oder schon einmal erwogenen Auslandsengagement. Am höchsten ist der Anteil der Betriebe mit einem aktuellen Auslandsengagement bei Großbetrieben und im Bereich Handel und Reparatur. Betriebe, die sich nach eigenen Angaben derzeit im Ausland engagieren, haben in den vergangenen vier Jahren deutlich häufiger Betriebsteile ausgegliedert bzw. ausgegründet oder geschlossen (**vgl. Abbildung 33 und 34**).

## Literatur

- Alda, H.; Dundler, A.; Müller, D.; Spengler, A. (2006): Aufbereitung eines Paneldatensatzes aus den Querschnittsdaten des IAB-Betriebspanels, FDZ-Datenreport 02/2006.
- Augsburger Allgemeine (2010): Ausgabe vom 25. August 2010.
- Baumann, D. u. a. (2011) Beschäftigung und niedriges Einkommen. Eine regionale Analyse für Bayern, IAB-Regional Bayern Nr. 01/2011, Nürnberg.
- Bellmann, L. (1997): Das Betriebspanel des IAB, in: Hujer, R.; Rendtel, U.; Wagner, G. (Hrsg.): Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Panel-Studien. Sonderheft des Allgemeinen Statistischen Archivs, Heft 30, Göttingen, S. 169 ff.
- Bellmann, L. (2002): Das IAB-Betriebspanel: Konzeption und Anwendungsbereiche, in: Allgemeines Statistisches Archiv 86, S. 177 ff.
- Bispinck, R. und WSI-Tarifarchiv (2011): Tarifpolitischer Jahresbericht 2010: Beschäftigungssicherung und gedämpfte Lohnentwicklung, Düsseldorf.
- Bispinck, R. (2011): Beschäftigungssicherung und gedämpfte Lohnentwicklung. Informationen zur Tarifpolitik, Düsseldorf.
- Bundesagentur für Arbeit (2011): Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland. Monatsbericht, Februar 2011, Nürnberg.
- Bundesinstitut für Berufsbildung (2011): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2011, Berlin.
- Conrads, R. u. a. (2009): Beschäftigungstrends im Freistaat Bayern 2008. Repräsentative Analysen auf Basis des IAB-Betriebspanels 2008. Bericht an das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen und die Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit, Stadtbergen.
- Conrads, R. u. a. (2009): Beschäftigungstrends im Freistaat Bayern 2008. Repräsentative Analysen auf Basis des IAB-Betriebspanels 2008, Stadtbergen.
- Eichhorst, W.; Marx, P.; Thode, E. (2010): Atypische Beschäftigung und Niedriglohnarbeit, Gütersloh.
- Fuchs, J. u. a. (2011): Neue Arbeitsmarktprognose 2011: Rekorde und Risiken, IAB-Kurzbericht Nr. 7, Nürnberg.
- Gundert, St.; Hohendanner, Ch. (2011): Leiharbeit und befristete Beschäftigung: Soziale Teilhabe ist eine Frage von stabilen Jobs, IAB-Kurzbericht Nr. 4, Nürnberg.
- Holst, E. (2009): Vollzeitbeschäftigte wollen kürzere, Teilzeitbeschäftigte längere Arbeitszeiten, in: DIW-Wochenbericht Nr. 25, Berlin, S. 409 ff.
- Kistler, E. u. a. (2010): Beschäftigungstrends im Freistaat Bayern 2009 – Teil I. Repräsentative Analysen auf Basis des IAB-Betriebspanels 2009, Stadtbergen.
- Kistler, E. (2011): Gute Arbeit und lebenslanges Lernen – das Versagen der Weiterbildung in Deutschland, WISO-Diskurs, Bonn.
- Kistler, E.; Trischler, F. u. a. (2011): Beschäftigungstrends im Freistaat Bayern 2010 – Teil I. Repräsentative Analysen auf Basis des IAB-Betriebspanels 2010. Bericht an das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen und die Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit, Stadtbergen.
- Priewe, J.; Rietzler, K. (2010): Deutschlands nachlassende Investitionsdynamik 1991-2010, WISO-Diskurs, Düsseldorf.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2010): Chancen für einen stabilen Aufschwung, Jahresgutachten 2010/11, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2010): Industrie investierte 2009 rund 47 Milliarden Euro in Sachanlagen. Pressemitteilung Nr. 422 vom 17.11.2010.
- Wanger, S. (2011): Ungenützte Potenziale in der Teilzeit: Viele Frauen würden gerne länger arbeiten, IAB-Kurzbericht Nr. 9, Nürnberg.

ISBN: 978-3-00-034659-0  
Herausgeber:  
INIFES, Internationales Institut für  
Empirische Sozialökonomie, gGmbH  
86391 Stadtbergen

© 2011 Bayerisches Staatsministerium für  
Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen